

Zurück in die (Sperr-)Zukunft

Vorwort zur Veröffentlichung, August 2013

Welches netzpolitische Aufregerthema wäre für eine politikwissenschaftliche Abschlussarbeit nicht besser geeignet gewesen, als die Debatte um das Zugangerschwerungsgesetz, auch besser bekannt als Kinderpornosperrgesetz oder die Zensursula-Debatte? Nur ACTA hat die Netzgemeinde noch mehr in das Bewusstsein der Restbevölkerung gebracht, nur wenige andere Themen (Atomkraft, Agenda2010) ziehen eine Erweiterung des Parteienspektrums wie 2009 mit dem langsamen Aufstieg der Piraten nach sich. Die Debatte und der politische Prozess waren aber auch politikwissenschaftlich bemerkenswert: Mit erdrückenden Argumenten (Kindeswohl) wurde im Wahlkampfschnellkochtopf ein Gesetz mit der Zwei-Drittel-Mehrheit der Großen Koalition auf den Weg gebracht, welches nach einer erhitzten fachlichen Debatte (“Löschen statt Sperren”) und einer 180°-Kehrtwende durch einen Nichtanwendungserlass des Bundesinnenministeriums außer Kraft gesetzt wurde. Die neue schwarz-gelbe Koalition setzte dem Schauspiel Ende 2011 mittels Aufhebungsgesetz ein Ende.

Diese Arbeit versucht sich an der Beantwortung der Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen negativer Verantwortungsattribution (“Shitstorms”) auf Twitter und politischen Reaktionen der Entscheidungsträger (in Persona Bundesministerin “Zens-”Ursula von der Leyen) gibt. Wichtigste persönliche Erkenntnis: Ohne Massenmedien geht (fast gar) nichts. Nach über einem Jahr veröffentliche ich diese Arbeit nun unter der Creative Commons-Lizenz CC BY 3.0.

Warum die Analyse der Aufmerksamkeitsökonomie dieses Themas spannend ist, hat jüngst Norbert Geis bewiesen. Der CSU-Politiker und “Jugendschutz”-Experte ist für allerlei netzpolitischen Schabernack bekannt, weiß die Gemüter zu erhitzen und wiederholt einen “Pornofilter” für das Internet zu fordern. Trotz eines in dieser Legislaturperiode von seiner Fraktion (und faktisch ihm) verabschiedeten Aufhebungsgesetz gegen das Zugangerschwerungsgesetz. Wer sich also für künftige Debatten gewappnet fühlen möchte, dem sei ein Blick in diese Arbeit ans Herz gelegt.

Universität Potsdam
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche
Fakultät



Abschlussarbeit zur Erlangung des
akademischen Grades
Master of Arts

**Der öffentliche Diskurs über das
Zugangerschwerungsgesetz – mit dem *blame
avoidance*-Konzept erklärbar?**

Eine Analyse zu der Wechselwirkung zwischen negativer
Verantwortungsattribution und politischen Reaktionen am Beispiel der
„Zensursula“-Kampagne im sozialen Netzwerk Twitter in den Jahren
2008 bis 2011

Masterarbeit für den Studiengang **Verwaltungswissenschaft**

Lutz Mache

6. Fachsemester, Sommersemester 2012

lutz.mache@googlemail.com

Erstgutachter:

Dr. Henrik Scheller, Lehrstuhl für Politik und Regieren in Deutschland und Europa, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam

Zweitgutachter:

Dr. Michael Koß, Lehrstuhl für Politik und Regieren in Deutschland und Europa, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam

vorgelegt am: 09. August 2012

Diese Arbeit wurde mit der Note sehr gut (1,1) bewertet.

Der Topsy-Analyzer, erstellte Datenbanken und diese Arbeit sind unter lutzma.ch/e/zensursula abrufbar.



Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons Namensnennung 3.0 Unported Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/).

Version 1.0.1.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	6
1. Einleitung.....	1
1.1. Forschungsgegenstand.....	3
1.2. Fragestellung	5
1.3. Relevanz	6
1.4. Aufbau der Arbeit	7
2. Das Mitmachmedium Internet.....	10
2.1. Web 2.0, Social Media und Soziale Netzwerke	11
2.2. Das soziale Netzwerk Twitter	16
2.2.1. Friends und Follower	17
2.2.2. Technische Merkmale.....	18
2.2.3. Tweet-Arten	22
2.3. Twitter in der Politik.....	24
3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung	27
3.1. Negativity Bias	27
3.2. Office-seeking, policy-seeking und vote-seeking	28
3.3. Blame Avoidance	29
3.4. Strategien und Handlungsoptionen	32
4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz.....	36
4.1. Die Initiatoren BKA und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	37
4.2. Der Vorschlag: Die Sperrung kinderpornographischer Inhalte im Internet.....	38
4.3. Gesetzentwurf und Verabschiedung	40
4.4. Inkrafttreten, Nichtanwendung und Aufhebung	43
5. Die Zensursula-Kampagne	46
5.1. Die Phasen von Online-Kampagnen	47
5.2. Zensursula	48
5.3. Die Phasen der Zensursula-Kampagne	50
5.4. Zwischenzusammenfassung	56
6. Methodisches Vorgehen.....	57
6.1. Die Suchmaschine topsy.....	58
6.2. Automatisierte Abfrage.....	60

6.3. Relation und Reliabilität.....	61
6.4. Weiteres Vorgehen.....	62
7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks	63
7.1. Peaks	63
7.1.1. Peak 1 – Gesetzentwurf und E-Petition	65
7.1.2. Peak 2 – Umfragen, Anhörung und 100.000 Mitzeichner	70
7.1.3. Peak 3 – Gesetzesverabschiedung, Ende der Mitzeichnungsfrist	74
7.1.4. Peak 4 – Rechtsfreier Raum und Verzögerung	79
7.1.5. Peak 5 – Google in China.....	81
7.1.6. Peak 6 bis 9 – Die Grenzen des <i>blame avoidance</i> -Konzepts	83
7.2. Bewertung der Ergebnisse	90
8. Fazit.....	92
9. Literaturverzeichnis	96
Anhang 1 – Der Topsy-Crawler	105
Anhang 2 – Recherche Peaks.....	109
Anhang 2.1 – Peak 1	109
Anhang 2.2 – Peak 2	113
Anhang 2.3 – Peak 3	117
Anhang 2.4 – Peak 4	123
Anhang 2.5 – Peak 5	127
Anhang 2.6 – Peak 6	130
Anhang 2.7 – Peak 7	135
Anhang 2.8 – Peak 8	139
Anhang 2.9 – Peak 9	143
Anhang 3.....	147

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Typisierung von Blame Avoidance.....	33
Tabelle 2: Phaseneinteilung nach Bieber	50
Tabelle 3: Phaseneinteilung nach Bieber, erweiterter Zeitraum	53
Tabelle 4: Verwendete Stichwörter.....	59
Tabelle 5: Meistverwendete #Hashtags	147

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kategorisierung der verwendeten Begriffe	14
Abbildung 2: Beispiel-Tweet.....	20
Abbildung 3: Beispiel ReTweet.....	21
Abbildung 4: Vorgesehenes Stopp-Schild	39
Abbildung 5: Der erste "Zensursula"-Tweet.....	49
Abbildung 6: Phaseneinteilung der Zensursula-Kampagne 01.04.2009 bis 30.06.2009	52
Abbildung 7: Phaseneinteilung der Zensursula-Kampagne über den gesamten Untersuchungszeitraum	55
Abbildung 8: Abfrage-URL für topsy.....	60
Abbildung 9: Identifizierte Peaks	64
Abbildung 10: Peak 1 – Gesetzentwurf und E-Petition.....	66
Abbildung 11: Peak 2 – Umfragen, Anhörung und 100.000 Mitzeichner	73
Abbildung 12: Peak 3 – Gesetzesverabschiedung, Ende der Mitzeichnungsfrist	75
Abbildung 13: Peak 4 – Rechtsfreier Raum und Verzögerung	80
Abbildung 14: Peak 5 – Google in China.....	82
Abbildung 15: Peak 6 – Unterzeichnung, Anhörung und Nichtanwendungserlass	85
Abbildung 16: Peak 7 – Netzsperrern auf europäischer Ebene	86
Abbildung 17: Peak 8 – Kandidatensuche Bundespräsidentenwahl.....	88
Abbildung 18: Peak 9 – Aufhebungsgesetz.....	89

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
ACTA	Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (<i>Anti-Counterfeiting Trade Agreement</i>)
AK Zensur	Arbeitskreis gegen Internetsperren und Zensur
API	Programmierschnittstelle (<i>Application Programming Interface</i>)
BKA	Bundeskriminalamt
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BReg	Bundesregierung
Bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CCC	Chaos Computer Club
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DM	direct message
Ebd.	ebenda
etc.	et ceteras
F.A.S.	Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
ID	Identifikationsnummer
ISP	Internetdiensteanbieter (<i>Internet Service Provider</i>)
MMOG	Massive Multiplayer Online Games
PAH	wahrgenommene vermeidbare Verlust oder Schaden (<i>perceived avoidable loss or harm</i>)
PR	wahrgenommenen Verantwortung (<i>perceived responsibility</i>)
RT	Retweet
S.	Seite(n)
s.o.	siehe oben
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u.a.	unter anderem
URL	einheitlicher Quellenanzeiger (<i>Uniform Resource Locators</i>)
vgl.	vergleiche
WWW	World Wide Web
z.B.	zum Beispiel

1. Einleitung

Herausgehobene politische Ämter und Mandate und die sie ausfüllenden Persönlichkeiten laden nicht nur Kabarettisten dazu ein, entsprechend markante karikaturistische Rufnamen zu prägen. Rufnamen, wie „Mutti“¹, „Birne“², „Genosse der Bosse“³, „Herr Baron“⁴, „rote Heidi“⁵ und die „Stones“⁶ haben vielmehr auch Eingang in den breiten Diskurs der (medialen) Öffentlichkeit gefunden. Angela Merkel (CDU), Helmut Kohl (CDU), Gerhard Schröder (SPD), Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) sowie Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück (beide SPD) haben dies gemeinsam. Selten ist jedoch ein Name derart negativ besetzt und symbolisch aufgeladen worden wie von der ehemaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen (CDU): „Zensursula“.

Dieser Name implizierte den Vorwurf, dass die CDU-Politikerin mit dem von ihr vorgestellten, von der großen Koalition verabschiedeten und nach nicht einmal zwei Jahren Geltungsdauer wieder aufgehobenen „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“ (Zugangerschwerungsgesetz, ZugErschwG) eine staatliche Zensur-Infrastruktur im Internet aufbauen wollte. „Zensursula“ stellte mithin eine Kombination aus dem Vornamen der Ministerin „Ursula“ und dem Begriff „Zensur“ dar.

Der Protest gegen dieses Gesetz in den Jahren 2009 bis 2011 wurde vor allem „virtuell“ organisiert. Allerdings fand er durch Demonstrationen, Flugblätter, Plakate und Protest-Faxe⁷ seinen Weg in die „reale“ Welt. Mit einer (wiederum

¹ Caroline Fetscher, 19.05.2012: "Mutti" macht das schon. In: tagesspiegel.de.

² Christian Mayer, 03.04.2010: Meine Jahre mit Birne. In: sueddeutsche.de.

³ Ulrike Herrmann, 17.02.2012: Null Toleranz für Schnäppchenjäger. In: taz.de.

⁴ Martin Otto, 14.05.2011: Für uns immer noch Herr Freiherr zu Guttenberg. In: faz.net.

⁵ Jürgen Leinemann, 10.05.1993: Mächtig am Kommen. In: spiegel.de.

⁶ Hajo Schumacher, 30.10.2011: Warum ist Steinbrück so laut, so früh, so plump?. In: welt.de.

⁷ Christoph Bieber, 2011: NoBailout und #Zensursula. Online-Kampagnen in der Referendumsdemokratie. In: Klaus Kamps et al. (Hrsg.): Politische Kampagnen in der Referendumsdemokratie. Wiesbaden (im Erscheinen): 11.

1. Einleitung

online eingereichten) Petition erreichte die Protestwelle im Juni 2009 auch den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, der sich auf diese Weise mit den Argumenten der Internetsperren-Gegner befassen musste. Die Petition bildete den Höhepunkt des „Zensursula“-Protests. Denn die Eingabe auf der Internetplattform des Bundestages zeichneten insgesamt 134.015 Bürgerinnen und Bürger in der dafür gesetzlich vorgesehenen Frist mit. In den sozialen Netzwerken organisierten sich die Gegner des Gesetzes in verschiedenen Gruppen („StudiVZ“, „Facebook“, „wer-kennt-wen“), äußerten mit schwarzen Balken auf Profilbildern ihren Unmut über die vermeintlichen Zensurmaßnahmen und setzten unzählige Nachrichten mit dem Hashtag „#zensursula“ auf dem Onlinedienst Twitter ab.⁸ Unabhängig von diesem Protest an dem von ihrem Ministerium verantworteten Gesetz und ihrer Person zählt Ursula von der Leyen in Umfragen bis heute zu den beliebtesten Politikerinnen der Bundesrepublik. Diesen Umstand kommentierte einer der prominentesten deutschen Twitterer, Sascha Lobo, ironisierend mit einem angedeuteten Programmcode: „Ursula von der Leyen ist im Volk beliebt.“ WHILE (\$volk = (\$alle - \$internet))⁹. In dieser netztypischen Kurzform wollte Lobo damit zum Ausdruck bringen, dass die Behauptung „Ursula von der Leyen ist im Volk beliebt“ solange wahr ist, wie unter „dem“ Volk (\$volk) sämtliche Bundesbürger mit Ausnahme der Netzaktivisten (\$internet) verstanden werden.

Im Dezember 2011 trat das Zugangserschwerungsgesetz außer Kraft. Innerhalb von drei Jahren hatte sich das in einer namentlichen Abstimmung erzielte Einvernehmen einer großkoalitionären Mehrheit in eine fraktionsübergreifende Zustimmung zur Aufhebung des Gesetzes mit nur einer einzigen Gegenstimme gewandelt.¹⁰ Bereits zuvor war das Bundeskriminalamt (BKA) per Erlass des Bundesministeriums des Innern (BMI) angewiesen worden, keine sogenannten Sperrlisten zu erstellen.¹¹ Auf diese Weise kam das Gesetz faktisch nie zur Anwendung – ein in der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik nie zuvor dagewesener Präzedenzfall. Verschiedentlich wurde dieser Vorgang als politische Niederlage für Ursula von der Leyen interpretiert,

⁸ Zur Twitter-Systematik und -Semantik vgl. Abschnitt 2.2

⁹ <https://twitter.com/saschalobo/statuses/15241571687> (Stand 06:08.2012)

¹⁰ Bei einer einzigen Gegenstimme, vgl. BT-Plenarprotokoll 17/146, 17459A.

¹¹ Vgl. Abschnitt 4.4

1. Einleitung

zumal diese vorher sogar noch auf Sperrverträge zwischen dem BKA und den größten Internet Providern hingewirkt hatte, um die mutmaßlich vorhandene Gesetzeslücke vor der parlamentarischen Beratung zu schließen.¹²

1.1. Forschungsgegenstand

Politische Akteure streben mit Blick auf den eigenen Machterwerb und Machterhalt naturgemäß nach Gunst, Anerkennung und Erfolg. Ausgehend von der Rational-Choice-Theorie¹³ haben Müller und Strøm drei Ziele identifiziert, die die Handlungsmotivation von Politikern¹⁴ und Parteien maßgeblich bestimmen: *office-seeking*, *policy-seeking* und *vote-seeking*.¹⁵ Gemäß der Funktionslogik parlamentarischer Demokratien, wonach die Übernahme von Regierungsverantwortung in der Regel nur durch einen Wahlsieg erfolgt, kommt *vote-seeking* als einem zentralen Pfeiler dieser Trias eine besondere Bedeutung zu. Nach einem Wahlsieg werden Ämter besetzt (*office-seeking*) und die eigenen politischen Programme durchgesetzt (*policy-seeking*). Auch nach einem Wahlerfolg bleibt die Wiederwahl (*vote-seeking*) zentrales Ziel politischer Akteure.¹⁶

Es liegt auf der Hand, dass unpopuläre Maßnahmen und Skandale sich stärker auf das öffentliche Meinungsbild auswirken und eine (Wieder-)Wahl mehr gefährden als populäre Maßnahmen. Weaver beschreibt dieses Phänomen als *negativity bias* und argumentiert, dass Politiker sich grundsätzlich stärker auf „Schuldvermeidung“ (*blame avoidance*) konzentrieren würden, anstatt sich für populäre Maßnahmen und Erfolge feiern zu lassen (*credit claiming*).¹⁷ *Blame avoidance* ist jedoch nicht die alleinige Handlungsmaxime. Denn Weaver geht davon aus, dass „politicians must [...] be at least as interested in *avoiding*

¹² BMFSJ, 17.04.2009: Bund schließt Vertrag mit Providern zur Sperrung von Kinderpornografie-Seiten im Internet. In: bmfsj.de.

¹³ Georg Wenzelburger, 2010: Haushaltskonsolidierungen und Reformprozesse. Determinanten, Konsolidierungsprofile und Reformstrategien in der Analyse. Münster: 75.

¹⁴ Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit das generische Maskulinum verwendet.

¹⁵ Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare, 1999: Political parties and hard choices. In: Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (Hrsg): Policy, office, or votes? How political parties in Western Europe make hard decisions. Cambridge: 1-35, hier 5.

¹⁶ Georg Wenzelburger, 2010: a.a.O.: 75.

¹⁷ Kent R. Weaver, 1986: The politics of blame avoidance. In: Journal of Public Policy 6(4): 371-398.

1. Einleitung

blame for (perceived or real) losses that either imposed or acquiesced in as they are in ‚claiming credit‘ for benefits they have granted“.¹⁸ Insbesondere bei der rückbauorientierten Reformpolitik des Wohlfahrtsstaates haben verschiedene politikwissenschaftliche Studien *blame avoidance* bei politischen Akteuren untersucht und sich mit den dabei identifizierten strategischen Instrumenten und Auswirkungen beschäftigt.¹⁹

*Blame*²⁰ wird „herkömmlicherweise als die Zurechnung von schlechten oder falschen Handlungen zu einer Person oder einem Gebilde verstanden“.²¹ Die öffentliche Meinung ist dabei entscheidend für die politische Sprengkraft von *blame*. Je mehr Menschen einer Person oder einem Gebilde (Partei, Institution) die Schuld an schlechten oder falschen Entscheidungen zuweisen, desto stärker ist diese ausgeprägt bzw. wird entsprechend als solche wahrgenommen. Im politischen Betrieb kann *blame* sowohl vermieden (*blame avoidance*), als auch zielgerichtet und strategisch zur Diffamierung des politischen Gegners verteilt werden („*blame game*“²²).

Angesichts der kommunikations- und informationstechnischen Entwicklungen im Internet der letzten Jahre ist davon auszugehen, dass sich der Einfluss von Teilöffentlichkeiten, wie sie das „Web 2.0“²³ in Form der „Netzöffentlichkeit“ mit ihren wiederum diversen Teilöffentlichkeiten mit sich bringt, auf die öffentliche Meinung verändert und vergrößert hat. Dies wirft auch die Frage auf, inwieweit das Konzept der *blame avoidance* theoretisch und praktisch (noch) trägt.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ u.a.

²⁰ Eine adäquate Wort-zu-Wort-Übersetzung des Begriffs „Blame“ in die deutsche Sprache ist angesichts der inhaltlichen Dimension des Begriffes nicht möglich. In dieser Arbeit wird daher auf „Blame“ zurückgegriffen.

²¹ Eigene Übersetzung aus: Hood, Christopher, 2011: Risk and government: the architectonics of blame-avoidance. In: Skinns, Layla/Scott, Michael/Cox, Tony (Hrsg.): Risk. New York: 62-84, hier 64.

²² Vgl. Christopher Hood, 2010: The blame game: spin, bureaucracy, and self-preservation in government. New Jersey.

²³ Zur Begriffsklärung vgl. Abschnitt 2

1. Einleitung

1.2. Fragestellung

Mit Blick auf die hier im Mittelpunkt stehende Kontroverse über das Zugangerschwerungsgesetz veranschaulicht vor allem ein Interview in der „Welt am Sonntag“ vom 26. Juli 2009, dass der ehemaligen Bundesfamilienministerin von der Leyen die massiven und kritischen Reaktionen auf ihr Wirken in den sozialen Netzwerken offenbar bekannt waren: „Meinen Spitznamen [„Zensursula“] finde ich patent. Viel Feind, viel Ehr’. Wir haben eine lebendige Debatte, da darf man nicht kleinlich sein.“²⁴ Inwieweit die Kritik der Netzöffentlichkeit unmittelbar ihre eigene Kommunikation – im Sinne eines (gezielten) *blame avoiding* – beeinflusst, lässt sich nur bedingt kausal empirisch nachweisen. Dies gilt auch für die übergeordnete Frage, inwieweit über soziale Netzwerke entstehende Empörungswellen Relevanz für die Kommunikation und das Handeln politischer Akteure haben. Das theoretische *blame avoidance*-Konzept in seiner ursprünglichen Form nach Weaver berücksichtigt das Wesen und die Wirkung sozialer Netzwerke nicht. Denn diese haben sich erst in den letzten gut zehn Jahren mit exponentieller Dynamik weiterentwickelt und die Bedeutung erlangt, die sie heute haben. Für die politische Kommunikation und Interaktion in Deutschland sind sie vor allem nach dem Obama-Wahlkampf 2008 bedeutsamer geworden – auch wenn die Bundesrepublik in dieser Hinsicht noch Nachholbedarf hat.

Weaver identifiziert acht verschiedene *blame avoiding strategies*, (1) die entweder verhindern, dass *blame* überhaupt erst entstehen kann (2) oder *blame* auf andere ablenkt (3) oder *blame* derart diffus zerstreut, dass das eigene Ansehen keinen Schaden nimmt. Die *blame avoiding strategies* stellen jedoch viel weniger Strategien²⁵ in ihrem Wortsinn dar, als vor allem für die Ablenkung und Zerstreung von *blame* kurzfristig geplante Reaktionen und Handlungen auf öffentlichen Druck hin.

Ob die Kommunikation einzelner politischer Spitzenakteure explizit und strategisch auf Diskussionen auf Twitter, Facebook, XING und andere soziale

²⁴ T. Krauel./M. Hollstein, 26.07.2009: Meinen Spitznamen "Zensursula" finde ich patent. In: welt.de.

²⁵ Grundlegend zum Begriff der Strategie vgl. Ralf Tils/Joachim Raschke, 2007: a.a.O.

1. Einleitung

Netzwerke ausgerichtet ist, ließe sich nur durch qualitative Interviews prüfen. Nichtsdestotrotz soll in dieser Arbeit untersucht werden, inwieweit politische Reaktionen im Sinne des *blame avoidance*-Konzepts mit dem Auftreten von Empörungswellen auf Twitter (*blame*) korrespondieren: Welche kommunikativen Reaktionen oder politischen Maßnahmen von Ursula von der Leyen sowie dem von ihr geführten Ministerium sind unmittelbar vor oder nach einzelnen Höhepunkten der „Zensursula“-Kampagne auf Twitter identifizierbar? Die Forschungsfrage der vorliegenden Untersuchung lautet daher: Inwieweit ist das *blame avoidance*-Konzept in Zeiten einer rasant wachsenden Bedeutung von sozialen Netzwerken im Zusammenhang von negativer Verantwortungsattribution und politischem Handeln anwendbar?

1.3. Relevanz

Der kontinuierliche Bedeutungszuwachs, den soziale Netzwerke im Internet in den vergangenen zehn Jahren erfahren haben, stellt einen Höhepunkt der rasanten technischen und kulturellen Entwicklungen dar, die das Internet seit seiner Erfindung durchlaufen hat. Günstige und schnelle Internetanschlüsse haben die Zahl der Internetnutzer in den Jahren 2000 bis 2011 mit nunmehr weltweit 2,3 Milliarden Menschen²⁶ mehr als verfünffacht. Dazu steigt auch die Zeit, die der durchschnittliche Internetnutzer täglich online verbringt: In der Bundesrepublik Deutschland stieg die durchschnittliche Nutzungszeit des Internets durch Erwachsene ab 14 Jahren von 17 auf 80 Minuten in den Jahren 2000 bis 2011. Die dabei von den Nutzern (freiwillig wie unfreiwillig) hinterlassenen Daten sind in den letzten Jahren zu unvorstellbar großen Datenmengen gewachsen. Die Möglichkeiten, die sich daraus für die empirische Sozialforschung ergeben, sind enorm. Unter dem Schlagwort der „Computational Social Science“²⁷ formt sich eine neue Disziplin, „that leverages the capacity to collect and analyze data with an unprecedented breadth and depth and scale“.²⁸

²⁶ <http://www.internetworldstats.com/stats.htm> (Stand: 06.08.2012)

²⁷ Lazer, David/Pentland, Alex/Adamic, Lada et al., 2009: Computational Social Science. In: Science 323: 721-723.

²⁸ Ebd. 721.

1. Einleitung

Soziale Netzwerke stellen nur eine von diversen vielversprechenden Datenquellen dar. Insbesondere scheint sich das grundsätzlich offene²⁹ soziale Netzwerk Twitter für die Analyse der öffentlichen Meinungsbildung zu eignen. Der im Mittelpunkt dieser Arbeit stehende *blame* wurde in bisherigen empirisch-wissenschaftlichen Untersuchungen verschiedentlich gemessen und analysiert. Sowohl Meinungsumfragen, Wahlanalysen und qualitative Presseanalysen als auch Experimente werden zur Auswertung von massenmedial erzeugtem *blame* auf politische Akteure und Institutionen sowie zur Überprüfung des entsprechenden *blame avoidance*-Konzepts herangezogen. In dieser Arbeit soll auf eine neue Datenbasis zurückgegriffen werden: Erstmals werden Nachrichten aus dem sozialen Netzwerk Twitter in Bezug auf das *blame avoidance*-Konzept gesammelt und analysiert.³⁰

Die thematische Relevanz der vorliegenden Arbeit erschließt sich nicht nur aus der methodisch-empirischen Herangehensweise. Vielmehr weist auch die politikwissenschaftliche Literatur in der Bundesrepublik grundlegende Desiderate auf, da bisher nur wenige Auswertungen von empirischen Daten aus sozialen Netzwerken existieren. Eine Ausnahme bilden Jungherr, Jürgens und Schoen, die den Bundestagswahlkampf 2009 auf Twitter systematisch analysiert und relevante Gatekeeper unter deutschen Twitterern ausgemacht haben.³¹

1.4. Aufbau der Arbeit

Mit Blick auf die untersuchungsleitenden Fragen soll zunächst im ersten Abschnitt eine Klärung der wichtigsten Begriffe erfolgen: Was sind soziale Netzwerke und was versteht man unter Social Media? Was ist Twitter? Welcher Funktionslogik unterliegen Soziale Netzwerke und wie werden sie politisch (in der Bundesrepublik) genutzt? Im folgenden Abschnitt wird mit dem *blame avoidance*-Konzept erläutert, wie Politik öffentliche Meinung wahrnimmt und welche Reaktionen und Handlungen von politischen Akteuren und Institutionen

²⁹ Zu Twitter vgl. Abschnitt 2.2

³⁰ Zur Methodik vgl. Abschnitt 6.

³¹ Jungherr, Andreas/Jürgens, Pascal/Schoen, Harald, 2011: Small Worlds with a Difference: New Gatekeepers and the Filtering of Political Information on Twitter. In: Proceedings of the ACM WebSci'11, 14.-17. Juni 2011, Koblenz.

1. Einleitung

auf *blame* erwartet werden können. Im Anschluss erfolgt in Abschnitt 4 eine Darstellung des Gesetzgebungsprozesses zum Zugangerschwerungsgesetz, einschließlich dessen Aufhebung in der laufenden 17. Legislaturperiode. Für die weitere Ausführung wird im anschließenden Abschnitt auf ein Phasenmodell zum Verlauf von Online-Kampagnen von Bieber zurückgegriffen. Dieser versteht sogenannte Online-Kampagnen „im Sinne einer Dramaturgie [als] eine Abfolge miteinander verzahnter Kommunikationsereignisse“³² und unterscheidet in „digitalen, interaktiven Mediumumgebungen“³³ fünf Phasen im Verlauf aktueller Online-Kampagnen: Inkubationsphase, Kampagnenphase, Transformationsphase, Wirkungsphase und Latenzphase. Seine Klassifizierung des „Zensursula“-Protests als Online-Kampagne soll an dieser Stelle mit Daten der anschließenden empirischen Analyse ergänzt werden.

Den Kern der Arbeit bildet dann in Abschnitt 7 eine umfassende Analyse des sozialen Netzwerkes Twitter im Zeitraum der Ereignisse der „Zensursula“-Kampagne vom 1. August 2008 bis zum 31. Dezember 2011. Das methodische Vorgehen dafür wird in einem separaten Abschnitt behandelt. Dabei wird aufgezeigt, auf welche Art und Weise die erhobenen Twitter-Nachrichten *blame* im Sinne des *blame avoidance*-Konzepts darstellen. In den Daten wird nach „Peaks“³⁴, also dem gehäuften Vorkommen von Twitter-Nachrichten gesucht. Wann wurden besonders viele Twitter-Nachrichten im Erhebungszeitraum abgesetzt und mit welcher inhaltlichen Verknüpfung? Jeder identifizierte Peak bildet die analytische Grundlage für ein definiertes Zeitfenster von insgesamt drei Wochen (+/- zehn Tage vom höchsten Tageswert). Für diese Zeiträume wird geprüft, inwieweit Stellungnahmen, Statements und politische Maßnahmen von Frau von der Leyen in Zeitungsartikeln und Online-Beiträgen relevanter Tages- und Wochenzeitungen sowie in Pressemitteilungen und Meldungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach Reaktionen, Kommentaren mit diesen Protestpeaks auf Twitter korrespondieren. Die identifizierten Reaktionen werden anschließend nach Weavers acht *blame avoiding strategies* kategorisiert und bewertet.

³² Christoph Bieber, 2011: a.a.O.: 13.

³³ Ebd.

³⁴ Aus dem Englischen: Spitze (eines Berges), Höchststand

1. Einleitung

In der vorliegenden Arbeit wird von der These ausgegangen, dass zwischen den Reaktionen von politischen Akteuren und Proteststürmen in sozialen Netzwerken ein Korrespondenzverhältnis gemäß dem *blame avoidance*-Konzept besteht. Nach wie vor kommt dabei aber den klassischen Medien eine Vermittlungsfunktion zu. Im Fazit sollen die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und auf Limitationen der Arbeit eingegangen werden.

2. Das Mitmachmedium Internet

*F.A.S.: „Tragen Sie nicht zur Verdummung der Menschen bei, indem Sie ihnen nur noch Botschaften mit höchstens 140 Buchstaben servieren?“
Peter Altmaier (CDU): „So, wie Sie fragen, haben Sie Twitter nicht begriffen.“³⁵*

2. Das Mitmachmedium Internet

Mit der Berufung des ehemaligen Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Fraktion, Peter Altmaier, zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wurde eine erneute Klimax der Diskussion um die Wichtigkeit sozialer Medien und Twitter im Speziellen in der deutschen Politik erreicht. Denn er galt bis zu diesem Zeitpunkt als einer der prominentesten deutschen Twitterer, der das neue Medium zwar mit nicht unerheblicher Verspätung, aber wie kein anderer deutscher Konservativer mit großer Begeisterung nutzte.

Anekdotenhaft wird Politik und Medien immer wieder bewusst gemacht, welche Veränderungen die elektronische Echtzeitkommunikation sozialer Medien mit sich bringt: So schrieben bereits vor Verkündung des offiziellen Wahlergebnisses durch den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert bei der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 2009 mehrere Mitglieder der Bundesversammlung auf Twitter, dass der damalige Bundespräsident Horst Köhler erfolgreich wiedergewählt worden war.³⁶ Dass dies auch durch das vorzeitige Auftreten der Blaskapelle und den Blumensträußen mit verschuldet wurde, änderte nichts an dem darauffolgenden Unmut der Fraktionsvorsitzenden über die vorschnellen Meldungen der Parlamentarier.

Steffen Seibert, Sprecher der Bundesregierung und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, nutzt Twitter ebenfalls seit dem 28. Februar 2011 als Plattform, „um über die Politik der Bundesregierung und die Termine der Kanzlerin zu informieren.“³⁷ Dass auch die klassischen Medien ihre Aufmerksamkeit auf diesen Kanal richten müssen, bewies er mit einer exklusiven Terminankündigung einer USA-Reise von Kanzlerin Angela Merkel

³⁵ Eckart Lohse, 07.07.2012: "Ich esse gern". In: faz.net.

³⁶ Thimeo Heeg, 26.05.2009: Die Weinkönigin und der Bundes-Hotte. In: faz.net.

³⁷ BReg, 28.12.2011: Der Regierungssprecher twittert. In: bundesregierung.de.

2. Das Mitmachmedium Internet

am 22. März 2011: „#Kanzlerin reist Anfang Juni zu offiziellem Besuch nach Washington zu Gesprächen mit Präs. #Obama und Verleihung der Medal of Freedom.“³⁸ Auf einer drei Tage später stattgefundenen Regierungspressekonferenz wurde dieser Weg der Informationsweitergabe erheblich von anwesenden Journalisten kritisiert. Das Bundespresseamt verwies jedoch darauf, dass es „nicht nur ein Presseamt [sei], sondern auch ein Informationsamt der Bundesregierung für alle Menschen in Deutschland [...], daher hielt es das Bundespresseamt] für richtig, diesen Weg zu wählen“.³⁹

Damit gibt das Bundespresseamt indirekt den entscheidenden Hinweis auf den eigentlichen Kern von Twitter im Speziellen und Social Media im Allgemeinen: Informationen und Botschaften sind für jeden, der sich darüber informieren möchte, ohne eine weitere (externe) Filter- und Moderationsfunktion digital einsehbar. (Aktuelle) Informationen über politische Ereignisse oder von politischen Institutionen werden nicht mehr nur über massenmediale Kanäle verbreitet, sondern können direkt über Social Media an den Bürger kommuniziert werden. Entscheidend ist darüber hinaus die Möglichkeit, Informationen an „Freunde“, also andere Nutzer im jeweiligen Netzwerk, mit denen man aus beruflichen, privaten oder anderen Gründen vernetzt ist, weiterzuleiten. Das können persönliche Meldungen aber auch politische Botschaften sein. Mit der Verbreitung der Botschaft über Freunde tritt ein erhöhter Aufmerksamkeitseffekt ein: „social media increases shared awareness by propagating messages through social networks.“⁴⁰

Dieser Abschnitt soll im Folgenden die notwendigen Begrifflichkeiten definieren und das Wesen und Wirken sozialer Netzwerke darstellen.

2.1. Web 2.0, Social Media und Soziale Netzwerke

Die große inhaltliche Nähe der bisher genannten Begriffe „Social Media“, „Soziale Netzwerke“, „Web 2.0“ sind insbesondere derselben technischen Grundlage und den damit verbundenen Funktionsprinzipien geschuldet. Ausgangspunkt für die Entstehung der dargestellten Informationsstrukturen ist die Metamorphose des Internets von einem Informations- zu einem

³⁸ <https://twitter.com/regsprecher/status/50215217665286144> (Stand: 06.08.2012)

³⁹ BReg, 25.03.2011: Regierungspressekonferenz vom 25. März. In: bundesregierung.de.

⁴⁰ Clay Shirky, 2011: The Political Power of Social Media. In: Foreign Affairs 1/2011: 26.

2. Das Mitmachmedium Internet

„Mitmachmedium“⁴¹. Als Oberkategorie gilt der Begriff „Web 2.0“, welcher maßgeblich vom Softwareentwickler und Verleger Tim O’Reilly geprägt wurde. Der im Namen implizierte Versionssprung auf „2.0“ verdeutlicht die Anerkennung, dass sich das Internet (mit immer noch denselben Mechanismen) weiterentwickelt hat. Mit „**Web 2.0**“ sind in erster Linie alle Anwendungen und Dienste gemeint, die mit dem World Wide Web⁴² als technische Grundlage „Programme und die benutzergenerierten Inhalte zur Verfügung“⁴³ stellen. Der implizierte, aber nie so verwendete Begriff „Web 1.0“ ist Synonym für das Internet als ein einfacher Informationslieferant, der wenig Wert auf Nutzerinteraktionen legte. Der Fokus beim Web 2.0 liegt hingegen auf dem *user-generated-content*, den benutzergenerierten Inhalten. Prominentestes Beispiel ist das weltweite Wissensportal Wikipedia, welches kollaborativ Wissen sammelt und aufbereitet. Bruns⁴⁴ bezeichnet die Art und Weise der Partizipation auf solchen Portalen als „*produsage*“ oder im Deutschen „*Produztung*“. Produktion und Nutzung (=Produztung) von Inhalten des Dienstes oder der Anwendung gehen Hand in Hand, das dahinterstehende Projekt (Wikipedia) oder Unternehmen (z.B. dem Fotodienst flickr) stellt lediglich die technische Plattform zur Verfügung. Eine weitere Kategorie, die dem Web 2.0 zugeordnet ist, lautet „Software as a Service“ (SaaS), das insbesondere im Business-Bereich die Verlagerung von Diensten und Anwendungen ins World Wide Web meint und keine sozialen Funktionen enthält.

Social Media als Teil des „Web 2.0“ unterscheidet sich vor allem in der Fokussierung auf „diejenigen onlinebasierten Anwendungen [...], die das Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement in den

⁴¹ Mark Dang-Anh, /Jessica Einspänner/Caja Thimm, 2012: Mediatisierung und Medialität in Social Media: Das Diskurssystem „Twitter“. In: Konstanze Marx/Monika Schwarz-Friesel (Hrsg.): Sprache und Kommunikation im technischen Zeitalter. Wieviel Technik (v)erträgt unsere Gesellschaft?. Berlin. (im Erscheinen): 266.

⁴² Das World Wide Web (WWW) ist der Teil des Internets, der elektronische Hypertext-Dokumente bereithält. Weitere Dienste des Internets sind die E-Mail, Telnet, etc. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird das WWW jedoch mit dem Internet gleichgesetzt.

⁴³ Mario Anastasiadis/Caja Thimm, 2011: Social Media - Wandelprozesse sozialer Kommunikation. In: Mario Anastasiadis/Caja Thimm (Hrsg.): Social Media: Theorie und Praxis digitaler Sozialität. Frankfurt am Main/New York: 9-18, hier 11.

⁴⁴ Axel Bruns, 2009: Produztung: Von medialer zu politischer Partizipation. In: Christoph Bieber/Martin Eifert/Thomas Groß/Jörn Lamla (Hrsg.): Soziale Netze in der digitalen Welt: Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main: 65-68.

2. Das Mitmachmedium Internet

(Teil-)Öffentlichkeiten hypertextueller und sozialer Netzwerke unterstützen“.⁴⁵ E-Mail, Kontaktformulare und Foren, bzw. sogenannte Bulletin Boards, waren Teil des „alten“ Internets. Sie werden immer noch in hohem Maß benutzt, doch verlagert sich ein Großteil der Kommunikation zusehends in Social Media-Dienste und Anwendungen. Der Übergang dahin ist fließend und kein „abrupter Sprung auf eine neuere ‚technische Version‘ des Internet“.⁴⁶ Dennoch hat Social Media die Nutzungsweise des Internets bereits heute maßgeblich verändert: „In less than three years it became the most popular activity on the web, supplanting pornography for the first time in Internet history. Even search engines weren't powerful enough to do that.“⁴⁷ Eine Erklärung hierfür ist sicherlich auch die enorme Bandbreite von Angeboten im Internet, die der Social Media-Kategorie zuzuordnen sind. Dazu zählen nicht nur soziale Netzwerke, Weblogs, Foren und Wikis, sondern auch Computerspiele (Massive Multiplayer Online Games, MMOG) und komplette virtuelle Lebenswelten (z.B. Second Life). Zudem spielt die zunehmende Durchdringung von Social Media-Applikationen auf mobile Endgeräte, Fernseher und Spielekonsolen eine weitere entscheidende Rolle in dessen Ausbreitung.

Soziale Netzwerke sind der kleinste Teilbereich des Internets (vgl. Abbildung 1), der in dieser Arbeit erläutert wird. Ihre wachsende Bedeutung ist Ausgangspunkt der Frage, inwieweit das *blame avoidance*-Konzept überhaupt noch anwendbar ist. **Soziale Netzwerke** sind „internetbasierte Plattformen, auf denen sich registrierte User in Form persönlicher Profildaten selbst darstellen und durch Verknüpfung zu anderen Usern ihr persönliches Netzwerk nach und nach aufbauen und abbilden können“.⁴⁸ Häufig richten sich soziale Netzwerke an spezielle Nutzergruppen. 2003 startete das Karriere-Netzwerk *LinkedIn*, ebenso wie das Internetradio *last.fm*, welches die Hörgewohnheiten von

⁴⁵ Jan Schmidt, 2006: Social Software. Onlinegestütztes Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2/2006: 37-47, hier 37.

⁴⁶ Jan Schmidt, 2009: Social Software. Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0. Konstanz: 14.

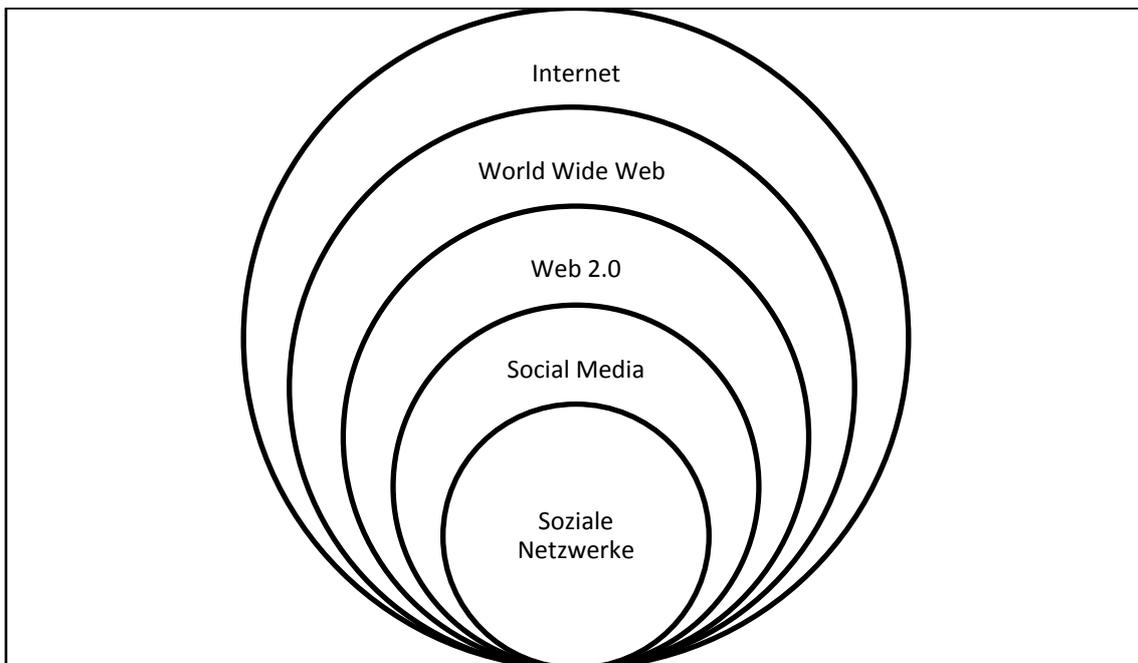
⁴⁷ Erik Qualman, 2009: Socialnomics: how social media transforms the way we live and do business. New Jersey: 3.

⁴⁸ Caterina Ewig, 2011: Identität und Soziale Netzwerke – StudiVZ und Facebook. In: Mario Anastasiadis/Caja Thimm (Hrsg.): Social Media: Theorie und Praxis digitaler Sozialität. Frankfurt am Main/New York: 287-322, hier 289.

2. Das Mitmachmedium Internet

Nutzern identifizierte und ihnen Musik- und Konzertempfehlungen aussprach⁴⁹. Das populärste soziale Netzwerk in Deutschland als auch weltweit ist Facebook. Über 860 Millionen Menschen haben sich ein persönliches Profil angelegt, in Deutschland über 23 Millionen.⁵⁰

Abbildung 1: Kategorisierung der verwendeten Begriffe



Quelle: Eigene Darstellung.

Boyd und Ellison⁵¹ definieren soziale Netzwerke anhand von drei Merkmalen: Sie erlauben, (1) dass sich der Nutzer ein öffentliches oder semiöffentliches Profil innerhalb eines nach außen hin abgegrenzten System erstellt; (2) sie stellen eine Liste seiner Kontakte mit anderen Nutzern desselben Netzwerkes dar; (3) und ermöglichen dem Nutzer, die ebenfalls zugänglichen Profile anderer Nutzer und seiner Kontakte zu durchstöbern. Die Kommunikationssoziologie erklärt den Erfolg sozialer Netzwerke mit dem Streben der Nutzer nach „vernetzter Individualität“ [...], die] für den Einzelnen

⁴⁹ Für eine Übersicht über die Entstehung und Ausgründungen sozialer Netzwerke vgl. Danah Boyd/Nicole B. Ellison, 2007: Social network sites: Definition, history, and scholarship. In: Journal of Computer-Mediated Communication 13(1): 210-230, hier 212.

⁵⁰ <http://www.allfacebookstats.com/en/country-statistics?period=6month> (Stand: 06.08.2012)

⁵¹ Danah Boyd/Nicole B. Ellison, a.a.O.

2. Das Mitmachmedium Internet

gesellschaftliches Leitbild und normative Anforderung gleichermaßen⁵² ist: Soziale Netzwerke sind für den Nutzer eine Plattform, auf der er sich selbst präsentieren, soziale Kontakte knüpfen und diese auch nach außen darstellen. Kein Beziehungsnetzwerk gleicht dem anderen und jedes hat Einfluss auf die Art und Weise, wie Informationen für den Nutzer sichtbar gemacht und aufbereitet werden. Vielen sozialen Netzwerken ist ein sogenannter „Stream“⁵³, „Newsfeed“⁵⁴ oder eine „Timeline“⁵⁵ gemein, auf der in chronologischer oder durch einen Relevanz-Algorithmus bestimmter Reihenfolge Nachrichten, Informationen, Seitenempfehlungen, Diskussionsstränge und andere Elemente aufgeführt werden. Je größer die Zahl der Kontakte, desto mehr Informationen hat der Stream oder die Timeline des einzelnen Nutzers.

Soziale Netzwerke haben drei zentrale Funktionen für den Nutzer: Sie unterstützen ihn gemäß der oben angeführten Social Media-Definition in seinem Informations-, seinem Identitäts- und seinem Beziehungsmanagement⁵⁶. Das persönliche Profil mit der Darstellung besonderer Merkmale (Geschlecht, Alter, Hobbies, Kontaktadressen) und das Teilen tagesaktueller Informationen (Links, Statusupdates, Check-Ins, etc.) bestimmt im Wesentlichen das Identitätsmanagement des Nutzers. Die vom Nutzer eingegebenen Informationen erstellen ein unikales Profil, kein Nutzer gleicht dem anderen. Das Beziehungsmanagement meint das „Explizitmachen von sozialen Beziehungen“⁵⁷. Für einige soziale Netzwerke gilt: Die Kontaktherstellung zwischen zwei Nutzern muss bidirektional erfolgen⁵⁸, beide bestätigen damit ausdrücklich, Informationen austauschen zu wollen. Die übliche Bezeichnung der Beziehungen in diesen Netzwerken lautet „Freund“ oder „Follower“. Dies mag nicht das tatsächliche Beziehungsverhältnis der Nutzer untereinander

⁵² Jessica Kunert/Jan Schmidt (2011): Hub, Fine-Tuner oder Business as Usual? Social Network Sites und die Bundestagswahl 2009. In: Eva Johanna Schweitzer/Steffen Albrecht (Hrsg.): Das Internet im Wahlkampf. Analysen zur Bundestagswahl 2009. Wiesbaden: 226-243, hier 228.

⁵³ Aus dem englischen: Strom

⁵⁴ Aus dem englischen: Nachrichtenzuführung

⁵⁵ Aus dem englischen: Zeitleiste

⁵⁶ Vgl. Jessica Kunert, Jan Schmidt 2011: a.a.O.: 228 f.; Jan Schmidt, 2009: a.a.O.

⁵⁷ Kunert, Jessica/Schmidt, Jan (2011): Hub, Fine-Tuner oder Business as Usual? Social Network Sites und die Bundestagswahl 2009. In: Schweitzer, Eva Johanna /Albrecht, Steffen (Hrsg.): Das Internet im Wahlkampf. Analysen zur Bundestagswahl 2009. Wiesbaden: 226-243, hier 228.

⁵⁸ Danah Boyd/Nicole B. Ellison, a.a.O.: 213.

2. Das Mitmachmedium Internet

darstellen, doch besteht ein Großteil der Kontakte „oftmals bereits vor der Kontaktaufnahme im Internet“.⁵⁹ Darüber hinaus existiert aber auch (in abgeschwächter Form) die Möglichkeit, ein Kontaktverhältnis einseitig zu begründen, als „Fan“, „Subscriber“⁶⁰ oder „Follower“⁶¹ eines Persönlichkeits- oder Unternehmensprofils. Die technischen Mittel, die das soziale Netzwerk für das Teilen, Bearbeiten, Kommentieren und Filtern von Informationen bereit hält, sind dem Informationsmanagement zuzuordnen. Unterstützt wird der Nutzer dabei von Algorithmen, die den Nachrichten- und Informationsfluss übersichtlich halten sollen und ihn nach relevanten Beiträgen gewichten. Die Verbindung von Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement lässt schon ohne diese Gewichtung eine „persönliche Öffentlichkeit“⁶² entstehen, „in der Informationen nach Kriterien persönlicher Relevanz ausgewählt und an ein (intendiertes) Publikum kommuniziert werden, das relativ klein ist [...] und durch starke oder schwache Beziehungen mit dem ‚Sender‘ verbunden ist“.⁶³ Für den Empfänger besteht so die Gefahr der Entstehung einer „Filterblase“⁶⁴, die nur noch Informationen an ihn weiterleitet, die sein Beziehungsnetzwerk als wichtig erachtet. Andere, eventuell wichtige Informationen bleiben dem Nutzer damit verschlossen. Die Relevanz-Algorithmen des sozialen Netzwerks können diesen Effekt noch verstärken.

2.2. Das soziale Netzwerk Twitter⁶⁵

Das in dieser Arbeit analysierte soziale Netzwerk „Twitter“⁶⁶ gewichtet das Dreieck aus Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement insbesondere auf die Informationsverbreitung. Der kommerzielle, aber für die Nutzung kostenlose Dienst Twitter beschreibt sich laut Eigendarstellung als ein „Echtzeitinformationsnetzwerk, das Dich mit den neuesten Geschichten, Ideen, Meinungen und Nachrichten über das verbindet, was Du interessant findest“.⁶⁷ Grundprinzip ist das unkomplizierte Veröffentlichen von kurzen persönlichen

⁵⁹ Caterina Ewig, 2011: a.a.O.: 289.

⁶⁰ Aus dem Englischen: abonnieren, subscribieren

⁶¹ Aus dem Englischen: folgen

⁶² Jessica Kunert, Jan Schmidt 2011: a.a.O: 229.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Eli Pariser, 2010: The filter bubble: what the Internet is hiding from you. New York.

⁶⁵ Der Autor twittert selbst unregelmäßig seit Oktober 2008.

⁶⁶ Aus dem englischen: Gezwitscher

⁶⁷ <http://twitter.com/about> (Stand: 06.08.2012)

2. Das Mitmachmedium Internet

Mitteilungen, hier *Tweets* genannt. Twitter wird daher auch als Microblogging-Dienst bezeichnet: Sogenannte Blogs⁶⁸ sind öffentlich zugängliche und zumeist kommentierbare Internettagebücher, die üblicherweise in chronologischer Reihenfolge Beiträge zu einem bestimmten, oft persönlichem, Thema beinhalten⁶⁹. Das Twitter-Profil eines Nutzers entspricht weitestgehend dieser Definition, durch seine Begrenzung auf 140 Zeichen pro Beitrag wird das Twittern jedoch als kurze und prägnante Form des Bloggens betrachtet und ist somit ein „Micro“⁷⁰-Bloggingdienst. Ursprünglich wurde Twitter für die interne Kommunikation der Podcasting-Firma Odeo entwickelt, kurze Zeit später aber für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der erste Tweet wurde am 21. März 2006⁷¹ veröffentlicht.

2.2.1. Friends und Follower

Angemeldete Nutzer haben die Möglichkeit, Nachrichten anderer Nutzer zu abonnieren (folgen/„followen“). Personen, die einem Twitter-Nutzer folgen, werden in der Twitter-Terminologie *Follower* genannt. Personen, denen der Twitter-Nutzer wiederum selbst folgt, werden *Friends*⁷² genannt. Nutzer, die sich auf Twitter mitteilen, sind gleichzeitig Autoren und können ebenso von anderen Nutzern gefolgt werden.⁷³ Das Kontaktverhältnis muss nicht wie bei anderen sozialen Netzwerken gegenseitig bestehen, es kann auch einseitig begründet sein.⁷⁴ Dies ist zum Beispiel oft bei Prominenten der Fall: Die beiden Twitter-Accounts mit den meisten Followern weltweit am 17. Juli 2012 waren @ladygaga⁷⁵ (Popsängerin Lady Gaga) mit ca. 27,1 Millionen Followern (bei

⁶⁸ Das Blog, bzw. das Weblog, als Verbindung der Wörter „Web“ und „Log“ (engl., Logbuch)

⁶⁹ Vgl. Jan Schmidt/Beate Frees/Martin Fisch, 2009: Themenscan im Web 2.0. In: Media Perspektiven 2/2009: 50-59, hier 53.

⁷⁰ engl., aus dem griech. mikros = klein

⁷¹ <https://twitter.com/jack/status/20> (Stand: 06.08.2012)

⁷² Aus dem englischen: Freunde

⁷³ Eine Ausnahme bilden sogenannte „Private Accounts“, auf die nur mit Erlaubnis des Nutzers zugegriffen werden darf. Das sind schätzungsweise 5,9% Accounts weltweit <http://www.whisthis.com/> (Stand: 06.08.2012)

⁷⁴ Vgl. Andreas Jungherr 2009: Twitternde Politiker: Zwischen buntem Rauschen und Bürgernähe 2.0. In: Christoph Bieber/Martin Eifert/Thomas Groß/Jörn Lamla (Hrsg.): Soziale Netze in der digitalen Welt: Das Internet zwischen egalitärer Beteiligung und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main: [8] 99-127, hier 106 ff.

⁷⁵ <https://twitter.com/ladygaga> (Stand: 06.08.2012)

2. Das Mitmachmedium Internet

140.000 Friends) und @justinbieber⁷⁶ (Popsänger Justin Bieber) mit ca. 25 Millionen Followern (bei 123.000 Friends). US-Präsident Barack Obama kommt mit seinem Account @BarackObama⁷⁷ auf ca. 17,5 Millionen Follower und folgt selbst 675.000 Twitterern. Deutsche Accounts verzeichnen deutlich geringere Zahlen. Der meist gefolgte deutsche Account in den Daten dieser Arbeit ist @dieternuhr⁷⁸, von Dieter Nuhr, einem deutschen Kabarettisten, mit ca. 220.000 Followern (bei wiederum fünf Friends).

Die Summe der Follower und Friends eines Twitter-Nutzers bilden ein Netzwerk, seine *Community of Interest*⁷⁹: „eine Gruppe von Menschen [...], die Interessen miteinander teilen und diesen Interessen gemeinsam in der betroffenen Community of Interest nachgehen.“⁸⁰ Das Netzwerk und die oben beschriebene „Asymmetrie des Folgens“ hat Einfluss auf die Wahrnehmung des Einzelnen über den Diskussionsverlauf im Gesamtnetzwerk Twitter. Wessen Community of Interest vermehrt aus SPD-nahen Accounts besteht, wird über das politische Meinungsbild auf Twitter einen anderen Eindruck gewinnen als ein Nutzer mit einer CDU-nahen Community of Interest.⁸¹

2.2.2. Technische Merkmale

Aus den Nachrichten aller Kontakte wird auf der Startseite des Nutzers nach dem Login eine chronologisch sortierte „Timeline“ erstellt, eine Liste von Tweets seiner Kontakte mit den neuesten Einträgen an erster Stelle. Die Profilseiten jedes Nutzers können ebenfalls aufgerufen werden, hier wird eine Timeline mit allen Tweets des jeweiligen Nutzers abgebildet. Jeder einzelne Tweet kann zudem in der Form [http://twitter.com/\[Benutzername\]/status/\[Eindeutige-Status/D\]](http://twitter.com/[Benutzername]/status/[Eindeutige-Status/D]) abgerufen werden.

⁷⁶ <https://twitter.com/justinbieber> (Stand: 06.08.2012)

⁷⁷ <https://twitter.com/BarackObama> (Stand: 06.08.2012)

⁷⁸ <https://twitter.com/dieternuhr> (Stand: 06.08.2012)

⁷⁹ Vgl. Andreas Jungherr 2009: a.a.O.: 102 ff.

⁸⁰ Andreas Jungherr 2009: a.a.O.: 103.

⁸¹ Andreas Jungherr 2009: a.a.O.: 107 f.

2. Das Mitmachmedium Internet

Die „Kürze der auf 140 Zeichen limitierten Botschaften [muss] nicht zwangsweise hinderlich sein“.⁸² Sogenannte „Hashtags“ erlauben in wenigen, wenn nicht sogar einem Wort eine Kategorisierung und Verschlagwortung des Tweets in ein bestimmtes oder aktuelles Thema. Hashtags bilden sich aus dem „#“-Zeichen und dem verwendeten Wort. Die Hashtags in einem Tweet, welche in die 140-Zeichenbegrenzung fallen, werden anschließend automatisiert von Twitter hypertextualisiert/verlinkt. Mit einem Klick auf den Hashtag wird eine neue Twitter-Seite mit allen Tweets, die diesen Hashtags enthalten aufgerufen. Die Darstellungsform ist hier ebenfalls eine chronologische Timeline. Seit jeher zeigt Twitter auf der Startseite sogenannte „trending topics“ an – die zehn aktuell populärsten Hashtags weltweit, welche später auch in regionalisierte trending topics basierend auf der Herkunft des Nutzers aufgeteilt wurden.

Die sozialen Funktionen beschränken sich jedoch nicht nur auf das Folgen oder Gefolgt werden. Twitter erlaubt auch sogenannte Konversationen. Diese sollen an einem Beispiel-Tweet dargestellt werden: Der Tweet von @Volker_Beck⁸³ mit dem Inhalt „@peteraltmaier Gratulation! Soll ich Dir die Grünen Papiere zur Energiewende schicken? Gruß aus Baku“ enthält den Twitter-Benutzernamen von Peter Altmaier mit einem vorangestellten „@“-Zeichen: @peteraltmaier⁸⁴. Dieser Tweet wird Peter Altmaier in seiner Timeline angezeigt, auch wenn er dem Autor des Tweets, Volker Beck, nicht folgen würde.

⁸² Mark Dang-Anh/Jessica Einspänner/Caja Thimm, 2012: a.a.O.: 268.

⁸³ Account von Volker Beck, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag

⁸⁴ Account von Peter Altmaier, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

2. Das Mitmachmedium Internet

Abbildung 2: Beispiel-Tweet



Quelle: https://twitter.com/Volker_Beck/status/202844982082674689 (Stand: 06.08.2012)

Der Benutzername @peteraltmaier wird von Twitter ebenfalls hypertextualisiert und verlinkt automatisch auf das Nutzer-Profil von Peter Altmaier. Einem dritten beliebigen Nutzer wird dieser Tweet standardmäßig nicht in seiner Timeline aufgelistet, es sei denn, er folgt beiden (!) Politikerprofilen oder sieht sich das Profil/die Timeline von Volker Beck an, die bekanntlich alle seine verfassten Nachrichten beinhaltet. Dieser Konversations-Tweet wird in also in dieser Form nicht zwingend den Followern von Volker Beck angezeigt. Möchte er aber diese Konversation auch seinen Followern mitteilen, genügt eine Umstellung des Tweets: Solange Volker Beck das @-Zeichen nicht an erster Stelle verwendet, wird dieser Tweet automatisch seinen Followern angezeigt, z.B. „Gratulation an @peteraltmaier! Soll ich Dir...“. Weil die Erwähnung des Nutzernamens mitten im Satz inhaltlich nicht immer sinnvoll ist, hat sich als Konvention auch durchgesetzt, dem @benutzernamen einen Punkt als Satzzeichen voranzustellen und im Anschluss den eigentlichen inhaltlichen Teil der Mitteilung folgen zu lassen: „.@peteraltmaier Gratulation! Soll ich Dir...“.

2. Das Mitmachmedium Internet

Abbildung 3: Beispiel ReTweet



Quelle: <https://twitter.com/DoroBaer/status/154645837715222528> (Stand: 06.08.2012)

Eine der wichtigsten Twitter-Funktionen, die sich aus der Kürze der Beiträge und dem Wunsch ergeben hat, besonders witzige, wichtige oder interessante Tweets⁸⁵ an seine eigenen Follower weiterzugeben, ist der sogenannte *Retweet* (auch *ReTweet*, in Anlehnung an die Abkürzung *RT* geschrieben)⁸⁶.

Abbildung 3 verdeutlicht dies an einem Retweet⁸⁷ einer Nachricht von Volker Beck an Peter Altmaier durch die Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär (@DoroBaer). Volker Beck schrieb ursprünglich eine Nachricht an Peter Altmaier („@peteraltmaier Hast DuDeinen [sic] Account eigentlich abgeschaltet/muß man sichSorgen [sic] machen?“). Dorothee Bär hat diese Nachricht zitiert, indem sie die komplette Nachricht übernommen und ein „RT @volker_beck“ vorangestellt hat. Damit macht sie ihren Followern deutlich, dass der Ursprungstweet in dieser Form von Volker Beck stammt (RT @benutzername). Der vorangestellte Hinweis „Vermisse ihn auch schon schrecklich!“ ist ihr persönlicher Kommentar in der Sache.

⁸⁵ Vgl. Andreas Jungherr 2009: a.a.O.: 105.

⁸⁶ Re-, aus dem lateinischen *recreatio*, wiederholt erschaffen

⁸⁷ Eine weitere Möglichkeit einen interessanten Sachverhalt weiterzugeben und dabei auf den Ursprungsautor hinzuweisen ist die *via* Konvention „... via @peteraltmaier“. Hier wird in der Regel nicht der Originaltweet zitiert, sondern nur inhaltlich darauf verwiesen. Vgl. Andreas Jungherr 2009: a.a.O.: 105.

2. Das Mitmachmedium Internet

Der Retweet hat sich nutzergetrieben etabliert⁸⁸ und wurde im November 2009 systemseitig von Twitter eingeführt (siehe auch der Link „Retweet“ unter den Nachrichten in Abbildungen 2 und 3).⁸⁹ Twitter hat die Funktion nicht vollständig übernommen, sodass kommentierte Retweets wie von Dorothee Bär weiterhin nur manuell möglich sind. Der sogenannte „native“ Retweet, welcher durch Twitter eingeführt wurde, veränderte aber das Verhalten in der Timeline eines Nutzers insofern, als dass ihm jetzt auch Tweets anderer Nutzer angezeigt werden, denen er nicht folgt, sofern einer seiner Friends den Tweet des anderen Nutzers *retweeted*.⁹⁰

Eine weitere Kommunikationsmöglichkeit sind Direktnachrichten („Direct message“, auch DM genannt), die aber nur an Follower verschickt werden können und nicht öffentlich einsehbar sind.

2.2.3. Tweet-Arten

Seit dem allerersten Tweet von Jack Dorsey⁹¹, einem der Twitter-Gründer, haben sich mehr als 465 Millionen Menschen weltweit einen Twitter-Account zugelegt⁹² und versenden täglich mehr als 400 Millionen Nachrichten.⁹³ Der Inhalt der Tweets variiert dabei zum Teil erheblich. boyd⁹⁴, Dann⁹⁵, Kwak et. al⁹⁶, Zao und Rosson⁹⁷ u.a. haben in differenzierten Studien verschiedene

⁸⁸ Der erste Retweet wurde vermutlich am 18. April 2007 abgesetzt, vgl. Shea Bennett, 07.02.2011: Was This Twitter's Very First Retweet? In: mediabistro.com.

⁸⁹ <http://blog.twitter.com/2009/11/retweet-limited-rollout.html> (Stand: 06.08.2012)

⁹⁰ Die Änderung war nicht unumstritten und wird im Abschnitt 6 zur Methodik noch einmal problematisiert, da dies Auswirkungen auf die Daten hatte (vgl. Mercedes Bunz, 23.11.2009: Twitter's retweet confusion. In: guardian.co.uk.).

⁹¹ <https://twitter.com/jack/status/20> (Stand: 06.08.2012)

⁹² Shea Bennett, 23.02.2012: Just how big is twitter in 2012? In: mediabistro.com.

⁹³ Dan Farber, 06.06.2012: Twitter hits 400 million tweets per day, mostly mobile. In: news.cnet.com.

⁹⁴ Danah Boyd, 16.08.2009: Twitter: "pointless babble" or peripheral awareness + social grooming? In: zephorie.org.

⁹⁵ <http://firstmonday.org/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/2745/2681> (Stand: 06.08.2012)

⁹⁶ Haewoon Kwak/Changhyun Lee/Hosung Park/Sue Moon, 2010: What is Twitter, a Social Network or a News Media? In: <http://an.kaist.ac.kr>.

⁹⁷ Dejin Zhao/Mary Beth Rosson, 2009: How and why people Twitter: the role that micro-blogging plays in informal communication at work. Proceedings of the ACM 2009 international conference on Supporting group work.

2. Das Mitmachmedium Internet

Nutzungsmöglichkeiten identifiziert. Zusammenfassend lässt sich der Inhalt von Twitter-Nachrichten in sechs Kategorien aufteilen:⁹⁸

- (1) *Conversational*: Tweets können konkrete Anfragen an andere Nutzer (@benutzername) oder an eigene Follower enthalten und sind dialogorientiert und informationssuchend.
- (2) *Pass along*: Insbesondere Retweets von interessanten Tweets anderer Nutzer dienen der Informationsverbreitung und -weiterleitung.
- (3) *News*: Ein wichtiger Aspekt ist die Verbreitung von tagesaktuellen oder Eilmeldungen. Viele Nachrichtenagenturen und alle großen Medien besitzen Twitter-Accounts, die mitunter noch vor dem eigenen Internetauftritt mit Neuigkeiten versorgt werden. Auch diese werden – insbesondere bei größeren Ereignissen – massiv mittels Retweet weiterverbreitet.
- (4) *Status*: Viel feuilletonistische Kritik haben einfache Statusmeldungen über Essgewohnheiten, Gefühlslagen und andere persönliche Lebenslagen von Twitter-Nutzern provoziert: Der Dienst sei „die Klondike des Internets“⁹⁹ und ein „Hort der Belanglosigkeiten“.¹⁰⁰ Pear Analytics¹⁰¹ haben diese Art von Tweets (in ihrer Untersuchung ca. 40,55 Prozent der analysierten Tweets) daher auch als „pointless babble“¹⁰² identifiziert. boyd¹⁰³ hält entgegen, dass solche Nachrichten Ausdruck der peripheren sozialen Wahrnehmung eines Menschen sind und gewissermaßen „soziale Körperpflege“ („social grooming“) darstellen. Twitter ist für diese Art von Nachricht wieder eindeutig als soziales Netzwerk zu identifizieren und weniger als Hort der Informationsverbreitung. In ihrem sozialen Beziehungsnetzwerk möchten die Nutzer wissen, „what the people around them are thinking and doing and feeling, even when co-presence isn't viable“.¹⁰⁴

⁹⁸ Vgl. Stephen Dann, 2010: Twitter content classification. In: First Monday 15(12).

⁹⁹ Jens Uehlecke, 08.06.2009: Schluss mit dem Geschnatter. In: zeit.de.

¹⁰⁰ Stephan Dörner, 20.05.2010: Forscher lüften das Twitter-Geheimnis. In: handelsblatt.com.

¹⁰¹ Pearanalytics, 2009: Twitter Study – August 2009. In: www.kommunikation-kmb.de.

¹⁰² Aus dem englischen: Unnützes Geschwätz

¹⁰³ http://www.zephoria.org/thoughts/archives/2009/08/16/twitter_pointle.html (Stand: 06.08.2012)

¹⁰⁴ Ebd.

2. Das Mitmachmedium Internet

- (5) *Phatic*: Darüber hinaus dienen solche vermeintlich belanglosen Tweets (vgl. *Status*) und vor allem die darauffolgende Gespräche und Diskussionen (*Phatic*) der sozialen Netzwerkpflege, also der Kontaktknüpfung und -erhaltung.
- (6) *Spam*: Unerwünschte Werbenachrichten oder Betrugsversuche.

2.3. Twitter in der Politik

Die Potenziale der verschiedenen Twitter-Nutzungstypen für Politiker und Parteien hat Jungherr¹⁰⁵ im *Lifecasting*, im *Mindcasting*, zum *Community Building*, zum *Crowdsourcen* und im *Community RSS* identifiziert. Twitter als *Lifecast* meint die sinnbildliche Möglichkeit, dass Politiker durch persönliche Tweets ihren Followern nahbarer und menschlicher werden können. Das schließt die viel kritisierten Tweets (vgl. den vorherigen Abschnitt) über scheinbar unnützes Geschwätz mit ein. Twitter als *Mindcast* ist in diesem Sinne professioneller und für Politiker „eine Ergänzung zu ihrer beruflichen Online-Persona“¹⁰⁶. Damit sind beispielsweise Hinweise auf aktuelle politische Themen und die dazu gehörige eigene Meinung, aber auch Verlinkungen auf interessante Artikel und Berichte im entsprechenden Politikfeld gemeint: Im Wesentlichen also Beiträge, die ihr aktuelles politisches Tagesgeschäft begleiten und kommentieren. Zum *Community Building* wird Twitter insbesondere vor dem Hintergrund seines sozialen Netzwerkcharakters genutzt. Jeder Tweet eines Politikers, der von einem seiner Follower geteilt wird, vergrößert seinen Einflussbereich und generiert eventuell neue Follower. Dazu kommen Elemente wie der #followfriday auf Twitter, der jeden Freitag Empfehlungen auf interessante oder bekannte andere Twitterer an seine Follower ausspricht. Häufig verweisen politische Akteure zudem auf aktuelle Umfragen im Netz oder laden zu Veranstaltungen und Unterschriftenaktionen ein, was auf die *Crowdsourcing*-Möglichkeiten von Twitter hinweist. Twitter wurde deshalb auch so erfolgreich, weil es früh auf ein offenes System aus Website, mobilen Zugriff und Drittanbieter-Anwendungen gebaut hat. Mit dem Handy konnte auf die Timeline zugegriffen oder ein Tweet verfasst werden.

¹⁰⁵ Andreas Jungherr 2009: a.a.O.: 116 ff.

¹⁰⁶ Andreas Jungherr 2009: a.a.O.: 107.

2. Das Mitmachmedium Internet

Darüber hinaus hat eine einfache Programmierschnittstelle (API) viele Drittentwickler dazu veranlasst, Twitter-Anwendungen zu schreiben und zu veröffentlichen. Die API erlaubt es, automatisiert auf neue Blog-Einträge und Inhalte auf Kampagnenseiten hinzuweisen, eine Funktion, die von Jungherr als Community RSS bezeichnet wird und auf Twitter ebenfalls häufig zu beobachten ist.

Die Kampagnenfähigkeit von Twitter wurde in den letzten Jahren insbesondere in autoritären Staaten bekräftigt. Noch ist unklar, welche Rolle soziale Netzwerke und insbesondere Twitter gespielt haben, aber die arabischen Revolutionen in Ägypten 2011¹⁰⁷, in Tunesien 2010-2011¹⁰⁸, im Iran 2009-2010¹⁰⁹ – zusammen auch als „arabischer Frühling“¹¹⁰ bekannt – fanden auch massiv in sozialen Netzwerken statt. Interessant ist zudem die Rückkopplung zwischen Massenmedien und Twitter. Web und Print-Journalisten nutzen bereits seit einigen Jahren Twitter als zusätzliche Informationsquelle¹¹¹ und sind selbst mit eigenen Profilen dort vertreten. Zeitschriften, insbesondere die Online-Ableger, können sich ebenfalls die Weiterverbreitungsmechanismen und –geschwindigkeit von Twitter zu Nutze machen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der eigentliche Hauptzweck sozialer Netzwerke (einschließlich Twitter) nicht politisches Engagement ist. Vielmehr wird es „overshadowed by other uses, such as social networking and entertainment“.¹¹² Nichtsdestotrotz helfen sie, Menschen politisch zu engagieren und zu mobilisieren, die sich offline bisher nicht aktiv gezeigt

¹⁰⁷ Karim El-Gawhary, 2011: Willkommen in der neuen Welt. In: taz.de.

¹⁰⁸ Firas Al-Atraqchi, 09.02.2011: Die 140-Zeichen-Stimme des Volkes. In: <http://theeuropean.de>.

¹⁰⁹ Lev Grossman, 17.06.2009: Iran Protests: Twitter, the Medium of the Movement. In: time.com.

¹¹⁰ Alex Comninos, 2011: Twitter revolutions and cyber crackdowns. User-generated content and social networking in the Arab spring and beyond. Association for Progressive Communications (APC).

¹¹¹ Tamara Small, 2011: What the Hashtag? A Content Analysis of Canadian Politics on Twitter. In: Information, Communication and Society. 14(6): 872-895.

¹¹² Giovanna Mascheroni, 2012: New Forms of Civic and Political Engagement or Just New Opportunities for Networked Individualism. In: Brian D. Loader/Dan Mercea (Hrsg.): Social Media and Democracy. London: 207-223, hier 222.

2. Das Mitmachmedium Internet

haben¹¹³ sowie solche Personen verstärkt zu mobilisieren, die so oder so schon politisch interessiert sind¹¹⁴ und hohe politische Kompetenz besitzen.¹¹⁵

Die Mobilisierungskraft ist der entscheidende Vorteil, den soziale Netzwerke unkoordinierten Interessengruppen verschaffen. Bisher hatten “disciplined and coordinated groups, whether businesses or governments, [... always] an advantage over undisciplined ones“¹¹⁶. Die Geschwindigkeit, mit der Informationen, Proteste und – wie im Laufe der Arbeit zu sehen sein wird – *blame* im Netzwerk verteilt werden, sucht jedoch ihresgleichen und nivelliert zum Teil den Vorsprung koordinierter Gruppen vor spontanen und losen Zusammenschlüssen. Soziale Netzwerke und insbesondere Twitter sind „längst zu einem ernstzunehmenden gesellschaftlichen Kommunikationskanal geworden“¹¹⁷.

Es ist davon auszugehen, dass die rasant gewachsene Bedeutung sozialer Netzwerke auch politischen Akteuren nicht entgangen ist. Das Mobilisierungspotenzial und der Einfluss sozialer Netzwerke auf die öffentliche Meinung insbesondere hinsichtlich einer negativen Verantwortungsattribution sind Grundlage der Analyse dieser Arbeit. Gemäß dem *blame avoidance*-Konzept wird von der These ausgegangen, dass zwischen den Reaktionen von politischen Akteuren und Proteststürmen in sozialen Netzwerken ein Korrespondenzverhältnis besteht. Auf den theoretischen Zusammenhang zwischen negativer Verantwortungsattribution und politischen Handeln soll dafür im nächsten Abschnitt eingegangen werden.

¹¹³ Henrik Serup Christensen/Åsa Bengtsson, 2011: The political competence of internet participants. In: Information, Communication & Society 14(6): 896-916, hier 909f.

¹¹⁴ Giovanna Mascheroni, 2012: a.a.O.: 207.

¹¹⁵ Christensen, Henrik Serup/Bengtsson, Åsa, 2011: a.a.O.: 910f.

¹¹⁶ Clay Shirky, 2011: a.a.O.: 25.

¹¹⁷ Andreas Jungherr 2009: a.a.O.: 111.

3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung

„Machen Sie sich erst einmal unbeliebt,
dann werden Sie auch ernst genommen!“

Konrad Adenauer (CDU)¹¹⁸

3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung

Politisches Handeln unterliegt der ständigen Beobachtung von Medien und Bevölkerung. Da politisches Handeln aber nicht nur populäre Entscheidungen bedeutet, sondern auch (notwendige) Einschnitte und Sparmaßnahmen sowie Skandale und Fehltritte einschließt, hadern Politiker und Parteien seit jeher mit den Folgen ihres Handelns: „Das geringe Ansehen des Deutschen Bundestages entspricht weder seiner Bedeutung noch seiner Leistung“¹¹⁹, so Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) als Reaktion auf Umfragewerte, in der nur ein Viertel der Befragten ihr Vertrauen in die Arbeit der Bundestagsabgeordneten aussprachen.¹²⁰

3.1. Negativity Bias

Eine mögliche Erklärung für das von Lammert skizzierte Missverhältnis ist der von Lau¹²¹ identifizierte *negativity effect* (später auch als *negativity bias* bezeichnet) im politischen Wahlverhalten von Bürgern. Er bezeichnet den psychologischen Effekt, dass Menschen negativen Informationen mehr Gewicht geben als gleichwertigen positiven Informationen. Ausgehend von zwei Erklärungsansätzen, der *figure-ground hypothesis* und der *cost orientation hypothesis*, argumentiert Lau, dass „Wähler empfindlicher darauf reagieren, was ihnen *angetan* wurde, als was *für sie getan* wurde“.¹²² Die *figure-ground hypothesis* beruht auf der individuellen Wahrnehmung eines Einzelnen und geht davon aus, dass die meisten Menschen in einer positiv wahrgenommenen Welt leben: „We like our jobs, our neighborhoods, the people around us, and our

¹¹⁸ Raymond Geuss, 03.05.2011: All die menschlichen Selbstverständlichkeiten. In: faz.net.

¹¹⁹ Matthias Weber, 18.07.2012: Verheerendes Zeugnis für Parlamentarier. In: stern.de.

¹²⁰ Christopher Link, 18.07.2012: Das Volk watscht seine Vertreter ab. In: stuttgarter-zeitung.de.

¹²¹ Richard R. Lau, 1985: Two explanations for negativity effects in political behaviour. In: American Journal of Political Science 29(1): 119-138.

¹²² Eigene Übersetzung, Kent R. Weaver, 1986: a.a.O.

3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung

lives as a whole.“¹²³ Menschen haben unzählige Entscheidungen in ihrem Leben getroffen, die nach der eigenen Wahrnehmung grundsätzlich den höchstmöglichen positiven Effekt auf ihre Lebenssituation hatten. Entscheidungen, die negative Folgen haben, sind unerwünscht und erhalten meist deswegen mehr Aufmerksamkeit, weil sie in diesem Zusammenhang seltener auftreten. *Die figure-ground hypothesis* ist damit vor allem eine Frage der Wahrnehmung von negativen Entscheidungen. Im Gegensatz dazu setzt die *cost orientation hypothesis* an der Feststellung an, dass Menschen „more strongly motivated to avoid costs than to approach gains“¹²⁴ sind. Schließlich lehrt schon die Evolutionstheorie, dass das Vermeiden von lebensbedrohlichen Gefahren für das eigene Überleben wichtiger ist, als kurzfristige Gewinne und Erleichterungen zu erreichen. Auf Basis dieses *negativity bias* liegt es auf der Hand, dass auch unpopuläre *politische* Maßnahmen und Skandale sich stärker auf das öffentliche Meinungsbild auswirken als populäre Maßnahmen. Hat dieses Missverhältnis deswegen Einfluss auf das Handeln politischer Akteure? Dafür ist es zunächst nötig, die Motivation und Grundlage des Handelns von Politikern und Parteien näher zu betrachten.

3.2. Office-seeking, policy-seeking und vote-seeking

Müller und Strøm haben drei Ziele identifiziert, die die Handlungsmotivation von Politikern und Parteien maßgeblich bestimmen: *office-seeking*, *policy-seeking* und *vote-seeking*.¹²⁵ Maßgeblich intrinsisch motiviert ist der mutmaßliche Wunsch eines jeden Politikers, als Höhepunkt der Karriere einen Ministerposten zu besetzen (*office-seeking*).¹²⁶ Je mehr Ämter und Posten eine Partei besetzen kann, desto mächtiger ist sie. Deshalb ist die Besetzung von Ministerposten und insbesondere die Zahl und die Wichtigkeit der einzelnen Posten immer Teil der Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung in parlamentarischen Demokratien. Vom Wähler deutlich akzeptierter ist die Motivation eines politischen Akteurs, seine eigenen politischen Inhalte

¹²³ Lau, Richard R., 1985: Two explanations for negativity effects in political behaviour. In: American Journal of Political Science 29(1): 119-138, hier 121.

¹²⁴ Ebd. 122

¹²⁵ Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare, 1999: a.a.O., hier 5

¹²⁶ Vgl. Michael Gallagher/Michael Laver/Peter Mair, 2011: Representative government in modern Europe. London: 385.

3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung

durchzusetzen (*policy-seeking*). Wahlkämpfe werden daher auch vor allem von politischen Versprechen dominiert („Mehr netto vom brutto“; „Change“; „Energiewende – jetzt!“). Das *policy-seeking* beeinflusst ganz maßgeblich auch die Koalitions- und Kooperationsfähigkeit politischer Akteure. Rechnerisch mögliche Koalitionen (z.B. CDU und Die Linke) sind dem Wähler und dem eigenem politischen Anspruch angesichts unterschiedlicher Vorstellungen von erfolgreicher Politik nicht zu vermitteln. Unter den drei genannten Zielen kommt jedoch dem *vote-seeking* die wahrscheinlich größte Bedeutung zu, da in parlamentarischen Demokratien die Übernahme der Regierungsverantwortung – und damit Machtgewinn und Machtausübung – in der Regel nur durch einen Wahlsieg erfolgt. Dieser lässt „politische Akteure ihren anderen beiden Zielen näher kommen: der Besetzung von Ämtern und der Durchsetzung ihres politischen Programms“.¹²⁷ Bereits amtierende Regierungen haben leicht differenzierte Ziele. Hier sind insbesondere die Wiederwahl (*vote-seeking*) und die Durchsetzung der eigenen Politikinhalt (*policy-seeking*) vorherrschend, da Ämter und Posten (*office-seeking*) bereits besetzt sind.¹²⁸ Nichtsdestotrotz möchten Koalitionsparteien (insbesondere sogenannte Juniorpartner) auch hier ihren Einfluss vergrößern und mehr Ministerposten stellen. Auch der einzelne Politiker ist viel stärker motiviert, seinen Posten zu behalten oder aufzusteigen.

3.3. Blame Avoidance

Angesichts der Wichtigkeit von Wählerstimmen (*vote-seeking*) für die Übernahme von Regierungsverantwortung und deren Erhalt wird dem öffentlichen Meinungsbild eine besondere Aufmerksamkeit zuteil. Weaver nutzt den oben angeführten *negativity bias* und argumentiert, dass dieser Einfluss auf das Wahlverhalten der Bürger hat. Politische Akteure sind sich dessen bewusst und konzentrieren sich daher grundsätzlich stärker auf „Schuldvermeidung“ (*blame avoidance*), anstatt sich für populäre Maßnahmen und Erfolge feiern zu lassen (*credit claiming*).¹²⁹ Er geht davon aus, dass „politicians must [...] be at least as interested in *avoiding blame* for (perceived or real) losses that either

¹²⁷ Wenzelburger, Georg, 2010: Haushaltskonsolidierungen und Reformprozesse. Determinanten, Konsolidierungsprofile und Reformstrategien in der Analyse. Münster: 75.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Kent R. Weaver, 1986: a.a.O.

3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung

imposed or acquiesced in as they are in ‚claiming credit‘ for benefits they have granted”.¹³⁰

Blame wird „herkömmlicherweise als die Zurechnung von schlechten oder falschen Handlungen zu einer Person oder einem Gebilde verstanden“.¹³¹ *Blame avoidance* sind in diesem Sinne alle Handlungen oder Nicht-Handlungen, die versuchen, *blame* nicht entstehen zu lassen, *blame* abzulenken und zu zerstreuen oder *blame* in *credit* umzuwandeln. *Blame* kann auch durch folgende Formel dargestellt werden: $B_{t1} = PAH_{t1} + PR_{t1}$.¹³² *B* ist hierbei *blame*, *PAH* ist der wahrgenommene vermeidbare Verlust oder Schaden („perceived avoidable loss or harm“) summiert mit der wahrgenommenen Verantwortung („PR, perceived responsibility“), während der Zeit *t1*. Der wahrgenommene vermeidbare Verlust oder Schaden ist „something that some person or group sees as worse than it could have been if matters had been handled better or differently“.¹³³ Die Verantwortung (*PR*) wird einem politischen Akteur zugerechnet, der scheinbar den wahrgenommenen vermeidbaren Verlust oder Schaden durch sein Handeln oder Nichthandeln verursacht hat.¹³⁴ *Blame* ist zudem abhängig vom Zeitfaktor: „an act that attracts blame at one point in time can attract praise at a later time, or vice versa.“¹³⁵ Im politischen Betrieb kann *blame* sowohl vermieden (*blame avoidance*), als auch zielgerichtet und strategisch zur Diffamierung des politischen Gegners verteilt werden („*blame game*“¹³⁶).

Die öffentliche Meinung ist entscheidend für die politische Sprengkraft von *blame*. Je mehr Menschen einer Person oder einer Institution (Verfassungsorgan, Partei, Gesetz, etc.) die Schuld an schlechten oder

¹³⁰ Kursiv im Original, Kent R. Weaver, 1986: a.a.O.: 372.

¹³¹ Eigene Übersetzung aus: Christopher Hood, 2011: Risk and government: the architectonics of blame-avoidance. In: Layla Skinns/Michael Scott/Tony Cox (Hrsg.): Risk. New York: 62-84, hier 64.

¹³² Vgl. ebd.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Für die Zielgerichtetheit von *Blame* vgl. Raanan Sulitzeanu-Kenan/Christopher Hood, 2005: Blame avoidance with adjectives. Motivation, opportunity, activity, outcome. Paper for ECPR Joint Sessions, Blame Avoidance and Blame Management Workshop 14.-20.04.2005.

¹³⁵ Christopher Hood, 2011: a.a.O.: 64.

¹³⁶ Vgl. Christopher Hood, 2010: a.a.O.

3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung

falschen Entscheidungen zuweisen, desto stärker ist diese ausgeprägt bzw. wird entsprechend als solche wahrgenommen. Gradmesser des öffentlichen *blame* ist die Vermittlung und Zuschreibung von Verantwortung für fehlerhaftes Verhalten durch die Massenmedien. Die Rekonstruktion und Kommentierung von politischem Handeln durch die massenmediale Berichterstattung hat maßgeblichen Einfluss auf das Meinungsbild der Bürger. Ihre „Einschätzungen und Bewertungen von politischen Akteuren und Themen speist sich in einem nur sehr begrenzten Ausmaß aus unmittelbarer Erfahrung, sie resultiert in erster Linie aus der Beobachtung der massenmedialen Öffentlichkeit“.¹³⁷ Je wichtiger und mächtiger Politiker sind, desto größer ist die massenmediale Aufmerksamkeit und desto wahrscheinlicher und mit hoher Intensität werden Fehltritte mit *blame* geahndet.

Verschiedene politikwissenschaftliche Studien zu Demokratieunzufriedenheit¹³⁸, Wahlverhalten¹³⁹ und Verantwortungsattribution¹⁴⁰ haben die Annahmen von Weaver weitestgehend bestätigt und empirisch belegt.¹⁴¹ *Blame avoidance* ist dabei insbesondere in politischen Entscheidungen mit einer extrem hohen Tragweite wie in der rückbauorientierten Reformpolitik¹⁴² des Wohlfahrtsstaates (Arbeitsmarkt, Rente, Gesundheit) untersucht worden.¹⁴³ Czada definiert *blame avoidance* in diesem Zusammenhang auch als „die Konstruktion von Sündenböcken und der Verschleierung von Verteilungseffekten“¹⁴⁴, da hier

¹³⁷ Jürgen Gerhards/Anke Offerhaus/Jochen Roose, 2009: Wer ist verantwortlich? Die Europäische Union, ihre Nationalstaaten und die massenmediale Attribution von Verantwortung für Erfolge und Misserfolge. In: Barbara Pfetsch/Frank Marcinkowski (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie. Wiesbaden: 529-558, hier 529.

¹³⁸ Christopher Hood, 2007: What happens when transparency meets blame-avoidance? In: Public Management Review 9(2): 191-210.

¹³⁹ Christopher Hood, 2009: Risk management and blame-avoidance: a political science perspective. Paper for conference "Managing the social impacts of change from a risk perspective" 15.-17.04.2009.

¹⁴⁰ Jürgen Gerhards/Anke Offerhaus/Jochen Roose, 2009: a.a.O.

¹⁴¹ Christopher Hood, 2009: a.a.O.

¹⁴² Zum Begriff der rückbauorientierten Reformpolitik vgl. Wenzelburger, S. 77f

¹⁴³ Vgl. Paul Pierson, 1995: The new politics of the welfare state. ZeS-Arbeitspapiere 3/95.; vgl. Christoffer Green-Pedersen, 2002: The Politics of Justification. Party Competition and Welfare-State Retrenchment in Denmark and the Netherlands from 1982 to 1998, Amsterdam.; vgl. Reimut Zohlnhöfer, 2007: The politics of budget consolidation in Britain and Germany. The impact of blame avoidance opportunities. In: West European Politics 30: 1120-1138.

¹⁴⁴ Roland Czada, 2008: Irrwege und Umwege in die neue Wohlfahrtswelt. In: Rolf Heinze/Adalbert Evers (Hrsg.): Sozialpolitik Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden: 186-207, hier 192.

3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung

insbesondere *blame* aus dem Unmut über tatsächliche monetäre Verluste in der Mindergewährung von Sozialleistungen entsteht.

Weaver stellt ausdrücklich klar, dass die Vermeidung von *blame* nicht die alleinige Handlungsmaxime von politischen Akteuren ist. In gleichen Situationen mögen einige Politiker das Risiko, *blame* auf sich zu ziehen, anders bewerten, als andere Akteure. Aber selbst mehrheitlich durch *policy-seeking* getriebene Politiker stehen unter dem Zwang, dass sie wiedergewählt werden müssen, um ihre Politikinhalte durchzusetzen. Daher müssen auch sie Handlungen, die sich negativ auf das Wählerverhalten auswirken könnten, möglichst vermeiden.¹⁴⁵

3.4. Strategien und Handlungsoptionen

Politische Akteure haben verschiedene Wege gefunden, mit *blame* umzugehen. Mindestens drei grundsätzliche Handlungsmuster sind in der politikwissenschaftlichen Literatur zu finden, „though they are not always clearly distinguished“.¹⁴⁶ Politische Handlungen und öffentliche Äußerungen oder Entschuldigungen, welche die *blame* auslösende Handlung rechtfertigen oder bedauern und insbesondere die Wahrnehmung des vermeintlichen Verlustes ändern wollen, werden den *presentational strategies* zugeordnet (z.B. „Spin Doctoring“¹⁴⁷). Entscheidungen für oder gegen bestimmte Politikinhalte, die in ihrer Auswirkung *blame* minimieren, ablenken oder gar nicht erst entstehen lassen, sind den *policy strategies* zuzuteilen. Schlussendlich kann *blame* auch mittels Delegation von Aufgaben und Verantwortung an der Entstehung behindert werden (*agency strategies*).

Eine weitere Möglichkeit, *blame avoidance* zu typisieren, ist der Blick zurück auf die weiter oben angeführte Formel $B_{t1} = PAH_{t1} + PR_{t1}$. *Blame avoidance* versucht demnach entweder die Wahrnehmung des angenommenen Schadens oder die vermutete Verantwortlichkeit für den Schaden (oder beides gleichzeitig) zu verschiedenen Zeitpunkten zu beeinflussen. Tabelle 1

¹⁴⁵ Vgl. Kent R. Weaver, 1986: a.a.O.: 377.

¹⁴⁶ Hood, Christopher, 2002: The Risk Game and the Blame Game. In: Government and Opposition 37(1): 15-37, hier 16.

¹⁴⁷ Christopher Hood, 2011: a.a.O.: 73.

3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung

verdeutlicht die Unterscheidung in ex post und ex ante *blame avoidance* und die beiden Herangehensweisen an die Verringerung der Wahrnehmung des Schadens/Verlustes und der Verantwortungsattribution.

Tabelle 1: Typisierung von Blame Avoidance

Blame-Faktor	Zeitfaktor	
	Antizipierend	Reagierend
Verringerung der Wahrnehmung des Verlustes (PAH)	(1) Beispiel: Mögliche Verluste oder Schäden übertreiben, sodass die tatsächlichen Auswirkungen als nicht so schlimm empfunden werden.	(2) Beispiel: Den entstandenen Schaden oder Verlust kleinreden.
Verringerung der Wahrnehmung der Verantwortung (PR)	(3) Beispiel: Die Unausweichlichkeit von Ereignissen im Voraus betonen, sodass „niemand Schuld ist“, wenn es tatsächlich eintritt (z.B. Terrorangriff).	(4) Beispiel: Verantwortung abstreiten, abschieben oder auf andere verteilen.

Quelle: Christopher Hood, 2011: 72 (eigene Übersetzung).

In dieser Arbeit soll jedoch auf die acht verschiedenen *blame avoiding strategies* zurückgegriffen werden, die Weaver in seinem Ursprungswerk identifiziert hat. Diese verhindern entweder, dass *blame* als Konsequenz der Handlung überhaupt erst entstehen kann (1), lenken *blame* auf andere ab (2) oder zerstreuen *blame* derart diffus, dass das eigene Ansehen keinen Schaden nimmt (3).¹⁴⁸ Der Begriff der Strategie ist an dieser Stelle irreführend: Politische Strategien sind „erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulation beruhen“.¹⁴⁹ Die von Weaver identifizierten *blame avoiding strategies* sind jedoch weniger *situationsübergreifend* als *situationsbedingt* und werden in dieser Arbeit vor allem als kurzfristig geplante Reaktionen und Handlungen verstanden, die auf eine Ablenkung und Zerstreung von *blame* zielen. Raschke und Tils klassifizieren dies als taktisches Handeln, das sich von der situationsübergreifenden Strategie insofern unterscheidet, als das „Auslassen von Vorteilen des Augenblicks im

¹⁴⁸ Vgl. Kent R. Weaver, 1986: a.a.O.: 384 ff.

¹⁴⁹ Ralf Tils/Joachim Raschke, 2007: Politische Strategie: Eine Grundlegung. Wiesbaden: 127.

3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung

Interesse längerfristiger Erfolgschancen oder das Hinnehmen der Niederlage im Jetzt zugunsten besserer Durchsetzungsmöglichkeiten zu einem späteren Zeitpunkt¹⁵⁰ nicht in die Überlegungen einbezogen wird.

Die von Weaver identifizierten *blame avoiding strategies* lauten¹⁵¹:

1. *Limit the agenda*: Verhindert, dass *blame* entsteht, indem politische Entscheidungen mit eventuell schlechten Auswirkungen gar nicht erst auf die politische Agenda gesetzt werden.¹⁵²
2. *Redefine the Issue*: Verhindert, dass *blame* entsteht, indem neue politische Vorschläge gemacht werden, die den vermeintlichen Schaden zerstreuen oder verschleiern.
3. *Throw good money after bad*: Verhindert und Verzögert *blame*, indem Leistungen und Ressourcen bereitgestellt werden, die den vermeintlichen Schaden größtmöglich minimieren.
4. *Pass the buck*: Lenkt *blame* ab, indem anderen die Entscheidung über den politischen Sachverhalt auferlegt wird.
5. *Find a scapegoat*: Lenkt *blame* ab, indem andere Entscheider und Akteure verantwortlich gemacht werden.
6. *Jump on the bandwagon*: Lenkt *blame* ab, indem die Unterstützung für die politische Entscheidung zurückgenommen und öffentlich die populäre Alternative präferiert wird.
7. *Circle the wagons*: Zerstreut und verschleiern *blame*, indem so viele politische Akteure wie möglich in die Entscheidung einbezogen werden.
8. *Stop me before I kill again*: Verhindert, dass *blame* entsteht, indem die eigene politische Entscheidung vehement als die einzig vernünftige Lösung (auch im Sinne eines *policy-seeking* orientierten Akteurs) dargestellt wird und sie eigentlich angesichts der negativen Auswirkungen gar nicht präferiert wird.

¹⁵⁰ Ebd.: 132.

¹⁵¹ Vgl. Kent R. Weaver, 1986: a.a.O.: 384 ff.

¹⁵² Zum Begriff des Agenda-Setting vgl. Thomas Birkland, 2007: Agenda Setting in Public Policy. In: Frank Fischer/Gerald Miller/Mara S. Sidney (Hrsg.): Handbook of Public Policy Analysis. Theories, Politics and Methods: London/New York: 63-78.

3. Politisches Handeln und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung

Der Grundcharakter dieser acht *blame avoiding strategies* ist reaktiver Natur. Maßgeblich dienen sie der Verhinderung, Zerstreung und Ablenkung von *blame*, wenn dieser bereits eingetreten ist. Weiterhin wird ersichtlich, dass *blame avoidance* vor allem auch eine Frage der kommunikativen Vermittlung politischer Inhalte und politischen Handelns ist, aber nicht ausschließlich darauf beschränkt werden kann. Grundsätzlich lässt sich alles politische Handeln auf *blame avoidance* hin analysieren, da die Vermeidung von *blame* eine Handlungsmaxime von politischen Akteuren ist. Beispielhafte Handlungen sind Äußerungen und Standpunkte in Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Interviews, Abstimmungsverhalten, politischen Konzepten, Gesetzesvorschlägen, Anträgen, Anfragen und andere Handlungen, die in irgendeiner Weise Einfluss auf die öffentliche Meinung haben können.

Abgesehen von persönlichen Kontakten zu Politikern (z.B. im Wahlkreis vor Ort, auf Wahlkampfveranstaltungen oder innerhalb von Parteistrukturen) waren – bis zum Aufkommen und zu den rasanten Entwicklungen des Internets – Massenmedien Träger der Information über das Verhalten und Handeln politischer Akteure. Angesichts der kommunikations- und informationstechnischen Entwicklungen im Internet der letzten Jahre ist davon auszugehen, dass sich der Einfluss von Teilöffentlichkeiten, wie sie das „Web 2.0“ in Form der „Netzöffentlichkeit“ mit ihren wiederum diversen Teilöffentlichkeiten mit sich bringt, auf die öffentliche Meinung verändert und vergrößert hat. Dies wirft die Frage auf, inwieweit das Konzept der *blame avoidance* theoretisch und praktisch (noch) trägt und ob sich insbesondere die Kommunikation politischer Inhalte, Reaktionen und Handlungen auch nach sozialen Netzwerken wie Twitter ausrichtet. Gegenstand dieser Untersuchung ist die Gesetzesinitiative zur Blockierung kinderpornographischer Inhalte im Internet durch das von Ursula von der Leyen geführte Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Auf den Gesetzgebungsprozess soll im folgenden Abschnitt kurz eingegangen werden.

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz

„Im Internet kann nicht alles erlaubt sein.“¹⁵³

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz

Volkszählung, Großer Lauschangriff, Anti-Terror-Gesetz, Online-Durchsuchungen, Vorratsdatenspeicherung, ACTA. Die Liste der gesetzlichen Maßnahmen, die ihrer Intention nach der Sicherheit der Bürger und der Verbrechensbekämpfung dienen, aber – so die Kritiker der Maßnahmen – Bürgerrechte einschränken, ist lang. Immer wieder wurden sie deshalb von lautstarken Protesten, Demonstrationen und Boykottaufrufen begleitet. Selten zuvor hat jedoch der Protest gegen ein Gesetz derartige Folgen gehabt wie die Ablehnung gegen das „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“: Innerhalb von drei Jahren hatte sich das in einer namentlichen Abstimmung erzielte Einvernehmen einer großkoalitionären Mehrheit in eine fraktionsübergreifende Zustimmung zur Aufhebung des Gesetzes mit nur einer einzigen Gegenstimme gewandelt.¹⁵⁴ Das Bundeskriminalamt (BKA) war zu dem Zeitpunkt schon per Erlass des Bundesministeriums des Innern (BMI) angewiesen worden, keine sogenannten Sperrlisten zu erstellen. Auf diese Weise kam das Gesetz faktisch nie zur Anwendung – ein in der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik nie zuvor dagewesener Präzedenzfall.

Der Protest gegen das Gesetz richtete sich aber nicht gegen dessen eigentliches Ziel: Die Erschwerung des Zugangs auf kinderpornographische Inhalte im Internet. Vielmehr entbrannte ein Streit um die Art und Weise der Zugangserschwerung, der sich am Ende auf eine Losung verdichten ließ: „Löschen statt Sperren.“¹⁵⁵ Das folgende Kapitel stellt in einem kurzen Überblick den Gesetzgebungsprozess dar, um spätere Ergebnisse besser einordnen zu können. Für einen umfassenden Einblick in den politischen Prozess, inklusive Experteninterviews mit beteiligten Akteuren und der

¹⁵³ Oliver Hoischen/Markus Wehner, 05.12.2009: „So bekommt man Schund nicht aus dem Netz“. In: faz.net.

¹⁵⁴ Bei einer einzigen Gegenstimme, vgl. BT-Plenarprotokoll 17/146, S. 17459A

¹⁵⁵ BReg, 16.12.2011: Löschen statt sperren. In: bundesregierung.de.

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz

öffentlichen Debatte um das Thema, sei an dieser Stelle auf den Blogger und Gründungsmitglied des „Digitale Gesellschaft e.V.“, Andre Meister, verwiesen¹⁵⁶. Im anschließenden Kapitel wird auf die eigentliche „Zensursula“-Protestkampagne näher eingegangen.

4.1. Die Initiatoren BKA und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Auf einer Pressekonferenz zum Lagebericht über die organisierte Kriminalität am 27. August 2008 berichtete BKA-Präsident Jörg Ziercke über aktuelle Zahlen zur Verbreitung von kinderpornographischen Inhalten und deren Bekämpfung in anderen Ländern wie zum Beispiel Norwegen.¹⁵⁷ Dort würde bereits seit einiger Zeit durch sogenanntes Access-Blocking der Zugriff auf diese Inhalte erfolgreich abgewehrt werden.¹⁵⁸ Zusammen mit zeitgleich anwesenden Vertretern von Kinderschutzorganisationen forderte er daher angesichts der von ihm zuvor skizzierten Missstände im Kampf gegen Kinderpornographie den Gesetzgeber auf, „ein Gesetz zur Sperrung einschlägiger Internetseiten“¹⁵⁹ zu verabschieden.

Im Rahmen der deutschen Teilnahme am 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Heranwachsenden in Rio de Janeiro¹⁶⁰ durch eine Delegation des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kündigte Ursula von der Leyen eine Gesetzesinitiative zum Thema Zugangssperren für Anfang 2009 an: „Wir müssen den Kampf auf allen Ebenen führen – Zugangssperren im Internet sind ein scharfes Schwert.“¹⁶¹ Bereits im Januar 2009 veröffentlichte sie einen mit dem Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und dem Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sowie den fünf

¹⁵⁶ Meister, Andre, 2011: Zugangserschwerungsgesetz. Eine Policy-Analyse zum Access-Blocking in Deutschland. Berlin. CC-BY-SA 3.0

¹⁵⁷ Ohne Verfasser, 28.08.2008: Kinderpornos: BKA fordert Sperrung von Internetseiten. Die Welt.

¹⁵⁸ BKA, 27.08.2008: Aktuelle Entwicklungen zu Schwerer und Organisierter Kriminalität. In: bka.de.

¹⁵⁹ Ohne Verfasser, 28.08.2008: Kinderpornos: BKA fordert Sperrung von Internetseiten. Die Welt.

¹⁶⁰ UNICEF, 25.11.2008: Schweigen heiß hinnehmen. In: unicef.de.

¹⁶¹ BMFSJ, 26.11.2008: Ursula von der Leyen: "Wir müssen den Kampf auf allen Ebenen führen - Zugangssperren im Internet sind ein scharfes Schwert". In: bmfsfj.de.

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz

größten deutschen Internetservice Providern (ISP) abgestimmten Vorschlag, der vom BKA verwaltete und von den Internet Providern implementierte Sperrlisten vorsah.¹⁶² Diese sind nötig, weil nach Sicht des Ministeriums der Zugriff und die Löschung der Inhalte auf Internetseiten mit kinderpornographischen Angeboten im Ausland sehr schwierig und nicht durchsetzbar sind.¹⁶³ Um die Verbreitung in Deutschland zu verhindern, sollte der Zugriff auf diese Inhalte nunmehr unterbunden werden.

4.2. Der Vorschlag: Die Sperrung kinderpornographischer Inhalte im Internet

Täglich suchen Beamte des BKA – wie schon im Rahmen ihrer bisherigen Tätigkeit – nach Internetseiten mit kinderpornographischem Inhalt und dokumentieren ihre Ergebnisse in einer Liste. Diese Liste wird den ISP zugesandt, die technische Vorkehrungen dafür treffen, dass ihre Kunden nicht auf die in der Liste aufgeführten Seiten zugreifen können. Möglich ist dies nur, wenn die ISP Inhalte des Datenverkehrs der Teilnehmer überprüfen. Stark vereinfacht dargestellt, wird für jede Internetadresse, welche ein Internetnutzer auf seinem Computer aufruft, eine Anfrage an den ISP gestellt, dass dieser ihm die angeforderte Seite liefern soll. Der ISP holt dann ungeprüft die Daten vom gewünschten Server¹⁶⁴ und gibt sie an den Internetnutzer (Kunden) weiter. Mit dem vom Bundesfamilienministerium formulierten Vorschlag würde der ISP die angefragte Internetadresse erst mit der Sperrliste überprüfen müssen, bevor er die Inhalte beim Server abfragt und sie an den Internetnutzer weiterleitet. Befindet sich die angefragte Internetadresse auf den Sperrlisten, soll der Internetnutzer vom ISP auf eine Seite umgeleitet werden, die mit einem Stoppschild und dem Hinweis versehen ist, dass die aufgerufene Website „im Zusammenhang mit der Verbreitung von Kinderpornografie benutzt wird“ (siehe Abbildung 4)¹⁶⁵. Dieses Verfahren wird auch als „Access Blocking“¹⁶⁶

¹⁶² BMFSJ, 15.01.2009: Bundesfamilienministerin von der Leyen will Zugang zu Kinderpornoseiten im Internet sperren lassen. In: bmfsj.de.

¹⁶³ Christian Rath, 2009: Stoppschild im Netz kommt. In: taz.de.

¹⁶⁴ Das Internet ist – stark vereinfacht – in seiner Summe ein loses Rechner-Netzwerk, in dem jeder Teilnehmer über einen oder mehrere Knotenpunkte mit anderen Teilnehmern vernetzt ist.

¹⁶⁵ Zum technischen Verfahren vgl. auch Stellungnahme Federrath <http://www-sec.uni-regensburg.de/publ/2009/2009-02-12Federrath-Bundestag-UA-Neue-Medien.pdf>

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz

bezeichnet, der Begriff „Netzsperrern“ ist in diesem Zusammenhang technisch nicht identisch, wird aber sinnverwandt in der politischen Diskussion verwendet.

Abbildung 4: Vorgesehenes Stopp-Schild



Quelle: <http://www.heise.de/bilder/136327/0/1> (Stand: 06.08.2012)

Die Einigung im Januar 2009 sah vor, dass zeitnah verbindliche Vereinbarungen zwischen Bundesregierung und Internetserviceprovidern getroffen und gleichzeitig eine Änderung des Telemediengesetzes angestrebt werden.¹⁶⁷ Am 17. April 2009 wurde ein dementsprechender Vertrag zwischen

¹⁶⁶

Aus dem Englischen: Zugriffsblockierung

¹⁶⁷

BMFSJ, 15.01.2009: Bundesfamilienministerin von der Leyen will Zugang zu Kinderpornoseiten im Internet sperren lassen. In: bmfsj.de. Stand: 07.08.2012.

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz

den fünf größten ISP mit einer Marktabdeckung von 75 Prozent und dem BKA, als Vertreter des Bundes und Beteiligter im Verfahren, geschlossen.¹⁶⁸ Die Zugangsanbieter verpflichteten sich darauf, die entsprechende Technik innerhalb von sechs Monaten einsatzbereit zu machen. Der Einigung gingen „schwierige Verhandlungen“¹⁶⁹ voraus. Sowohl die Internetprovider als auch die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) äußerten verfassungsrechtliche Bedenken, da mit den sogenannten Sperrverträgen in die „Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger“ ohne gesetzliche Grundlage eingegriffen werde.¹⁷⁰

4.3. Gesetzentwurf und Verabschiedung

Auch aus diesem Grund wurde bereits am 25. März 2009 – einen Monat vor Vertragsunterzeichnung – ein Eckpunktepapier des Bundeskabinetts vorgelegt, das alle Internetprovider zur Sperrung verpflichten und nach Schätzungen des Bundesfamilienministeriums 300.000 bis 450.000 Zugriffe jährlich verhindern sollte.¹⁷¹ Die Betreiber wurden darin ausdrücklich von der Haftung auf fehlerhafte oder unrechtmäßige Sperrungen ausgenommen.¹⁷² Des Weiteren „beschränken [die Gesetzesvorschläge] sich – wie in den Eckpunkten festgelegt – auf Zugangserschwerungen zu kinderpornographischen Inhalten“.¹⁷³ Einen entsprechenden Gesetzentwurf hatte die Bundesregierung am 24. April 2009 verabschiedet¹⁷⁴ und am 05. Mai 2009 durch die Koalitionsfraktionen in den Bundestag eingebracht. Ursprünglich sah dieser eine Änderung des Telemediengesetzes vor, nach der parlamentarischen Beratung und der Befassung durch die Bundestagsausschüsse des Innern, für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, für Kultur und Medien, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Rechtsausschusses sowie des Wirtschaftsausschusses (federführend) wurde eine eigengesetzliche Grundlage für die Sperrlisten

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁰ ohne Verfasser, 16.03.2009: Ministerinnen streiten über Kinderpornos im Internet. In: welt.de.

¹⁷¹ BMFSJ, 25.03.2009: Bundeskabinett beschließt Eckpunkte zur Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet. In: bmfsfj.de.

¹⁷² ohne Verfasser, 25.03.2009: Koalition will Kinderpornographie im Internet sperren. In: faz.net.

¹⁷³ BMWi, 22.04.2009: Pressemitteilung. Kabinett beschließt Netzsperrungen gegen Kinderpornos. In: bmwi.de.

¹⁷⁴ Ebd.

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz

erschaffen: Das „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen (Zugangserschwerungsgesetz – ZugErschwG)“.¹⁷⁵ Dies war ein Zugeständnis an die Befürchtung, dass eine einfache Änderung des Telemediengesetzes – und nicht wie hier eine spezialgesetzliche Regelung – schnell auf andere Themen (Online-Glücksspiel, Antisemitismus, etc.) ausgeweitet werden würde. Zudem sollte ein Expertengremium unter Leitung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit die Sperrliste auf ihre Rechtmäßigkeit regelmäßig überprüfen. Diese Regelung wurde vom amtierenden Datenschutzbeauftragten Peter Schaar kritisiert, da sie seine „Unabhängigkeit beeinträchtigen und zudem die Reputation als unabhängige Datenschutzkontrollstelle beschädigen würde“.¹⁷⁶ Nach zweiter und dritter Lesung am 18. Juni 2009 verabschiedete der Bundestag in einer namentlichen Abstimmung mit der Mehrheit der Großen Koalition (vier Gegenstimmen) und gegen die Stimmen der Opposition (FDP und Linke geschlossen dagegen, Grüne mehrheitlich geschlossen bei 15 Enthaltungen) die Gesetzesvorlage.¹⁷⁷

Die Kritik an dem Gesetz vereinte sich in drei wesentlichen Punkten: Erstens gelten die Sperrungen als technisch leicht überwindbar. Selbst Laien sind in der Lage, diese ohne großen Aufwand zu umgehen¹⁷⁸, könnten aber wiederum aufgrund der technischen Natur der Sperrungen durch präparierte Links und Webseiten unwissentlich als Konsumenten kinderpornographischer Inhalte angeschwärzt werden¹⁷⁹. Zweitens werden wertvolle personelle Ressourcen für eigentliche Löschbemühungen in den Polizeibehörden entwendet, die sich jetzt dem Zusammenstellen der Sperrliste widmen müssen – einer Maßnahme, die in den Augen der Kritiker noch weniger die Verbreitung kinderpornographischer

¹⁷⁵ BT-Drs. 16/13411, 17.06.2009: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss).

¹⁷⁶ BT-Drs. 17/5200, 12.04.2011: Unterrichtung durch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Tätigkeitsbericht 2009 und 2010: 51.

¹⁷⁷ http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/16wp/20090618_kinderpornografie.pdf (Stand: 06.08.2012)

¹⁷⁸ Stefan Krempel, 18.06.2009: Bundestag verabschiedet Gesetz für Web-Sperrungen. In: heise.de.

¹⁷⁹ Ein bereits älter Vorwurf und bereits existierende technische „Lücke“ im World Wide Web, die aber durch die Umleitung auf die Stopp-Seite und zwischenzeitlich diskutierte dortige Speicherung der Verkehrsdaten des Teilnehmers eine neue strafrechtliche Dimension erlangt hat.

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz

Inhalte verhindert, als das Löschen der Inhalte auf den Webservern – eine vermeintlich weniger öffentlichkeitswirksame Lösung. Zudem seien Löschanfragen (und sei es nur als Hinweis per E-Mail) äußerst effektiv, bestätigt durch Testläufe der Kritiker mit ausländischen Sperrlisten.¹⁸⁰ Das Credo der Kritiker war daher fortan „Löschen statt Sperren“.¹⁸¹ Drittens sahen sie das Zugangserschwerungsgesetz als den Beginn einer Zensur des Internets und einen Eingriff in die verfassungsgemäßen Rechte der Bürger (Fernmeldegeheimnis, Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Informationsfreiheit).¹⁸² Die nachhaltige Kritik führte u.a. zur Einreichung einer öffentlichen Petition beim Deutschen Bundestag, die mit 134.015 Unterstützern¹⁸³ die bisher erfolgreichste online beim Bundestag eingereichte Petition¹⁸⁴ gilt. Auf die Petition wird näher im Abschnitt 5.2 eingegangen.

Darüber hinaus hat der damalige Bundestagsabgeordnete Jörg Tauss (SPD, später Piraten, jetzt parteilos) ein Organstreitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht angestrengt, da „das Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen (Zugangserschwerungsgesetz – ZugErschwG) ohne die erforderliche Anzahl von Lesungen im Plenum des Deutschen Bundestages beschlossen“ wurde.¹⁸⁵ Dies begründet er mit der nach der ersten Lesung und in den Ausschussberatungen erfolgten Änderung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung in ein eigenes Gesetz statt des ursprünglichen Änderungsgesetzes. Die Änderung hätte ein neues Gesetzgebungsverfahren zur Folge haben müssen. Das Organstreitverfahren ist noch vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig.

¹⁸⁰ Alvar Freude, 27.05.2009: Löschen statt verstecken: Es funktioniert! In: ak-zensur.de.

¹⁸¹ FAZ, 02.07.2009. Das Internet im Herzen. - ParlaDok

¹⁸² Patrick Beuth, 22.04.2009: 22. April 2009 Kinderpornografie. Internet-Sperre schränkt Grundrechte ein. In: fr-online.de.

¹⁸³ Franziska Heine, 22.04.2009: Petition: Internet - Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten. In: epetitionen.bundestag.de.

¹⁸⁴ Einige Sammelpetitionen waren noch deutlich erfolgreicher, so hat die Petition „Forderung den Sonntag in seiner verfassungsmäßigen Sonderstellung zu bewahren und als im Grundsatz für möglichst alle Menschen arbeitsfreien Tag vorzusehen.“ Mehr als 969.000 Unterstützer gefunden. Vgl. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/058/1405882.pdf>

¹⁸⁵ BT-Drs. 16/13976, 03.09.2009: Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss) zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 1/09.

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz

Ein weiterer Kritikpunkt in der politischen Debatte war die mutmaßlich populistische Nutzung des Themas für den Wahlkampf durch Ursula von der Leyen und die CDU/CSU-Fraktion.¹⁸⁶ Als Indizien wurden das „sehr kurze Gesetzgebungsverfahren“¹⁸⁷, die Nichtbeteiligung der SPD an den initialen Spitzengesprächen sowie auch die öffentliche Vorführung von kinderpornographischen Inhalten im Internet vor Journalisten auf einer Pressekonferenz durch das Familienministerium gewertet, die vielfach Kritik hervorgerufen hat.¹⁸⁸ Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble erklärte in der neuen Legislaturperiode: „Das Gesetz zum Schutz vor Kinderpornografie sei im Endspurt des Wahlkampfes auch deshalb entstanden, um die CDU gegenüber anderen Parteien abzusetzen.“¹⁸⁹

4.4. Inkrafttreten, Nichtanwendung und Aufhebung

Nach der Verabschiedung im Bundestag wurde das Gesetz dem damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler zur Unterzeichnung vorgelegt. Vor der Unterzeichnung endete jedoch die 16. Legislaturperiode und es bildete sich nach den Wahlen die amtierende Koalition aus CDU/CSU und FDP. Die FDP hatte sich vehement im Gesetzgebungsverfahren gegen das Zugangserschwerungsgesetz ausgesprochen und setzte im Koalitionsvertrag eine Nichtanwendung des Gesetzes durch.¹⁹⁰ Stattdessen sollten die Polizeibehörden schnellstmöglich kinderpornographische Inhalte löschen, anstelle ihre Sperrung zu veranlassen. Horst Köhler bat angesichts der zuvor geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Gesetz und des Meinungsumschwunges die neue Bundesregierung um „ergänzende Informationen“ und „wolle erst nach deren Auswertung entscheiden, ob er das Gesetz unterzeichnet“.¹⁹¹ In ihrer Antwort bekräftigte die Bundesregierung die

¹⁸⁶ Frankfurter Rundschau, 19.05.2009, Website der Kinderhilfe gekapert.

¹⁸⁷ BT-Drs. 17/5200.

¹⁸⁸ Christian Stöcker, 15.01.2009: Blockade illegaler Sites. Von der Leyen lässt Kinderpornografie aus dem Netzfilter. In: spiegel.de.

¹⁸⁹ Markus Beckedahl, 10.10.2009: Schäuble gibt Populismus und Handwerksfehler bei Zensursula zu. In: netzpolitik.org.

¹⁹⁰ CDU/CSU/FDP, 2009: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. In: cdu.de.

¹⁹¹ Stefan Borste, 29.11.2009: Internetsperren: Köhler will vorerst nicht unterzeichnen. In: welt.de.

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangserschwerungsgesetz

Verfassungsmäßigkeit des Verfahrens, stellte aber auch klar, dass sie die Zugangssperren zunächst nicht vornehmen, aber dafür die Löschung der Seiten vorantreiben wolle.¹⁹² Eine neue Gesetzesinitiative zur alleinigen Löschung von kinderpornographischen Inhalten, statt deren Sperrung, werde ebenfalls angestrebt, die Erfahrungen aus der für die Nichtanwendung des Zugangserschwerungsgesetzes getroffenen Regeln sollten in den Gesetzgebungsprozess mit einfließen. Da Bundespräsident Köhler keine verfassungswidrigen Bedenken mehr hatte, wurde das Gesetz schlussendlich von ihm unterzeichnet und trat am 23. Februar 2010 in Kraft.

Kurz vor Inkrafttreten schickte das Bundesministerium des Innern als oberster Dienstherr einen Nichtanwendungserlass an das Bundeskriminalamt. Das BKA soll seinen im Gesetz „eingeräumten Beurteilungsspielraum dahingehend [...] nutzen, dass keine Aufnahme in Sperrlisten erfolgt und Zugangssperren unterbleiben“.¹⁹³ Stattdessen sollen die geschaffenen Personalressourcen auf die Löschung der Inhalte konzentriert, der Erfolg der Maßnahmen protokolliert und nach einem Jahr evaluiert werden. Der Nichtanwendungserlass ist eigentlich ein Instrument des Bundesministeriums der Finanzen, das die Finanzverwaltung anweist, Grundsätze in Urteilen des Bundesfinanzhofes „über den entscheidenden Einzelfall hinaus nicht anzuwenden“.¹⁹⁴ In der Regel sind dies Entscheidungen zum Vorteil der Steuerzahler, daher ist der Nichtanwendungserlass regelmäßig heftiger Kritik ausgesetzt. Zum ersten Mal wurde nun ein Nichtanwendungserlass auf ein Gesetz angewandt. Eine „rechtsstaatlich äußerst fragwürdige Lösung, weil es nicht Sache der Exekutive ist, über die Anwendung eines Gesetzes zu entscheiden. Es gilt hier der Verfassungsgrundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.“¹⁹⁵ Verschiedentlich wurde dieses Konstrukt als „ein gezielter Verfassungsverstoß“¹⁹⁶ gewertet, der aber der höchstrichterlichen Bewertung

¹⁹² BMI/BMJ: Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen. In: <http://blog.odem.org>.

¹⁹³ Alvar Freude, 19.02.2012: Anweisung des Innenministeriums ans BKA zu Internet-Sperren. In: <http://blog.odem.org>.

¹⁹⁴ Desens, Marc, 2011: Bindung der Finanzverwaltung an die Rechtsprechung. Tübingen: 13.

¹⁹⁵ Thomas Stadler, 16.10.2009: Nichtanwendungserlass für das Zugangserschwerungsgesetz. In: internet-law.de.

¹⁹⁶ Christoph Schnabel, 2011: Die Nichtanwendung des Zugangserschwerungsgesetzes –

4. Gesetzgebungsprozess zum Zugangerschwerungsgesetz

entzogen wurde, da kein Bürger von der Nichtanwendung des Gesetzes betroffen ist und daher dagegen klagen könnte. Die neue Bundesregierung beschloss zudem in einem Koalitionsausschuss am 05. April 2011 die Umsetzung der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag für eine neue Gesetzesinitiative und legte am 20. Juli 2011 einen Gesetzentwurf zur „Aufhebung von Sperrregelungen bei der Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen“ dem Bundestag vor¹⁹⁷. Die Evaluation der Lösversuche habe gezeigt, dass „nach zwei Wochen 93 Prozent der kinderpornografischen Inhalte gelöscht [wurden], nach vier Wochen sind es sogar 99 Prozent“.¹⁹⁸ Der Gesetzentwurf wurde am 01. Dezember 2011 mit fraktionsübergreifender Zustimmung bei einer Gegenstimme aus der CDU/CSU-Fraktion verabschiedet und mit Wirkung zum 29. Dezember 2011 trat das Zugangerschwerungsgesetz nach nicht einmal zwei Jahren Geltungsdauer außer Kraft.

Ein "juristisch interessantes Konstrukt" oder ein gezielter Verfassungsverstoß?. In: Kommunikation und Recht 1/2011: 175-177.

¹⁹⁷ BT-Drs. 17/6644, 20.07.2011: Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung von Sperrregelungen bei der Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen.

¹⁹⁸ ohne Verfasser, 05.04.2011: Koalition kippt umstrittenes Gesetz zu Internet-Sperren. In: tagesspiegel.de.

5. Die Zensursula-Kampagne

„Die Meute ist über ‚Acta‘ hergefallen und hat gewonnen. Dagegen war der Widerstand gegen ‚Zensursula‘ und gegen das Gesetz, das Kinderpornographie entweder löschen oder sperren sollte, nur ein laues Lüftchen.“¹⁹⁹

Kommentar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

5. Die Zensursula-Kampagne

„Das Netz schlägt zurück“²⁰⁰, „Wie man eine Generation verliert“²⁰¹, „Die Heuchelei der Netzversther“²⁰², „Zensursula ist tot“²⁰³, „Bloggerin contra Ministerin“²⁰⁴ – Die Überschriften in den Feuilletons und Kommentarspalten der Tages- und Wochenzeitungen spiegelten am deutlichsten die verhärteten Diskussionsfronten zwischen Befürwortern und Gegnern des Zugängerschwerungsgesetzes wider. Kritik am politischen Handeln im Allgemeinen ist nichts Ungewöhnliches. Neu ist im Zeitalter des Echtzeit-Internets jedoch die Intensität und Schnelllebigkeit von Debatten, die auch den Protest gegen das ZugErschwG geprägt haben. Neben den europaweiten „#unibrennt“-Hochschulprotesten im Herbst 2009, die sich durch die „beispiellose[n] Kommunikation aus modernen Kommunikationstechnologien und klassischer Medienarbeit“²⁰⁵ ausgezeichnet haben, gilt die von Bieber²⁰⁶ als „Zensursula-Kampagne“ klassifizierte Protestkommunikation gegen das Zugängerschwerungsgesetz als Maßstab „für die digitale Kampagnenführung“²⁰⁷ von besonders gut vernetzten Akteuren außerhalb der etablierten Parteien.

¹⁹⁹ Jasper von Altenbockum, 05.07.2012: Harte Bretter. Sieg der Meute. In: faz.net.
²⁰⁰ Johannes Boie, 18.06.2009: Vermeintliche Zensur im Internet. Das Netz schlägt zurück. In: sueddeutsche.de.
²⁰¹ Kai Biermann, 13.06.2009: Netzsperrern. Wie man eine Generation verliert. In: zeit.de.
²⁰² Constanze Kurz, 01.05.2010: Aus dem Maschinenraum (6). Die Heuchelei der Netzversther. In: faz.net.
²⁰³ Julia Seeliger, 06.04.2011: Censilia macht weiter. Zensursula ist tot. In: taz.de.
²⁰⁴ Süddeutsche Zeitung, 11.05.2009: Bloggerin contra Ministerin. - ParlaDok
²⁰⁵ Hans Christian Voigt/Thomas Kreiml, 2011: #unibrennt und die Pressearbeit 2.0. Neue Technologien in der Praxis einer zivilgesellschaftlichen Bewegung. In: Hans Christian Voigt/Thomas Kreiml (Hrsg.): Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0. Wien: 47-55, hier 47.
²⁰⁶ Vgl. Christoph Bieber, 2011: a.a.O.
²⁰⁷ Christoph Bieber, 2010: politik digital. Online zum Wähler. Salzhemmendorf: 54.

5. Die Zensursula-Kampagne

Für die weitere Ausführung soll auf das von Bieber entwickelte Phasenmodell zum Verlauf von Online-Kampagnen zurückgegriffen werden. Dieser versteht sogenannte Online-Kampagnen „im Sinne einer Dramaturgie [als] eine Abfolge miteinander verzahnter Kommunikationsereignisse“²⁰⁸. Diese sind abzugrenzen von politischen, durch Parteien durchgeführten (Wahl-)Kampagnen und bilden „eine Art Kennzeichen moderner ‚Referendumsdemokratie‘“.²⁰⁹

5.1. Die Phasen von Online-Kampagnen

Bieber unterscheidet in „digitalen, interaktiven Medienumgebungen“²¹⁰ fünf Phasen im Verlauf aktueller Online-Kampagnen: Inkubationsphase, Kampagnenphase, Transformationsphase, Wirkungsphase und Latenzphase. Alle Phasen können wiederum aus Einzelereignissen bestehen und unterscheiden sich im Wesentlichen durch die Intensität der inhaltlichen Befassung on- oder offline. Daher können sich die Phasen in der zeitlichen Dimension überschneiden. Online-Kampagnen beginnen in einer Inkubationsphase, veranlasst durch die Einbringung eines Gesetzentwurfs in das Parlament. In dieser Phase „steigert sich allmählich die öffentliche Wahrnehmung“²¹¹ für den politischen Sachverhalt und wird durch ein Auslöser-Ereignis von der eigentlichen Kampagnenphase abgelöst: Unterstützer vernetzen sich, verbreiten die Kritik in den sozialen Netzwerken und bekommen die Aufmerksamkeit klassischer Medien. Der „Übergang digitaler Kommunikation in den physischen Raum“²¹² ist charakteristisch für die anschließende Transformationsphase. Damit wird der Kampagneninhalte aus den sozialen Netzwerken heraus in die breite Öffentlichkeit und den politischen Raum durch Demonstrationen, Veranstaltungen, Protestbriefe, u.a. getragen. In der anschließenden Wirkungsphase entscheidet sich, ob politische Akteure beeinflusst und im Sinne der Kampagne positive Ergebnisse erzielt werden konnten. Die abschließende Latenzphase baut auf die zuvor etablierten, aber nun ruhenden Protestkapazitäten, die bei Bedarf jedoch wieder abgerufen werden können. So hat der Widerstand gegen das multilaterale

²⁰⁸ Christoph Bieber, 2011: a.a.O.: 13.

²⁰⁹ Ebd.: 1.

²¹⁰ Ebd.: 13.

²¹¹ Ebd.: 3.

²¹² Ebd.: 13.

5. Die Zensursula-Kampagne

Handelsabkommen ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) Anfang 2012 auch von den Zensursula-Kampagnenerfahrungen und Mobilisierungsfähigkeiten profitieren können (vgl. auch das Eingangszitat des Kapitels).²¹³

Der Protest gegen das Zugangserschwerungsgesetz in den Jahren 2009 bis 2011 wurde vor allem in sozialen Netzwerken organisiert. In den VZ-Netzwerken (Studivz.de, Meinivz.de) und auf Facebook nutzten die Gegner des Gesetzes die verschiedenen Funktionen (Gruppen, Events, Statusmeldungen) der Netzwerke, um sich zu vernetzen und online wie offline Protestaktionen (Flugblätter, Demonstrationen, Mahnwachen) zu organisieren. Für die Informationsverbreitung von außergewöhnlicher Wichtigkeit war jedoch der Onlinedienst Twitter, insbesondere eine seiner wichtigsten Funktionen: Der Retweet.²¹⁴

5.2. Zensursula

Der Retweet ist sowohl entscheidend für die (Weiter-)Verbreitung von Informationen als auch Innovationstreiber und Ansporn gleichermaßen. Außerordentlich interessante, aber vor allem humorvolle, satirische und witzige Nachrichten finden durch ihn schnell Verbreitung in der „Twittersphäre“. So scheint es nicht verwunderlich, dass unter den erfolgreichsten Twitter-Nutzern²¹⁵ regelmäßig Accounts von Kabarettisten und Comedians aufgeführt werden (@dieternuhr, @kesslermichael, etc.).

Die Kampagne wurde daher nicht ohne Zufall durch ein satirisch-kritisches Schlagwort geprägt: „Zensursula“²¹⁶. Erdacht von Gerd Eist, alias @erdgeist (siehe Abbildung 5), trifft die Verbindung von „Zensur“ und „Ursula“, dem Vornamen der damaligen Bundesfamilienministerin von der Leyen, den Kern

²¹³ Manuel Bewarder, 14.02.2012: Der Riss im Netz. Die Bundesregierung hat die Unterzeichnung des Urheberrechtsabkommens Acta ausgesetzt, hält es aber dennoch für sinnvoll. Nun bricht ein Generationenkonflikt los. In: welt.de.

²¹⁴ Vgl. Abschnitt 2.2.2.

²¹⁵ Im Sinne einer hohen Followerzahl

²¹⁶ Nach anfänglichen Unklarheiten, ob Zensur-Ursula (z.B. <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/1330957.html>, Stand: 06.08.2012) oder Zensursula das Schlagwort der Kampagne wird, setzte sich schnell Zensursula durch.

5. Die Zensursula-Kampagne

der Debatte: Von der Leyen galt als maßgeblicher Antreiberin der Gesetzesinitiative und war somit „die Gegnerin“ und der Vorwurf der Zensur des Internets gab der „Diskussion jene Dynamik, die sie zur bisher folgenreichsten netzpolitischen Debatte der Bundesrepublik werden ließ“.²¹⁷

Abbildung 5: Der erste "Zensursula"-Tweet



Quelle: <https://twitter.com/erdgeist/status/1384916742> (Status: 06.08.2012)

Mit einer online eingereichten Petition erreichte die Protestwelle im Juni 2009 den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, der sich auf diese Weise mit den Argumenten der Internetsperren-Gegner befassen musste. Die Eingabe „Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten“ zeichneten insgesamt 134.015 Bürgerinnen und Bürger in der dafür gesetzlich vorgesehenen Frist mit, der höchste Wert, den eine online eingereichte Petition je erzielen konnte. Damit wurde das Quorum von 50.000 Unterschriften innerhalb von drei Wochen nach Freischaltung der Petition erreicht und der Petitionsausschuss gewährte der Petentin Franziska Heine, einer Aktivistin des „Arbeitskreises gegen Internetsperren und Zensur“ (AK Zensur), die Möglichkeit, ihr Anliegen in einer öffentlichen Anhörung am 22. Februar 2010 vorzustellen. Das Gesetz war zum diesem Zeitpunkt bereits in Kraft getreten und mit einem Nichtanwendungserlass ausgesetzt.²¹⁸ Daher forderte die Petentin im

²¹⁷ Christoph Bieber, 2010: a.a.O: 55.

²¹⁸ Vgl. Abschnitt 4.4.

5. Die Zensursula-Kampagne

Wesentlichen dessen Aufhebung während ihrer Ausführungen²¹⁹. Der Bundestag befasste sich des Weiteren in einer öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses und durch Expertengespräche in den Fraktionen gemeinsam mit Aktivisten (AK-Zensur, CCC, etc.) noch während des Gesetzgebungsverfahrens intensiv mit den Auswirkungen des Gesetzes.

5.3. Die Phasen der Zensursula-Kampagne

Tabelle 2: Phaseneinteilung nach Bieber

Phasen	Zeitraum, Ereignis(se)
Inkubationsphase	<ul style="list-style-type: none">• Verträge zwischen BKA und ISP• Gesetzentwurf der Regierung• Einreichung der E-Petition
Kampagnenphase	<ul style="list-style-type: none">• Freischaltung der E-Petition auf dem Server des Bundestages• Personalisierung der Kampagne – Franziska Heine gegen „Zensursula“
Transformationsphase	<ul style="list-style-type: none">• Ende der Mitzeichnungsfrist und Erreichen des Quorums durch die E-Petition und damit Befassung durch Petitionsausschuss• Bundesweite Demonstrationen „Löschen statt Sperren“ am 20. Juni 2009
Wirkungsphase	<ul style="list-style-type: none">• Parlamentarische Beratung und Verabschiedung des Gesetzes• Etablierung der Piratenpartei
Latenzphase	

Quelle: Eigene Darstellung nach Christoph Bieber, 2011: a.a.O.: 13-14.

Bieber hat in seinem Beitrag nur Ereignisse bis vor dem Inkrafttreten des ZugErschwG verarbeiten können (vgl. Tabelle 2). Daher umfasst seine Phaseneinteilung lediglich den Zeitraum bis zur Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag. Der Klassifizierung der Protestkommunikation gegen das Zugangserschwerungsgesetz als „Zensursula-Kampagne“ schadet dies aber genauso wenig, wie das vermeintliche Scheitern der Kampagne in erster Runde

²¹⁹ Kai Biermann, Kai, 22.02.2010: Internetsperren. Unsinn gebiert Unsinn. In: zeit.de.
50/148

5. Die Zensursula-Kampagne

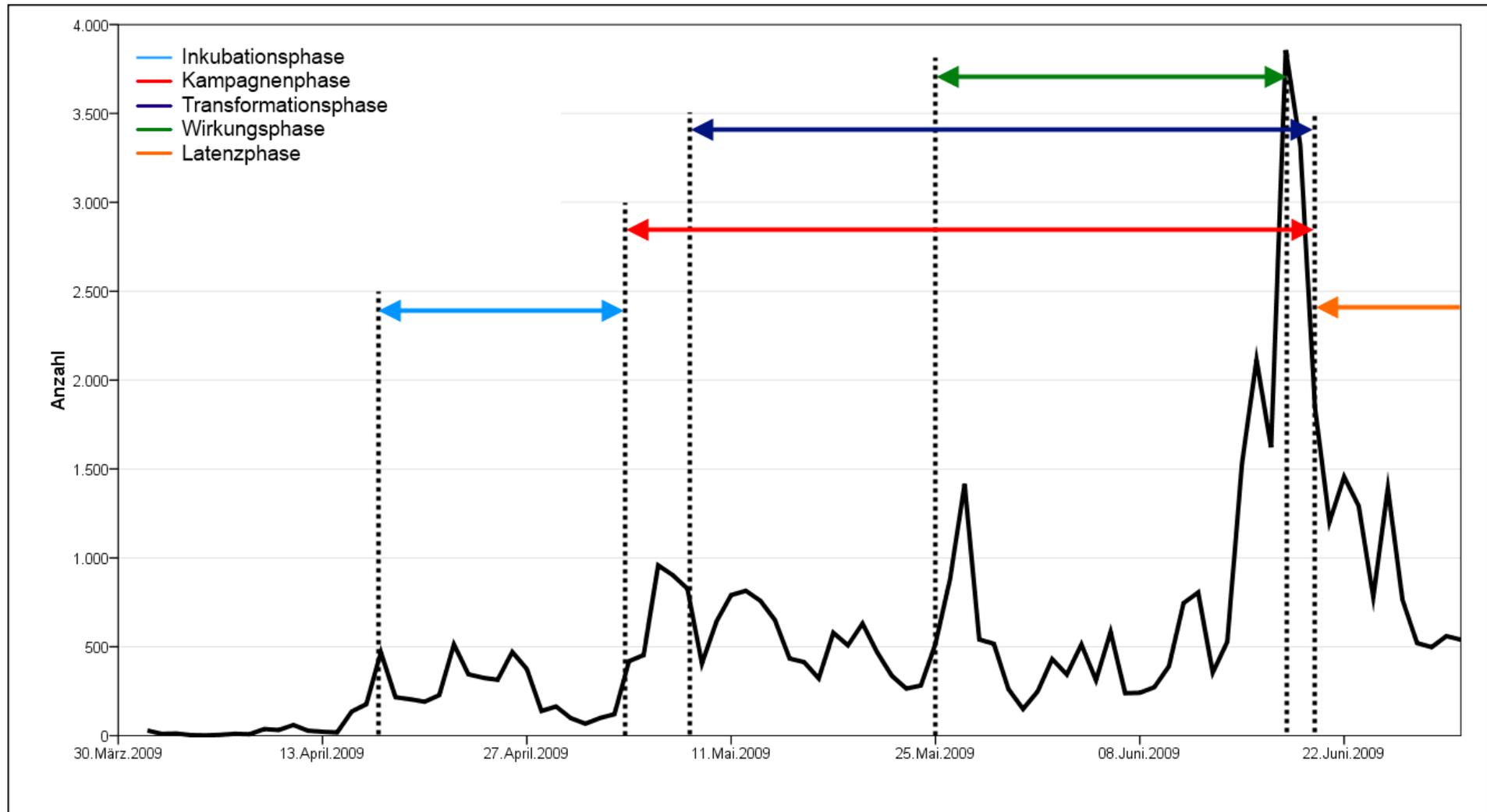
durch die Verabschiedung des Gesetzes unter der Großen Koalition. Abbildung 6 verknüpft die Einteilung der Kampagnenphasen mit Daten aus der späteren Analyse von Nachrichten auf Twitter, die der Debatte zugeordnet werden konnten²²⁰. Der Graph zeigt dabei die Anzahl der Tweets, die täglich zu dem Thema abgesetzt wurden und ist somit die Verbildlichung der Kampagnenphase, also die Vernetzung der Unterstützer in den sozialen Netzwerken und die Verbreitung der Kritik an dem Gesetz in ihnen. Deutlich sichtbar sind die verschiedenen Erregungskurven und Auslöser-Ereignisse, so ist der Beginn der gesamten Kampagne mit der Vertragsunterzeichnung zwischen BKA und ISP am 17. April 2009 erkennbar (Inkubationsphase, gelb). Die freigeschaltete E-Petition löst die eigentliche Kampagnenphase (rot) aus. Mit der Erreichung des Quorums nur drei Tage später beginnt die Transformationsphase (blau) und der Gesetzentwurf der Bundesregierung markiert den Einstieg in die Wirkungsphase (grün). Die drei letztgenannten Phasen überschneiden sich und enden mit der bundesweiten Demonstration „Löschen statt Sperren“ am 20. Juni 2009. Parallel dazu endet die Wirkungsphase mit der Verabschiedung des ZugErschwG im Bundestag am 18. Juni 2009. Mit Überschneidung ist das zeitliche Zusammentreffen verschiedenartiger Ereignisse gemeint: Während in der Kampagnenphase insbesondere online interagiert wird, entspricht der Übergang dieser online formulierten Kritik in den öffentlichen Raum der Transformationsphase (hier: das Erreichen des Quorums). Die Wirkungsphase markiert die parlamentarische Befassung mit dem Gesetz und der Kritik daran. Wird der Zeitraum bis zur Aufhebung des ZugErschwG im Dezember 2012 erweitert, verlängern sich im Wesentlichen sowohl die Transformations- und Kampagnenphase als auch insbesondere die Wirkungsphase (vgl. Tabelle 3).

²²⁰

Zur Methodik vgl. Abschnitt 6

5. Die Zensursula-Kampagne

Abbildung 6: Phaseneinteilung der Zensursula-Kampagne 01.04.2009 bis 30.06.2009



Quelle: eigene Darstellung

5. Die Zensursula-Kampagne

Tabelle 3: Phaseneinteilung nach Bieber, erweiterter Zeitraum

Phasen	Zeitraum, Ereignis(se)
Inkubationsphase	<ul style="list-style-type: none"> • Verträge zwischen BKA und ISP • Gesetzentwurf der Regierung • Einreichung der E-Petition
Kampagnenphase	<ul style="list-style-type: none"> • Freischaltung der E-Petition auf dem Server des Bundestages • Personalisierung der Kampagne – Franziska Heine gegen „Zensursula“
Transformationsphase	<ul style="list-style-type: none"> • Ende der Mitzeichnungsfrist und Erreichen des Quorums durch die E-Petition und damit Befassung durch Petitionsausschuss • Bundesweite Demonstrationen „Löschen statt Sperren“ am 20. Juni 2009 • Öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages am 22. Februar 2010 • (gescheiterte) Verfassungsbeschwerde durch Netzaktivisten im Frühjahr 2011²²¹
Wirkungsphase	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentarische Beratung, Verabschiedung und Inkrafttreten des Gesetzes • Einigung zur Nichtanwendung im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP und anschließender Nichtanwendungserlass • Gesetzesinitiative zur Aufhebung • Aufhebung des Gesetzes im Dezember 2012 • Etablierung der Piratenpartei
Latenzphase	

Quelle: Eigene Darstellung nach Christoph Bieber, 2011: a.a.O.: 13-14; eigene Ergänzung (fett geschrieben),

Die öffentliche Anhörung zur E-Petition sowie eine von vier Netzaktivisten eingereichte Verfassungsbeschwerde²²² stellen weitere Ereignisse dar, die der Transformationsphase zuzurechnen sind. Sämtliche unter Abschnitt 4.4. näher beschriebenen Ereignisse (Inkrafttreten, Nichtanwendung und Aufhebung des

²²¹

BVerfG, 1 BvR 508/11, 29.3.2011, Absatz-Nr. (1 - 3). In: bverfg.de.

²²²

Konrad Lischka, 23.02.2011: Verfassungsbeschwerde. Sperrlisten-Gegner rufen höchstes Gericht an. In: spiegel.de.

5. Die Zensursula-Kampagne

ZugErschwG) haben die bis dato glücklose Zensursula-Kampagne zu einer erfolgreichen Online-Kampagne werden lassen. Abbildung 7 zeigt den Verlauf der Zensursula-Kampagne über den gesamten, hier gewählten Untersuchungszeitraum vom 01. August 2008 bis zum 31. Dezember 2011, verknüpft mit der oben vorgenommenen erweiterten Phaseneinteilung. Auf den Verlauf des Graphen wird in Abschnitt 7 näher eingegangen. Deutlich zeigt sich die insgesamt rückläufige, aber stetige Kommunikation über das Thema bzw. „Zensursula“. So ist der starke Anstieg Ende Mai/Anfang Juni von der Debatte um Ursula von der Leyen als mögliche Kandidatin zur Bundespräsidentenwahl geprägt.²²³ Des Weiteren zählt die Verfassungsbeschwerde zum letzten nennenswerten Ereignis, welches sich der Transformationsphase zuordnen lässt.

Der Zeitraum der Zensursula-Kampagne wird als die Gründungsphase einer neuen Partei im politischen Spektrum der Bundesrepublik angesehen. Zahlreiche Gegner und Netzaktivisten fühlten sich von den etablierten Parteien nicht vertreten und engagierten sich in der am 10. September 2006 gegründeten Piratenpartei.²²⁴ Bereits bei der Bundestagswahl 2009 holte sie ca. 2 Prozent der Wählerstimmen und ist im Juli 2012 in vier Länderparlamenten vertreten (Berlin, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Schleswig-Holstein). Die „Institutionalisierung des Widerstandes gegen die Internetsperren“²²⁵ in der Piratenpartei ist schließlich ein Ergebnis der Wirkungsphase (vgl. Tabelle 2 und 3), die über die Zensursula-Kampagne hinaus Bestand gefunden hat.

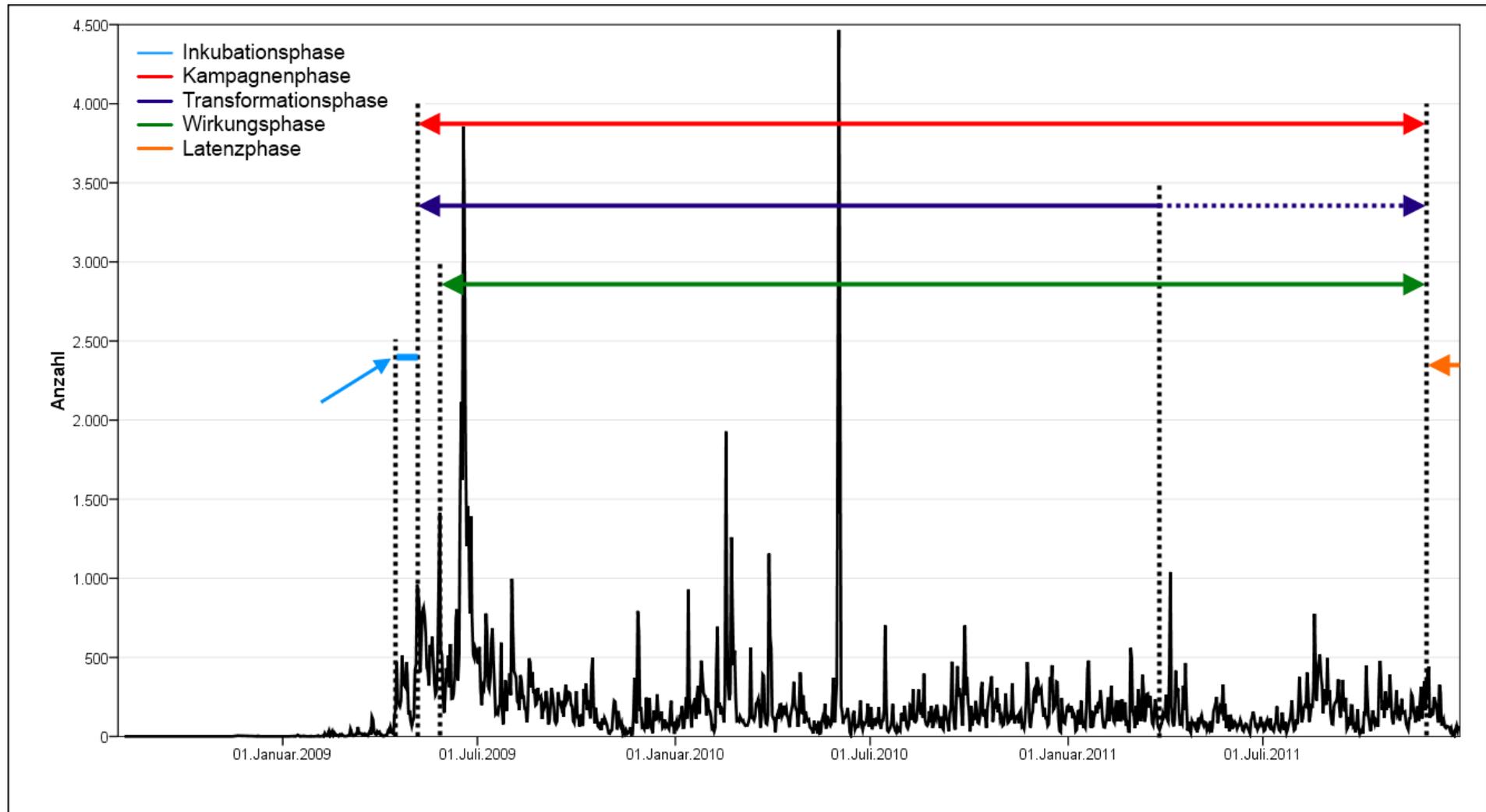
²²³ Sebastian Fischer/Maria Marquart/Veit Medick, 01.06.2010: Favoritin von der Leyen. Die Vielleicht-Präsidentin. In: spiegel.de.

²²⁴ Piratenpartei Deutschland, 2011: Bundessatzung. In: bundeswahlleiter.de.

²²⁵ Christoph Bieber, 2010: a.a.O: 57.

5. Die Zensursula-Kampagne

Abbildung 7: Phaseneinteilung der Zensursula-Kampagne über den gesamten Untersuchungszeitraum



Quelle: eigene Darstellung

5. Die Zensursula-Kampagne

5.4. Zwischenzusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit wird von der These ausgegangen, dass zwischen den Reaktionen von politischen Akteuren und Proteststürmen in sozialen Netzwerken ein Korrespondenzverhältnis gemäß dem *blame avoidance*-Konzept besteht. Im Abschnitt 2 wurde dahingehend sowohl die technische Natur als auch der Diskurs in sozialen Netzwerken und Twitter im Speziellen dargestellt. Ihre zunehmende Relevanz für die politische Kommunikation gilt als unbestritten. Abschnitt 3 widmet sich der Fragestellung, warum politische Akteure sich stärker auf *blame avoidance* konzentrieren, als sich für erfolgreiche Politik feiern zu lassen und warum das öffentliche Meinungsbild essentiell für diese Herangehensweise ist. Dieser Abschnitt hat schlussendlich anhand eines Phasenmodells für Online-Kampagnen die Debatte und Ereignisse um das Zugangerschwerungsgesetz als eine in sich geschlossene Online-Kampagne klassifiziert. Der nun folgende Abschnitt erläutert das methodische Vorgehen des eigentlichen Kerns der Arbeit, einer Analyse zu der Wechselwirkung zwischen negativer Verantwortungsattribution und politischen Reaktionen am Beispiel der „Zensursula“-Kampagne im sozialen Netzwerk Twitter in den Jahren 2008 bis 2011. Sie soll klären, ob sich insbesondere die Kommunikation politischer Inhalte, Reaktionen und Handlungen auch nach sozialen Netzwerken wie Twitter ausrichtet.

6. Methodisches Vorgehen

Datenbasis dieser Arbeit ist eine systematische, inhaltsbezogene Sammlung von Nutzer-Nachrichten (Tweets) im sozialen Netzwerk Twitter während der Ereignisse der Zensursula-Kampagne vom 1. August 2008 bis zum 31. Dezember 2011. Twitter war in diesem Zeitraum enorm gewachsen und kann heute ungeheuer große Nutzungszahlen vorweisen: Im Schnitt erstellen Nutzer täglich 350 Milliarden Twitter-Nachrichten (Stand: 15.07.2011²²⁶). Die bis dato am meisten weiterverbreitete Nachricht wurde über 92,314 Mal getweetet.²²⁷ Nach eigenen Angaben speichert Twitter sämtliche Nachrichten aller Nutzer. Sofern der Link zum entsprechenden (öffentlichen)²²⁸ Tweet bekannt ist, kann jederzeit auf ihn zugegriffen werden, auch wenn die Veröffentlichung des Tweets bereits Jahre zurückliegt.

Für die Sammlung und spätere Analyse von Twitter-Nachrichten existieren zwei Methoden. Entweder werden Daten über einen bestimmten Zeitraum „live“ gesammelt oder es muss im Nachhinein auf die Twitter-eigene Suche zugegriffen werden. Für beide Methoden stellt Twitter Schnittstellen zur automatisierten Abfrage (API = application programming interface) bereit. Jungherr, Jürgens und Schön haben beispielsweise in ihrer Gatekeeper-Analyse²²⁹ Nachrichten live gesammelt und im Zeitraum vom 18. Juni bis zum 30. September 2009 ca. 10 Millionen Twitter-Nachrichten von 33.048 Twitter-Nutzern aggregieren und analysieren können.

Da der Untersuchungszeitraum dieser Analyse in der Vergangenheit liegt, musste auf die Twitter-Suche zurückgegriffen werden. Die offizielle Schnittstelle ist jedoch angesichts der schieren Masse von Twitter-Nachrichten und des damit verbundenen technischen Aufwands zur Bereitstellung dieser

²²⁶ <https://twitter.com/twittereng/status/91892509306920960> (Status: 06.08.2012)

²²⁷ Twitsprout Blog, 02.02.2012: Most Retweeted Tweets from Twitter's Elite. In: blog.twitsprout.com.

²²⁸ Es besteht die Möglichkeit, Twitter-Profil als privat zu kennzeichnen und nur ausgewählten Twitter-Nutzern (In diesem Fall: Followern) darauf Zugriff zu gestatten. Zugriffsstatistiken von externen Anbietern gehen davon aus, dass ca. 2,6% der existierenden Twitter-Accounts privat gekennzeichnet sind.

²²⁹ Andreas Jungherr/Pascal Jürgens/Harald Schoen, 2011: Small Worlds with a Difference: New Gatekeepers and the Filtering of Political Information on Twitter. In: Proceedings of the ACM WebSci'11, 14.-17. Juni 2011, Koblenz.

6. Methodisches Vorgehen

Nachrichten nur noch erheblich eingeschränkt nutzbar. Die Twitter-Suche hat nicht den Anspruch ein vollumfassendes Twitter-Archiv anzubieten und beinhaltet nur einen Index der Twitter-Nachrichten der letzten sechs bis neun Tage²³⁰. Erst in Zukunft will Twitter eine Archiv- und Exportfunktion für eigene Tweets anbieten.²³¹

6.1. Die Suchmaschine topsy

Ausgangspunkt der gewonnenen Daten ist deshalb nicht die Twitter-Suche, sondern die Internet-Suchmaschine „topsy.com“, die nach eigenen Angaben seit Mai 2008 soziale Netzwerke wie Twitter systematisch indexiert und die Daten über eine Programmierschnittstelle (API = application programming interface) öffentlich zugänglich macht. Die Daten unterliegen jedoch der Einschränkung, dass topsy lediglich solche Twitter-Nachrichten indexiert, die entweder einen Link enthalten oder von einem anderen Nutzer getweetet wurden. Topsy ist ein kostenpflichtiger Anbieter, der jedoch kleinere Abfragen über die API – wie in diesem Fall – kostenlos gestattet.

Die topsy-Datenbank wurde im Zeitraum vom 1. August 2008 bis zum 31. Dezember nach Twitter-Nachrichten durchsucht, welche bestimmte Stichwörter enthielten, die mit der Zensursula-Kampagne in Verbindung gebracht werden können (vgl. Tabelle 4). Die hier durchgeführte automatisierte Abfrage ist so konzipiert, dass nicht nur nach Stichwörtern gesucht wurde, die mittels des „#“-Zeichens als Hashtag markiert sind, sondern auch nach einfachen Wörtern in Tweets. Nur zwei der Stichwörter stehen dabei eineindeutig mit der Zensursula-Kampagne in Verbindung: „zensursula“ und „zugangerschwerungsgesetz“. Alle anderen Stichwörter sind jedoch angesichts des zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhangs auch zu großen Teilen der Kampagne zuzurechnen. Dazu zählen insbesondere „internetzensur“, „stoppschild²³²“, „netzsperrern²³³“ und „kinderpornographie²³⁴“. Der Begriff „zensur“ kann ebenso andere Inhalte

²³⁰ <https://dev.twitter.com/docs/faq#8650> (Status: 06.08.2012)

²³¹ Stephan Bäcker, 25.07.2012: Twitter arbeitet an Archiv- und Exportfunktion. In: heise.de.

²³² Sowohl mit ‚p‘ als auch mit ‚pp‘

²³³ Sowohl in Einzahl als auch in Mehrzahl

²³⁴ Sowohl mit ‚ph‘ als auch mit ‚f‘

6. Methodisches Vorgehen

betreffen, so war die Sperrung der Whistleblower²³⁵-Website wikileaks.org im Dezember 2010²³⁶ vieldiskutiert auf Twitter. Aber auch Meldungen von Agentur- und Zeitungsaccounts über Zensur in China traten vereinzelt auf. Das Stichwort „zensur“ wurde dennoch verwendet, weil es den zentralen Kritikpunkt der Gegner des Gesetzes darstellt. Ein weiteres Stichwort, der Nachname der damaligen Bundesfamilienministerin, „leyen“, wird im türkischen mit „gefährlich“ oder „beeinflussen“ übersetzt. So können einige wenige türkischsprachige Tweets, die inhaltlich nicht mit der Kampagne verknüpft sind, in den Suchergebnissen vorkommen. Da die E-Petition im Kampagnenverlauf eine besondere Stellung einnimmt, wurde auch nach dem Stichwort „epetition“ gesucht. An dieser Stelle wurde das Stichwort „Petition“ nicht verwendet, da es im englischsprachigen Raum ebenso Anwendung findet und angesichts der deutlich stärkeren Twitter-Nutzung in den USA die Suchergebnisse – im Gegensatz zu den bisher dargestellten Einschränkungen der anderen Stichwörter – nicht unerheblich verfälschen würde. „Epetition“ hingegen konnte lange Zeit mit dem deutschen Online-Petitionssystem verbunden werden, andere Länder verwendeten den Begriff „epetition“ erst später. So ist ein kleiner Anstieg der Tweetzahl im August 2011 auf eine E-Petition in Großbritannien für die Opfer der Hillsborough-Katastrophe vor 20 Jahren zurückzuführen²³⁷.

Tabelle 4: Verwendete Stichwörter

epetition	netzsperrre/netzsperrren
internetzensur	stoppschild/stoppschild
kinderpornographie/kinderpornografie	zensur
leyen	zensursula
zugangerschwerungsgesetz/zugerschwg	

Quelle: eigene Darstellung

Die Stichwörter waren aus technischer Sicht nicht abhängig von Groß- oder Kleinschreibung. Jeder Tweet, der eines dieser Stichwörter enthielt, gilt als Ergebnis. Der Suchzeitraum August 2008 (Pressekonferenz BKA) bis

²³⁵ Veröffentlichung geheimer Dokumente von Unternehmen, Organisationen und Regierungen durch anonyme Tippgeber, die innerhalb von diesen beschäftigt sind.

²³⁶ Kuhn, Johannes, 03.12.2010: Cyberschlacht um Wikileak. In: sueddeutsche.de.

²³⁷ <http://epetitions.direct.gov.uk/petitions/2199/> (Stand: 06.08.2012)

6. Methodisches Vorgehen

Dezember 2011 (Inkrafttreten des Aufhebungsgesetzes) wurde gewählt, da in beiden Monaten jeweils die ersten bzw. letzten Ereignisse der Zensursula-Kampagne zu verorten sind.²³⁸

6.2. Automatisierte Abfrage

Die topsy-API wird über eine URL²³⁹ abgefragt:

Abbildung 8: Abfrage-URL für topsy

```
http://otter.topsy.com/search.json?maxtime=1325286000&mintime=1217541600&page=1&perpage=100&q=zugerschwg&sort_method=-date&type=tweet
```

Quelle: eigene Darstellung

Fett markiert sind die Variablen „maxtime“, „mintime“ und „q“²⁴⁰, die für den Zeitraum und das gesuchte Stichwort stehen (jeweils blaue Markierung).²⁴¹ Eine Abfrage veranlasst topsy, in seinen Datenbanken nach den maximal 1000²⁴² wichtigsten (topsy verwendet eigene statistische Relevanz-Kriterien) Nachrichten zu suchen und diese speziell formatierte Ergebnisliste auszugeben. Da die Abfragen mehr als 1000 Ergebnisse pro Suchbegriff und Zeitraum erzielten, musste sie in einem automatisierten Skript mit kleineren Zeitabständen erfolgen (vgl. Anhang 1). Topsy empfiehlt diese Vorgehensweise im unternehmenseigenen Blog.²⁴³

Die Ergebnisliste von Topsy beinhaltet Angaben, die über eine einfache Auflistung der gesuchten Tweets hinausgehen. So sind die Daten nach verschiedenen Kriterien aufbereitet. Zwei der Kriterien lauten „score“ und „trackback_total“, alles weitere sind Angaben zum Autor, Inhalt und anderem. „Score“ ist die topsy-interne Wertung der Wichtigkeit des Tweets (s.o.), die in dieser Arbeit nicht verwendet wurde. „Trackback_total“ zeigt an, wie oft eine

²³⁸ Monatsbeginn (01.) und -ende (31.) wurden aus technischen Gründen gewählt.

²³⁹ „Uniform Resource Locator“, vereinfacht Internetadresse

²⁴⁰ Query; Aus dem Englischen: Abfrage

²⁴¹ Die Zeit wird in der sogenannten UNIX Epoch Time dargestellt, den vergangenen Sekunden seit dem 01.01.1970

²⁴² Bzw. pro Seite 100, maximal 10 Seiten.

²⁴³ Topsy Labs: How to get old #jan25 tweets from Topsy. In: topsylabs.com.

6. Methodisches Vorgehen

Nachricht geretweetet wurde. Dies ist besonders wichtig, da topsy immer nur einen einzigen Retweet einer Nachricht in der Datenbank mit aufführt. Um diese Lücke aufzufüllen, wurden alle Nachrichten, die mehr als fünfmal²⁴⁴ geretweetet wurden, über ein weiteres automatisiertes Skript wiederum über die Twitter-API abgefragt. Wie erwähnt, ist auch die Twitter-API nur eingeschränkt nutzbar, so sind für jeden Tweet lediglich die letzten 100 Retweets abrufbar. Damit sind Nachrichten mit über 100 Retweets nicht proportional in den Suchergebnissen vertreten, dies trifft schlussendlich in den Suchergebnissen aber nur auf 46 Nachrichten zu.

Insgesamt wurden 220.223 Nachrichten von 50.011 Twitter-Accounts gesammelt, in denen 12.955 verschiedene Hashtags verwendet wurden, nicht selten mehrere in einer Nachricht.

6.3. Relation und Reliabilität

Angesichts der zuvor genannten Zahlen zur weltweiten Twitternutzung erscheinen die Suchergebnisse auf den ersten Blick ernüchternd. An dieser Stelle muss jedoch noch einmal wiederholt werden, dass Twitter in der Bundesrepublik einen anderen Status genießt als in den USA²⁴⁵ und dass der eigentliche Hauptzweck sozialer Netzwerke nicht politisches Engagement ist (vgl. Abschnitt 2.3.). Twitter hatte des Weiteren in seinen Anfangszeiten immer wieder mit Problemen bezüglich seiner Zuverlässigkeit zu kämpfen gehabt.²⁴⁶ Mitunter kam es zu mehrtägigen Ausfällen wegen Angriffen auf den Online-Dienst. So war Twitter vom 6. bis 11. August 2009 nur stark eingeschränkt nutzbar²⁴⁷, was sich auch in den Daten widerspiegelt.

Angaben von topsy, dass sie solche Twitter-Nachrichten indexieren, die entweder einen Link enthalten oder von einem anderen Nutzer geretweetet wurden, können ebenso nicht ohne weiteres überprüft werden. Außerdem kam es zu vereinzelt Verbindungsabbrüchen während der automatisierten

²⁴⁴ Aus Performancegründen

²⁴⁵ Christiane Hebel, 27.07.2012: Politikbühne Internet. Der Twitterkönig heißt Obama. In: spiegel.de.

²⁴⁶ Andreas Jungherr/Pascal Jürgens/Harald Schoen, 2011: a.a.O.: 206.

²⁴⁷ <http://blog.twitter.com/2009/08/adventure-continues.html> (Stand: 06.08.2012)

6. Methodisches Vorgehen

Abfrage, die jedoch durch mehrmaliges Wiederholen nur sehr geringen Einfluss auf die Validität und Reliabilität der Daten haben sollten. Möglich ist auch, dass Twitter-Accounts oder Nachrichten nachträglich vom Nutzer gelöscht wurden.

6.4. Weiteres Vorgehen

In den Daten wird im folgenden Abschnitt nach „Peaks“, also dem gehäuften Vorkommen von Twitter-Nachrichten gesucht. Wann wurden besonders viele Twitter-Nachrichten im Erhebungszeitraum abgesetzt und mit welcher inhaltlichen Verknüpfung? Jeder identifizierte Peak bildet die analytische Grundlage für ein definiertes Zeitfenster von insgesamt drei Wochen (+/- zehn Tage vom höchsten Tageswert). Für diese Zeiträume wird geprüft, inwieweit Stellungnahmen, Statements und politische Maßnahmen von Frau von der Leyen in Zeitungsartikeln und Online-Beiträgen relevanter Tages- und Wochenzeitungen sowie in Pressemitteilungen und Meldungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach Reaktionen, Kommentaren mit diesen Protestpeaks auf Twitter korrespondieren. Für Online-Beiträge und Zeitungsartikel hatte der Autor Zugriff auf die nicht-öffentliche Pressedokumentation des Deutschen Bundestages. Diese wurde ebenfalls systematisch nach den oben genannten Stichworten durchsucht. Als relevante Tages- und Wochenzeitungen wurden „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, „Financial Times Deutschland“, „Focus“, „Frankfurter Rundschau“, „Der Freitag“, „Das Parlament“, „Der Spiegel“, „Süddeutsche Zeitung“, „Der Tagesspiegel“, „die tageszeitung“, „Die Welt“, „Welt am Sonntag“ sowie „Die Zeit“ ausgewählt. Für Pressemitteilungen und Meldungen aus dem Ministerium wurde auf dessen Online-Archiv zurückgegriffen.²⁴⁸ Die identifizierten Reaktionen werden anschließend nach Weavers acht *blame avoiding strategies* kategorisiert und bewertet.

²⁴⁸

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/archiv.html> (Stand: 06.08.2012)

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

7.1. Peaks

Blame wird „herkömmlicherweise als die Zurechnung von schlechten oder falschen Handlungen zu einer Person oder einem Gebilde verstanden“²⁴⁹ und lässt sich auch in der Formel $B_{t1} = PAH_{t1} + PR_{t1}$ darstellen (vgl. Abschnitt 3.3.). Dieser Einordnung zufolge stellt jeder hier identifizierte Peak erhöhten *blame* dar. Denn die mit der Debatte verbundenen und in dieser Analyse verwendeten Stichwörter sind fast ausschließlich negativ besetzt. Während die Bundesregierung noch beschwichtigend von „Zugangerschwerung“ spricht, rufen die Gegner desselbigen Gesetzes laut nach „Zensur“, „Internetzensur“, „Netzsperrern“ und schlussendlich „Zensursula“. Der wahrgenommene vermeidbare Verlust oder Schaden (PAH) ist in den Augen der Kritiker die Zensur des Netzes und der Eingriff in die Bürgerrechte. Verantwortung (PR) trägt dafür einzig und allein Ursula von der Leyen – Zensursula. Allein 81.447 der gesammelten Tweets enthalten dieses Schlagwort. In dieser Arbeit wird ein Tag als höchster Punkt eines Peaks verstanden, wenn er im Vergleich zu den letzten oder nächsten zehn Tagen die meisten Tweets pro Tag erzielt hat und mindestens 900 Tweets vorweisen kann (t in der obigen Formel). Dieser Wert garantiert, dass die Peakzeiträume (insgesamt drei Wochen) überschneidungsfrei und damit eindeutig zu analysieren sind.

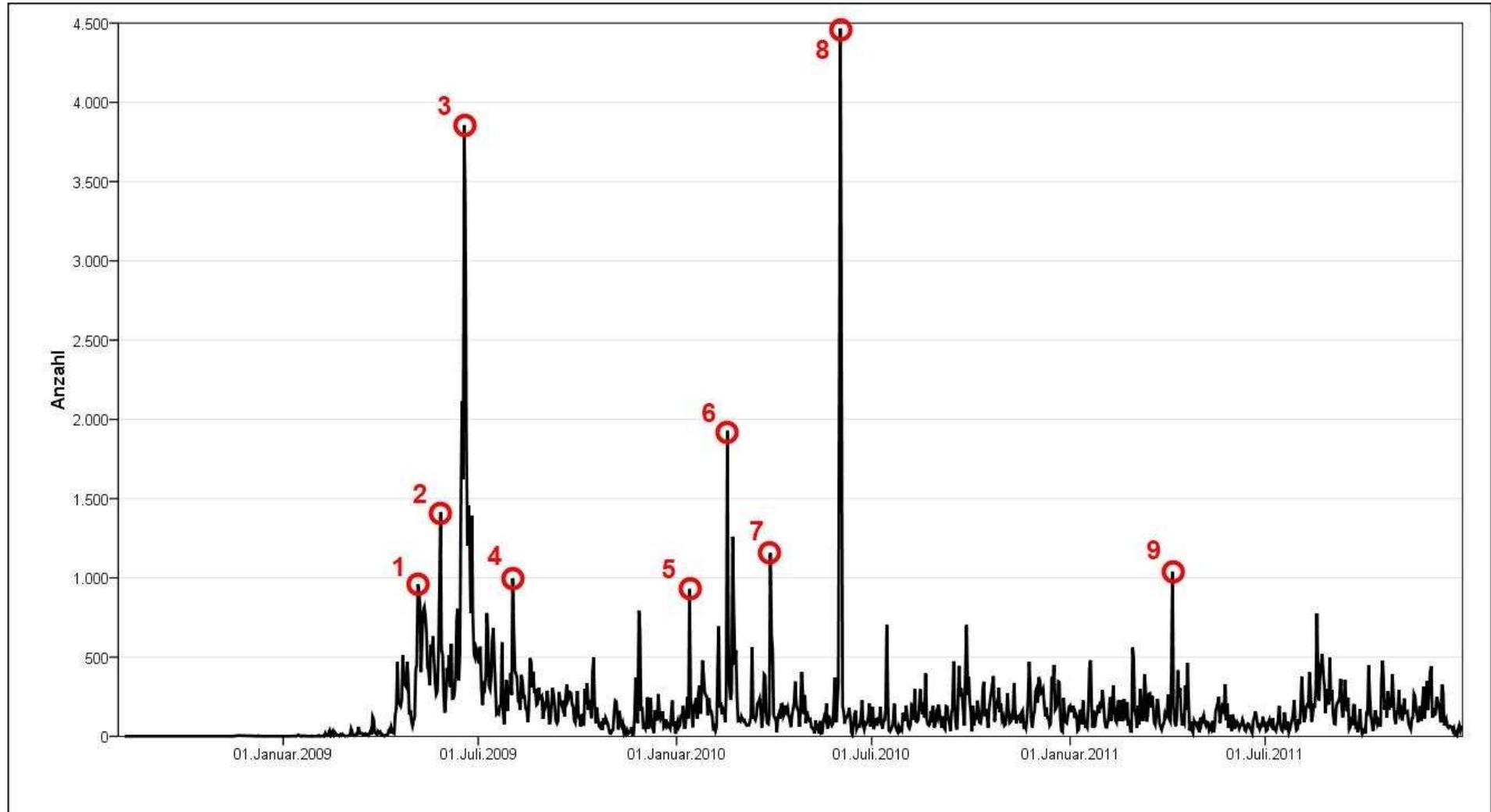
Abbildung 9 zeigt den gesamten Kampagnenverlauf vom 01. August 2008 bis 31. Dezember 2011. Bis weit in das Jahr 2009 hinein sind Netzsperrern kein Thema unter den Twitter-Nutzern, bis es im Juni 2009 mit der Verabschiedung des ZugErschwG einen ersten Höhepunkt erreicht. Der größte Ausschlag ist ein Jahr später zu verzeichnen, mit einem Spitzenwert von 5052 Tweets am 02. Juni 2010. In Abbildung 9 können weitere acht Peaks identifiziert werden. Diese werden im Folgenden eingehend auf Reaktionen und Handlungen Ursula von der Leyens untersucht. Jeder Peak hat eine Abbildung zur Veranschaulichung des Gesamtverlauf der Tweets/Tag und Illustration der verwendeten Hashtags.

²⁴⁹

Eigene Übersetzung aus: Hood, Christopher 2011: a.a.O., hier 64.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Abbildung 9: Identifizierte Peaks



Quelle: eigene Darstellung

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

7.1.1. Peak 1 – Gesetzentwurf und E-Petition

Der Zeitraum des ersten Peaks erstreckt sich vom 26. April bis zum 16. Mai mit einer Höchstzahl von 958 Tweets am 06. Mai 2009. In diese Spanne fallen mehrere relevante Ereignisse der Zensursula-Kampagne, besonders hervorzuheben ist jedoch der Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundestag (05. Mai) und die Freischaltung der E-Petition (04. Mai). Letztere wurde bereits am ersten Tag von 13.387 Personen²⁵⁰ unterschrieben und schnell von einigen Online-Medien aufgegriffen (z.B. Spiegel Online²⁵¹). Links auf diese Artikel wurden wiederum von den Twitter-Nutzern innerhalb ihrer Beziehungsnetzwerke weiterverbreitet. Viele Twitterer, insbesondere Accounts mit hohen Followerzahlen (@akzensur, @netzpolitik, @saschalobo), riefen unabhängig davon zur Unterstützung und Mitzeichnung der E-Petition auf und es konnte dank der hohen Weiterverbreitungsgeschwindigkeit das erste Quorum von 50.000 Mitzeichnern bereits am 07. Mai erreicht werden. Ein Großteil der Tweets ist demnach dem Aufruf zur Mitzeichnung zuzuordnen. Parallel dazu wurde die erste Lesung des Gesetzentwurfes im Bundestag intensiv diskutiert. Verschiedene Artikel, speziell eine kritische Analyse des Entwurfs von Frank Patalong²⁵², griffen die Argumente der Sperrgegner auf und fanden großen Anklang auf Twitter. Die nun auf Zensurmaßnahmen sensibilisierten Nutzer entdeckten schnell auch andere Beispiele, in der eine vermeintlich überflüssige Blockade bestimmter Suchbegriffe einen Eingriff in ihre Informationsfreiheit darstellte. So zeigte die Suchmaschine „live.com“ von Microsoft bei der Suche nach „Strumpfhose“ (offenbar fälschlicherweise) einen Warnhinweis, dass dieser Suchbegriff „möglicherweise zu sexuell eindeutigen Inhalten“²⁵³ führe und deswegen keine Ergebnisse angezeigt werden. Verschiedentlich wurde Ursula von der Leyen als

²⁵⁰ https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=sign;petition=3860;limit=100;sort=pet_sign_nr;dir=down;start=120900 (Stand: 06.08.2012)

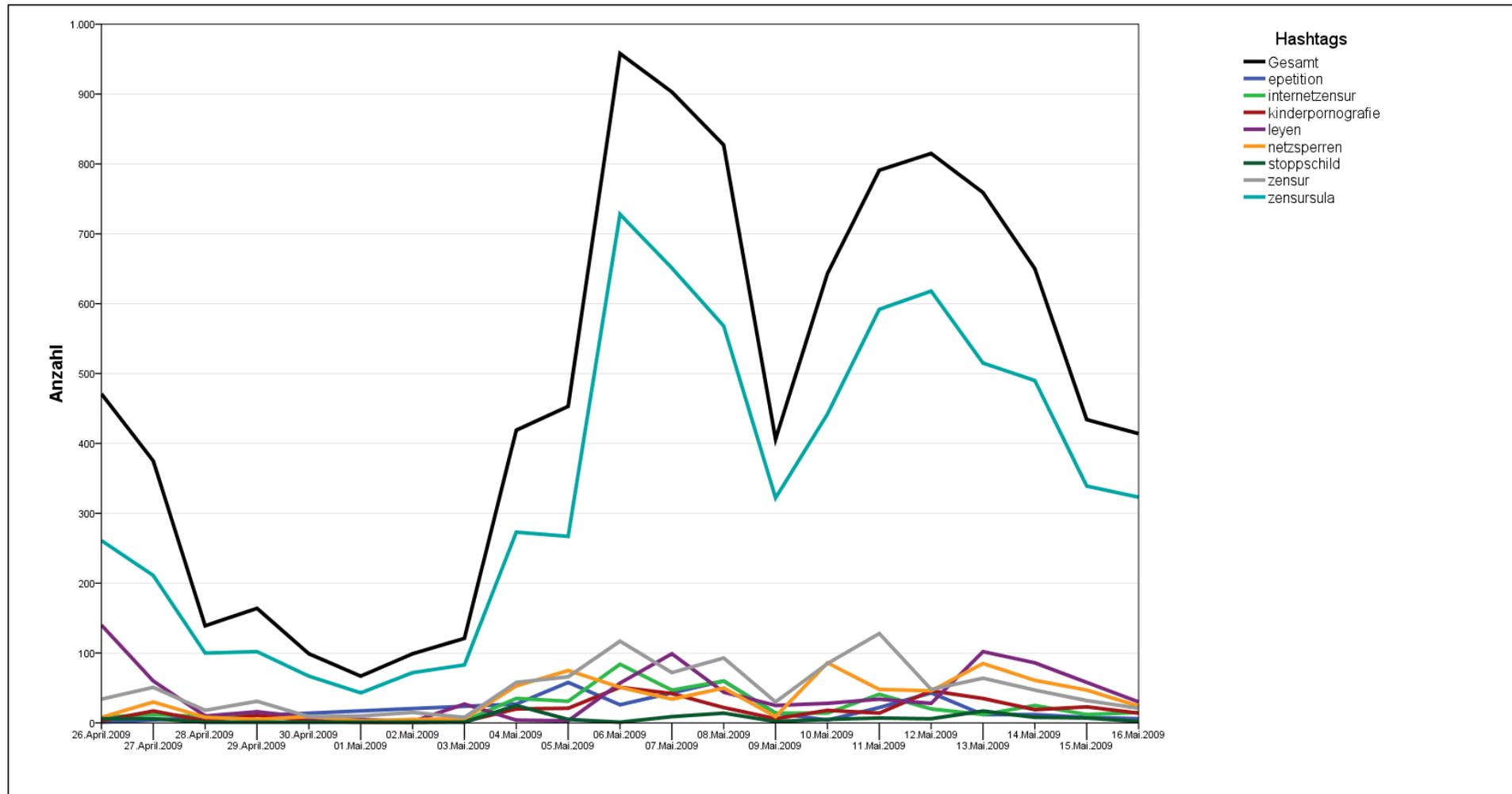
²⁵¹ Richard Meusers, 04.05.2009: Netzwelt-Ticker. Petition gegen Filtergesetz gestartet. In: spiegel.de.

²⁵² Frank Patalong, 06.05.2009: Internet-Sperren. Politik, Populismus und Kinderporno. In: spiegel.de.

²⁵³ Gunnar Sohn, 03.06.2009: Volkspädagogische Entscheidungsmaschinen und der Neo-Despotismus – Warum Strumpfhosen anrühlich sind und Zensursula es doch nur gut mit uns meint. In: ichsagmal.com.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Abbildung 10: Peak 1 – Gesetzentwurf und E-Petition



Quelle: eigene Darstellung, Mehrere Hashtags in einem Tweet möglich

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

„Mentor dieser Maßregelung“²⁵⁴ dargestellt, auch wenn diese Einschätzung jeglicher Grundlage entbehrte. Doch zeigt dieses Beispiel die hohe personelle Verknüpfung der vermeintlichen Zensur mit der Person Ursula von der Leyen. Auch der Graphenverlauf verdeutlicht die enge Verbindung der Debatte mit der Familienministerin – der Hashtag #zensursula war zweifelsohne das prägendste Element der Diskussion. Das *blame avoidance*-Konzept erwartet bei einer derartig hohen negativen Verantwortungsattribution politisches Handeln, welches den entstandenen *blame* nach Möglichkeit verringert oder ablenkt.

Anlass für eine erste Stellungnahme aus dem Familienministerium am 08. Mai gegenüber Journalisten war schließlich das Erreichen des Quorums der E-Petition:

*„Eine zivilisierte Gesellschaft, einschließlich der Internetgemeinschaft, die Kinderpornografie ernsthaft ächtet, darf auch im Internet nicht tolerieren, dass jeder diese Bilder und Videos vergewaltigter Kinder ungehindert anklicken kann.“*²⁵⁵

Das Ministerium verschob somit den Fokus der Diskussion auf die Ächtung von kinderpornographischen Inhalten. Jeder, der gegen den vorgelegten Gesetzentwurf sei, wäre nicht Teil der „zivilisierten Gesellschaft“. Mit dem Verweis auf die Internetgemeinschaft ist diese Stellungnahme indirekt an eben diese gerichtet. Der in der E-Petition geäußerte Vorwurf der Zensur wird nicht aufgegriffen, stattdessen auf die Bekämpfung der Kinderpornographie verwiesen. Dieses Muster wiederholt sich in einer weiteren Stellungnahme des Ministeriums vom 13. Mai:

„Das Bundesfamilienministerium hat reagiert - auf seine Weise. In einer Stellungnahme freut man sich darüber, dass die Petition ‚die Intention der Bundesregierung stützt‘. Man beruft sich dabei auf die auch hier zu findende,

²⁵⁴

Ebd.

²⁵⁵

Jörg Zeipelt, 08.05.2009: Netzsperrern. E-Petition erfolgreich - Familienministerium gelassen. In: tagesspiegel.de.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

selbstverständliche Ablehnung von Kinderpornographie und - lässt den eigentlichen Inhalt der Petition außen vor.“

Diese Vorgehensweise entspricht weitestgehend der *blame avoiding strategy* des *Issue-Redefining*, also der Fokusänderung weg von Maßnahmen, die *blame* hervorrufen könnten (Zensur), hin zu Maßnahmen, die allgemein akzeptiert sind (Bekämpfung der Kinderpornographie). Zum Ende des Peakzeitraumes am 14. Mai antwortete Ursula von der Leyen zudem auf einen offenen Brief der Blog-Plattform spreeblick.com²⁵⁶ und ging auf die Argumentation der Sperrgegner ein. Ihr Antwortbrief wurde wiederum auf spreeblick.com veröffentlicht. Auch hier verweist sie auf das eigentliche Ziel der Gesetzesinitiative:

„Was in anderen Ländern seit geraumer Zeit funktioniert, sollte auch in Deutschland (...) ganz oben auf der Tagesordnung stehen: die öffentliche und gesellschaftliche Ächtung der Kinderpornografie. An diesem Punkt sind wir uns vollkommen einig.“

Diese Argumentationslinie griffen die Unterstützer des Gesetzentwurfs auf und verbreiteten sie weiter. So wurde am 08. Mai der damalige Bundesminister Karl-Theodor zu Guttenberg aus dem federführenden Wirtschaftsministerium noch deutlicher:

„Es macht mich schon sehr betroffen, wenn pauschal der Eindruck entstehen sollte, dass es Menschen gibt, die sich gegen die Sperrung von kinderpornographischen Inhalten sträuben. Das ist nun wirklich einer der wichtigsten Vorhaben in vielerlei Hinsicht.“²⁵⁷

Große Aufregung unter den Twitter-Nutzern erzeugte ebenfalls ein Kommentar des Vorsitzenden der Deutschen Kinderhilfe, Georg Ehrmann, der damit regelrecht eine gegnerische Stellung zu den Protestlern einnahm:

²⁵⁶ Johnny Haeusler, 14.05.2009: Post von Frau von der Leyen (Update). In: spreeblick.com.

²⁵⁷ Markus Beckedahl, 08.05.2009: Online-Petition in der Tagesschau. In: <http://netzpolitik.org>.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

„Die 70.000 Unterstützer der Online-Petition repräsentieren nicht die Meinung der deutschen Bevölkerung, die meisten Deutschen wollen Kinderpornos gesperrt wissen“, meinte Ehrmann, Vorsitzender der Kinderhilfe. Ziel der Gegenaktion sei es, bis Ende Mai 100.000 Unterschriften zu sammeln. „Wir wollen verhindern, dass das Gesetzgebungsverfahren aufgrund der Online-Petition auf Eis gelegt wird.“

Zeitgleich wurde eine weitere E-Petition beim Deutschen Bundestag eingereicht, die zur Unterstützung der Sperrmaßnahmen aufrief, jedoch nur 328²⁵⁸ Mitzeichner gewinnen konnte. Die Kommentierung und Auseinandersetzung mit dieser Aktion ist wesentlich verantwortlich für den zweiten größeren Anstieg in Abbildung 10.

²⁵⁸ Sebastian Jeuck, 17.03.2009: Petition: Kinder- und Jugendhilfe - Kinderpornografie im Internet. In: epetitionen.bundestag.de.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

7.1.2. Peak 2 – Umfragen, Anhörung und 100.000 Mitzeichner

Der zweite Peakabschnitt schließt unmittelbar am Ende des ersten Zeitraums an (17. Mai), hat seinen Höhepunkt am 27. Mai und endet am 6. Juni 2009. Nennenswerte Ereignisse sind die Berichterstattung um zwei Umfragen zu den vorgeschlagenen gesetzlichen Maßnahmen und ein Mobilisierungsaufruf für den hunderttausendsten Mitzeichner als politisches Signal für die anstehende Anhörung im Wirtschaftsausschuss.

Der erste Teilverlauf des Graphen in Abbildung 11 mit Werten knapp über 600 Tweets/Tag zeigt die Reaktion auf die Veröffentlichung einer Umfrage der Deutschen Kinderhilfe am 17. Mai. Der Verein wurde bereits im vorhergehenden Peak als Unterstützer der Internetsperren identifiziert. In der vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap durchgeführten Umfrage gaben 92 Prozent der Befragten an, Internetsperren zu unterstützen.²⁵⁹ Die Internetsperren-Gegner auf Twitter warfen den Meinungsforschern gezielte Manipulation durch eine suggestive Fragestellung vor und noch am selben Tag veröffentlichte der Verein mogis e.V. (MissbrauchsOpfer Gegen InternetSperrern) eine „Gegenumfrage“.²⁶⁰ Mehr als 5 Prozent der Befragten wünschten sich demnach Internetsperren, wenn auch die Löschung kinderpornographischer Inhalte im Internet als Antwortmöglichkeit gegeben wird. Dies greift nahtlos die „Löschen statt Sperren“-Argumentation der Sperrgegner auf.

Am 24. Mai hatte die E-Petition über 90.000 Mitzeichner gefunden.²⁶¹ In Aussicht auf die drei Tage später stattfindende öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages startete netzpolitik.org eine Mobilisierungskampagne zur symbolischen Erreichung von 100.000 Mitzeichnern²⁶². Diese Kampagne ist maßgeblich entscheidend für den identifizierten Peak von 1416 Nachrichten am 27. Mai 2009. Wie schon bei dem

²⁵⁹ ohne Verfasser, 17.05.2009: 92 Prozent der Deutschen für Sperrungen im Internet. Kampf gegen kinderpornografische Seiten. In: welt.de.

²⁶⁰ Biermann, Kai, 27.05.2009: Mehr als 90 Prozent gegen Sperrungen im Internet. In: zeit.de.

²⁶¹ <http://www.sejmwatch.info/petition-internet-zensur.html> (Stand: 06.08.2012)

²⁶² Markus Beckedahl, 24.05.2009: 72 Stunden Countdown für Zensursula-ePetition. In: netzpolitik.org.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Erreichen des Quorums im ersten Peakzeitraum sind 100.000 Mitzeichner ein gern genutztes Symbol in Zeitschriftenartikeln und Kommentaren zum Gesetzesvorhaben. In einem Interview mit Spiegel Online vom 26. Mai 2009 wird von der Leyen daher um eine Stellungnahme zu den 100.000 Unterstützern der E-Petition gebeten:

„Nein, ich nehme die Petition sehr ernst, zum Beispiel den Vorwurf der unkontrollierten Listen. Wir wollen die Transparenz verbessern. Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir ein Gremium mit unabhängigen Experten schaffen, das die Blockierlisten unter dem Mehr-Augen-Prinzip anschaut.

[...]

Noch mal. Es geht um Kinderpornografie und nichts anderes. Mein Interesse ist, die Vergewaltigung von Kindern auf allen Ebenen zu bekämpfen, auch die Bilder im WWW. In diesem Gesetzentwurf, zu dieser Zeit, sprechen wir ausschließlich über das.“²⁶³

Verschiedentlich wurde die Einrichtung eines unabhängigen Experten-Gremiums als Zugeständnis an die Kritiker gewertet.²⁶⁴ Auch wenn sie von ihrem Minimalziel – der Blockade kinderpornographischer Inhalte im Internet – nicht abweicht, so kann dieses Zugeständnis als korrespondierende Handlung gemäß des *blame avoidance*-Konzepts interpretiert werden. Sie ändert nichts an dem eigentlichen Vorhaben, stellt aber Ressourcen – in diesem Fall ein Expertengremium unter Führung des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar – bereit, die den vermeintlichen Schaden größtmöglich minimieren. Als wahrgenommener Schaden wurde in dieser Arbeit die Zensur des Internets identifiziert, mit dem unabhängigen Gremium zur Überprüfung der Sperrlisten kann diese Befürchtung abgeschwächt werden. Auch wenn sie von der *Issue-Redefining-strategy* aus dem ersten Peakzeitraum nicht abweicht (siehe zweiter Teil der obigen Stellungnahme), kann mit dem Zugeständnis eine weitere *blame avoiding strategy* identifiziert werden: *throw good money after bad*.

²⁶³ Frank Patalong/Hilmar Schmundt, 26.05.2009: Anti-Kinderporno-Gesetz Von der Leyen will Kontrolleure für BKA-Zensoren. In: spiegel.de.

²⁶⁴ Patrick Beuth, 28.05.2009: Unversöhnlich an der Sperre. In: fr-online.de.

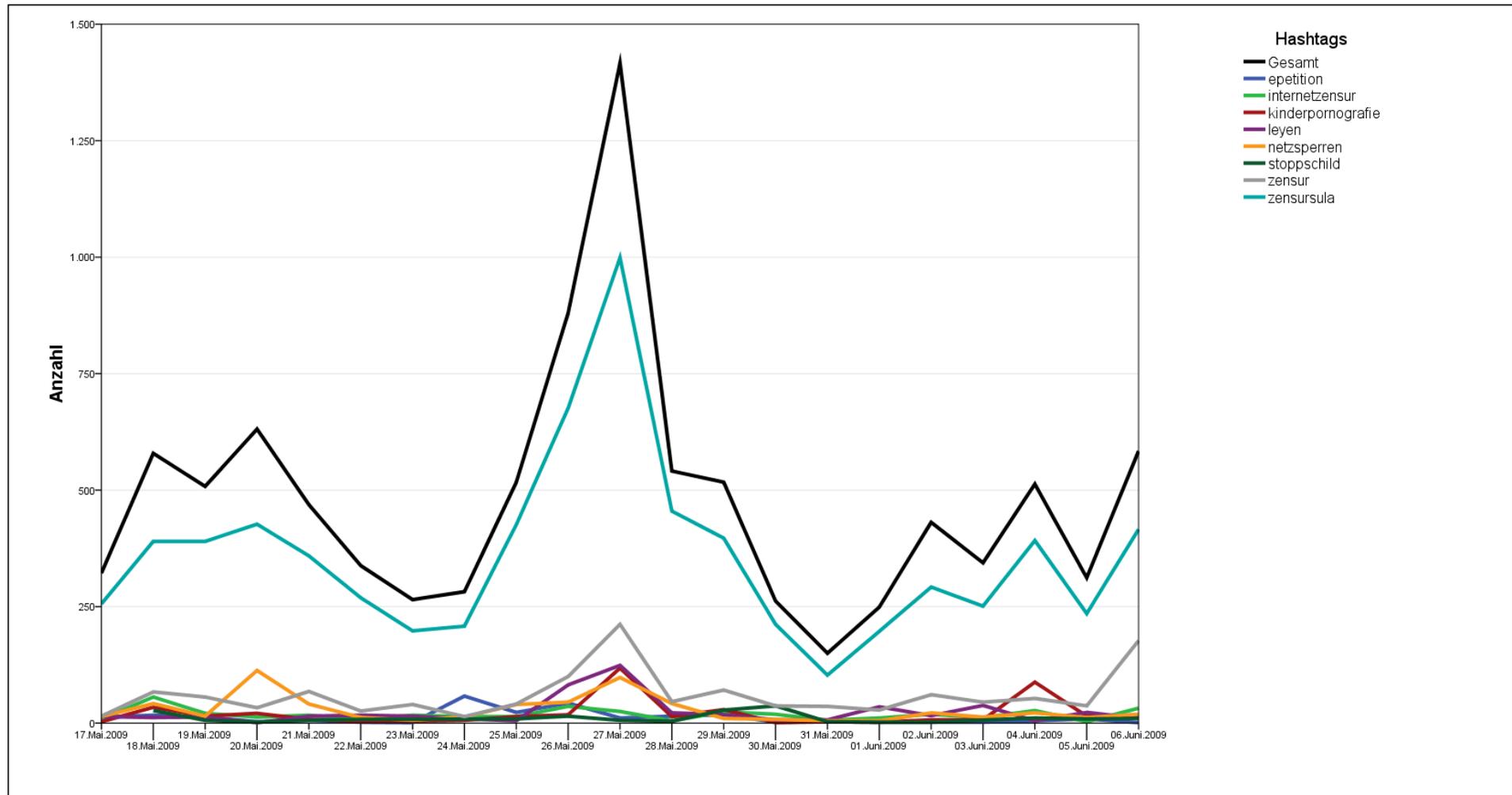
7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Sowohl im ersten als auch im zweiten Peakzeitraum war jeweils die aktuelle Mitzeichnerzahl Teil der Berichterstattung über das Zugangerschwerungsgesetz. Damit wurde in den einzelnen Artikeln nicht nur die Kritik von Experten und einzelnen Aktivisten erwähnt, sondern auch die große Zahl der Internetsperregegner. Der durch Twitter initiierte und in der E-Petition manifestierte *blame* wurde durch die Medien einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Den Medien kommt damit eine wesentliche Vermittlerrolle zu, zumal sie wiederum Träger der Information aus dem Ministerium oder einem Interview mit Ursula von der Leyen sind. Anders verhält es sich, wenn sie oder das Ministerium selbst soziale Medien nutzen würden, wie es beispielsweise ihre Nachfolgerin, Kristina Schröder (CDU) macht. Aber auch bereits eine Pressemitteilung auf der Ministeriums-Website lässt den interessierten Bürger die Medien als Vermittler umgehen. In beiden Zeiträumen wird diese Methode durch das Ministerium nur ein einziges Mal genutzt: Am 26. Mai verweist es in einer Mitteilung auf das oben angeführte Spiegel Online-Interview.

Nach der gewählten Analysemethodik kann freilich nicht identifiziert werden, ob Ursula von der Leyen direkt auf den *blame* auf Twitter reagiert hat. Nichtsdestotrotz lässt sich ein Korrespondenz-Verhältnis zwischen der negativen Verantwortungsattribution auf Twitter und dem politischen Handeln Ursula von der Leyens in dieser Hinsicht bejahen.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Abbildung 11: Peak 2 – Umfragen, Anhörung und 100.000 Mitzeichner



Quelle: eigene Darstellung, Mehrere Hashtags in einem Tweet möglich

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

7.1.3. Peak 3 – Gesetzesverabschiedung, Ende der Mitzeichnungsfrist

Auch der dritte Peakzeitraum schließt unmittelbar an den Vorherigen an. Beginnend am 8. Juni und endend am 28. Juni, erreicht er seinen Höhepunkt mit 3856 Tweets am 18. Juni. Dies ist die höchste Anzahl von Tweets/Tag bisher und mehr als viermal stärker als der erste Peak. Wenn der erste Peak (958 Tweets/Tag) weiterhin als Referenzpunkt auf den Graphen in Abbildung 12 angewendet wird, kann der Zeitraum von annähernd elf Tagen (15. Bis 25. Juni) als der vorläufige Höhepunkt um die Debatte von Internetsperren identifiziert werden. Nur der 24. Juni weist in diesem Zeitraum weniger als 1200 Tweets/Tag auf. Doch nicht nur die Debatte auf Twitter erreicht ihren Klimax, auch die parlamentarische Debatte endet mit der Verabschiedung des Zugangserschwerungsgesetzes am 18. Juni.

Neben der Gesetzesverabschiedung sind noch zwei weitere Ereignisse relevant für den Verlauf des Graphen in Abbildung 12: Der Beschluss des SPD-Parteivorstandes zur Unterstützung des Gesetzesvorhabens vom 13. Juni und ein Streitgespräch zwischen Ursula von der Leyen und der Petentin Franziska Heine in der ZEIT vom 25. Juni 2009.

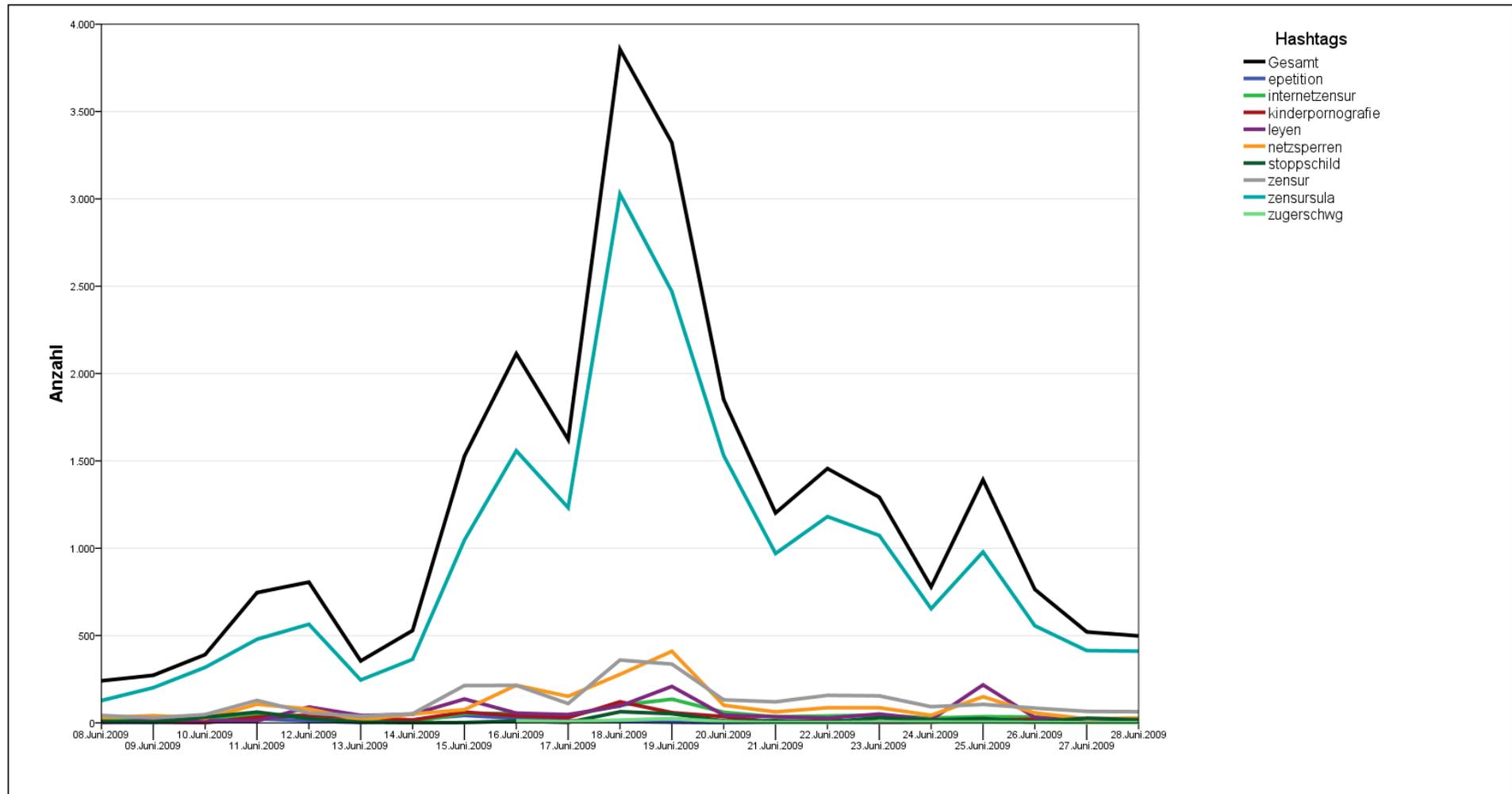
Auch wenn der SPD-Parteivorstand in seinem Beschluss den Grundsatz „Löschen statt Sperren“ verankert²⁶⁵, signalisierten die Sozialdemokraten ihre grundsätzliche Zustimmung zu Internetsperren, mit der Bedingung, ein Spezialgesetz statt die Änderung des Telemediengesetzes zu verabschieden. Dies kam den Gegnern zunächst entgegen, doch die Forderung der Justizministerin Brigitte Zypries (SPD), die Besucher der Stopp-Seiten nachverfolgen zu wollen, stieß auf große Kritik auf Twitter, sichtbar mit dem ersten kleineren Peak am 16. Juni. Die Reaktionen auf das Streitgespräch zwischen den beiden Protagonisten der Zensursula-Kampagne – Ursula von der Leyen und Franziska Heine – zeichnen den Abschluss des Graphen in Abbildung 12. Im ZEIT-Streitgespräch äußerte sich Ursula von der Leyen zum wiederholten Male zu den nunmehr 134.000 Mitzeichnern der E-Petition, dessen Mitzeichnungsfrist am 16. Juni endete.

²⁶⁵

Jörg-Olaf Schäfers, 13.06.2009: Beschluss des SPD-Parteivorstandes zum "Zensursula"-Gesetz. In: netzpolitik.de.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Abbildung 12: Peak 3 – Gesetzesverabschiedung, Ende der Mitzeichnungsfrist



Quelle: eigene Darstellung, Mehrere Hashtags in einem Tweet möglich

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

von der Leyen: „Das ist lebendige Demokratie. Ich meine: 134.000 Zeichner, das ist schon etwas. Aber es gibt 40 Millionen Internetnutzer. Jetzt beginnt die Phase, in der man erkennen wird, ob Sie nachhaltig dranbleiben.“

ZEIT ONLINE: „Frau von der Leyen, verstehen Sie die Enttäuschung, wenn Frau Heine sagt: Wir sind so viele, und niemand hört auf uns?“

von der Leyen: „Ich kann das Gefühl schon nachvollziehen, aber eine Onlinepetition ist mit einem Klick unterschrieben ...“²⁶⁶

Mit diesen Aussagen erzeugt sie das wohl größte Unverständnis unter den Gegnern der Internetsperren und Mitzeichnern der E-Petition. Die Hürden für die Mitzeichnung einer E-Petition sind bedeutend höher, Frau von der Leyen marginalisiert jedoch hier durch die Relation zu den allgemeinen Internetnutzerzahlen den Protest und tritt dem *blame* damit geradezu offen entgegen – eine Reaktion, die mit dem *blame avoidance*-Konzept nicht ohne Weiteres erklärbar ist. Eine Woche zuvor, am 17. Juni, veröffentlicht ihr Ministerium eine Pressemitteilung, die ebenfalls eine Umfrage zum Thema Internetsperren aufgreift. Die vom Allensbach-Institut durchgeführte repräsentative Befragung identifiziert eine Mehrheit von 91 Prozent der Bevölkerung, welche die „neuen Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Verbreitung von Kinderpornografie im Internet“ unterstützen.²⁶⁷ Die Umfrage geht noch genauer auf Einstellungen und Meinungsbilder der Befürworter und Gegner des Gesetzes, insbesondere unter regelmäßigen Internetnutzern, ein, so erklärt das Ministerium:

„Allerdings heißt das nicht etwa, dass nun die Mehrheit der 'Internet-Gemeinschaft' gegen das Gesetzesvorhaben wäre: Auch unter den starken Internetnutzern wird das Vorhaben von einer sehr großen Mehrheit begrüßt (89 Prozent). Lediglich 3 Prozent haben den Eindruck, dass durch die Stoppschilder

²⁶⁶

²⁶⁷

Kai Biermann/Heinrich Wefing, 05.09.2009: "Ihnen ist egal, was wir denken". In: zeit.de. BMFSFJ, 17.06.2009: Ursula von der Leyen: "Internet-Community steht für ein Internet mit Freiheit und Verantwortung". In: bmfsfj.de.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

im Internet das Grundrecht auf Informationsfreiheit zu sehr eingeschränkt würde; 90 Prozent sagen: Das finde ich nicht.“²⁶⁸

Doch selbst wenn 90 Prozent der Bevölkerung die Maßnahmen unterstützen: Das *blame avoidance*-Konzept argumentiert, dass politische Akteure sich grundsätzlich stärker auf *blame avoidance* konzentrieren, anstatt sich für populäre Maßnahmen und Erfolge feiern zu lassen (*credit claiming*). *Blame* will dieser Handlungsmaxime zufolge verhindert, zerstreut oder abgelenkt und nicht entgegengetreten werden. Nichtsdestotrotz sind in diesem Peak-Zeitraum auch Aussagen aus dem Ministerium und von Ursula von der Leyen als korrespondierende Handlungen gemäß des *blame avoidance*-Konzepts identifizierbar. So wurde in der oben angeführten Pressemitteilung auf ein weiteres Ergebnis verwiesen:

„Des Weiteren schließen sich 90 Prozent der Bevölkerung der Position an, dass die Nutzer von Kinderpornografie sich nicht auf das Grundrecht der Informationsfreiheit berufen könnten: Auch die Informationsfreiheit habe Grenzen und Kinderpornografie gehöre nicht zu den Dingen, über die man sich informieren können müsse.“²⁶⁹

Wieder änderte das Ministerium den Fokus der Zensur-Kritik auf das mutmaßlich gemeinsame Ziel der Bekämpfung der Kinderpornographie und nutzt somit das *Issue-Redefining*. Die Gegner bestanden jedoch nicht auf die Abdeckung der Nutzung von Kinderpornographie durch das Grundrecht der Informationsfreiheit, vielmehr hielten sie eine generelle Zensurinfrastruktur mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.

In dem ZEIT-Gespräch vom 25. Juni greift Ursula von der Leyen eine weitere Argumentationslinie auf: Die Forderung nach Speicherung der Zugriffe auf das Stoppschild durch die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries. Die Kritiker befürchteten, dass durch die technische Struktur des World Wide Web bedingt,

²⁶⁸ Ebd.
²⁶⁹ Ebd.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

ahnungslose Bürger und Bürgerinnen unwissentlich mutmaßliche Strafverdächtige werden könnten. So besteht die Möglichkeit, auf Webseiten versteckt einen Code unterzubringen, der eine als Kinderpornographie gekennzeichnete und durch das Stoppschild blockierte Webseite im Hintergrund aufruft, ohne dass der Nutzer es bemerkt. Ursula von der Leyen erklärt dazu:

von der Leyen: „Gehen wir das Gesetz doch durch. Es stimmt nicht, dass jeder kriminalisiert wird, der zufällig auf eine gesperrte Seite gerät. Das war mir wichtig, denn viele Nutzer kommen ungewollt auf diese Seiten. Ich habe deshalb gegen die Vorstellung der SPD gefochten, dass automatisch die Daten aller Nutzer gespeichert werden. Diese Daten werden jetzt sofort gelöscht. So steht es im Gesetz. Es gibt keinen Generalverdacht. Außerdem haben wir zusätzliche Kontrollmechanismen eingebaut.“²⁷⁰

Auch wenn die ursprüngliche Forderung von Seiten der SPD kommt – Ursula von der Leyen nutzt die Gelegenheit, um die SPD als Sündenbock darzustellen, da sie vollkommen unverhältnismäßige und unrechtmäßige Vorstellungen in den Gesetzentwurf einbringen wollten. Diese Argumentation entspricht der *blame avoiding-strategy* „*Find a scapegoat*“. Sie lenkt damit *blame* auf den politischen Konkurrenten ab. Auf Twitter wird die SPD auch bald für ihre Unterstützung des Vorhabens als „Verräterpartei“ verunglimpft, nicht wenige Nachrichten enthielten das Hashtag „#spd-“ (vgl. Anhang 3), in der das Minuszeichen eine Ablehnung der Partei ausdrückt.

²⁷⁰

Kai Biermann/Heinrich Wefing, 05.09.2009: "Ihnen ist egal, was wir denken". In: zeit.de.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

7.1.4. Peak 4 – Rechtsfreier Raum und Verzögerung

Nachdem die eigentliche Hochphase der Zensursula-Kampagne (vgl. Abschnitt 5) vorüber war, wurden der weitere Werdegang des Zugangerschwerungsgesetzes weiterhin auf Twitter diskutiert. Der nächste Peak findet sich mit 997 Tweets am 02. August 2009. Dies grenzt den Peak-Zeitraum auf den 23. Juli bis 12. August 2009 ein. Zwei Themen bestimmten hierbei die Debatte: Zum einen die verzögerte Weiterleitung des vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes an den Bundespräsidenten durch das Bundeswirtschaftsministerium. Zur Prüfung durch die EU-Kommission gemäß der „Transparenz-Richtlinie“ wurde das Dokument Anfang August zunächst nach Brüssel geschickt, bevor es dem Bundespräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt wurde.²⁷¹ Zum anderen forderte Ursula von der Leyen in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt am 02. August eine intensive Debatte über „Meinungsfreiheit, Demokratie und Menschenwürde“²⁷² im „rechtsfreien Chaosraum“²⁷³ Internet. Vor allem letzteres löste große Diskussionen auf Twitter aus (vgl. Abbildung 13), da damit befürchtet wurde, dass dem Internet weitere Regulierungsmaßnahmen ähnlich der Internetsperren gegen kinderpornographische Inhalte bevorstünden. Eine Reaktion auf den so entstandenen *blame* auf Twitter war in Pressemitteilungen und Stellungnahmen des Ministeriums nicht auszumachen, obwohl der *blame* wieder (vgl. Abbildung 13) eng mit der Person Ursula von der Leyen verknüpft war. Die Debatte wurde jedoch schnell von der verzögerten Unterschrift überstrahlt. Verschiedentlich hatte man den weiteren zeitlichen Ablaufplan in der Gesetzgebung nach der Verabschiedung so interpretiert, dass das Gesetz vor der nächsten Wahl nicht mehr vom Bundespräsidenten unterschrieben werden könnte und somit hinfällig wäre (Diskontinuitätsprinzip).²⁷⁴ Dieser Interpretation erteilten jedoch das Wirtschaftsministerium und das Familienministerium eine Absage.

²⁷¹ Ohne Verfasser, Gesetz gegen Kinderpornographie tritt nicht zum 1. August in Kraft, FAZ, 31.07.2009

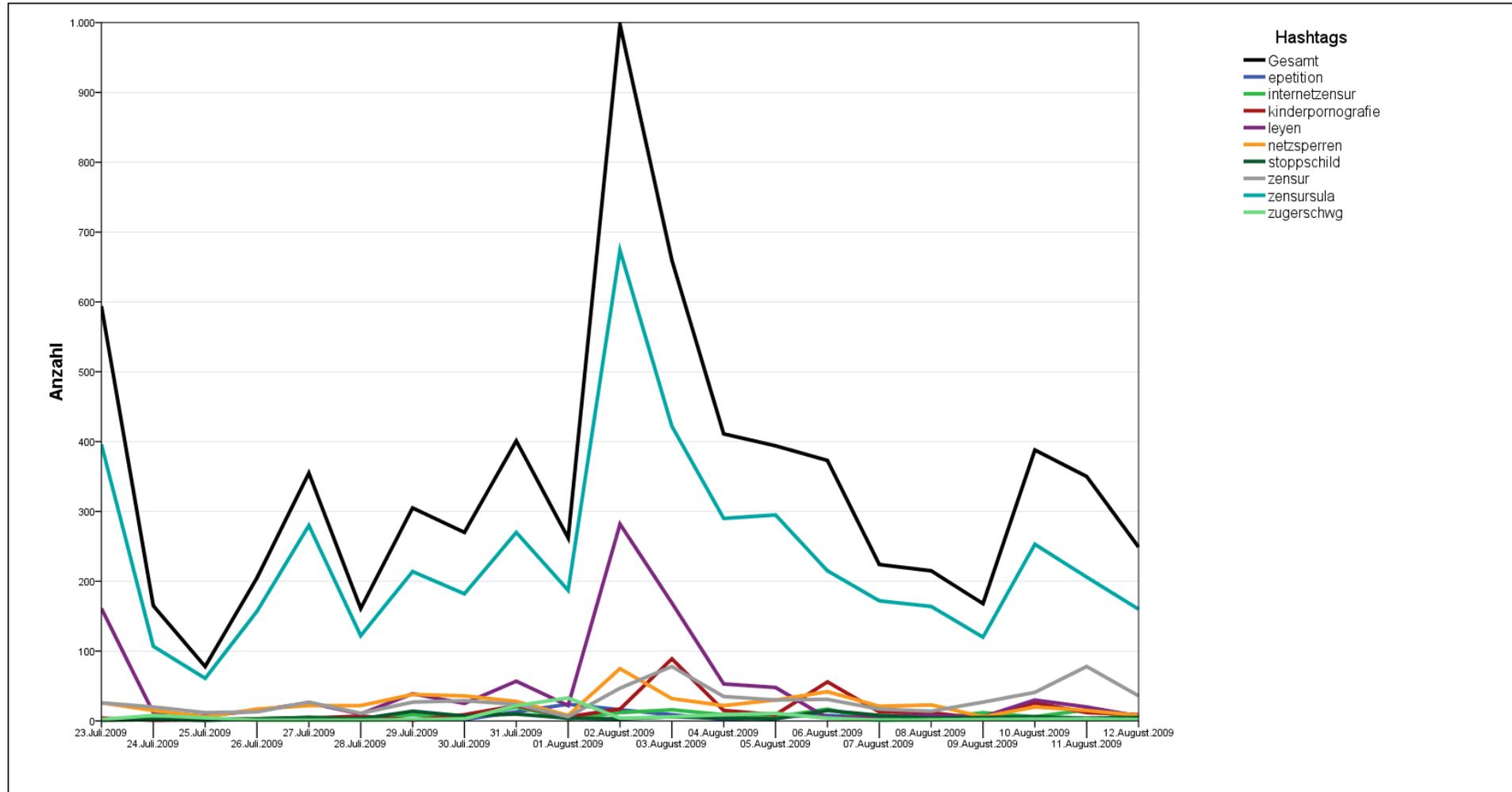
²⁷² Jochen Gaugele, 02.08.2009: Kampf gegen Schmutz im Internet wird verschärft. In: abendblatt.de.

²⁷³ Ebd.

²⁷⁴ Prantl, Heribert, Guttenberg stoppt Gesetz, Süddeutsche Zeitung, 05.08.2009

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Abbildung 13: Peak 4 – Rechtsfreier Raum und Verzögerung



Quelle: eigene Darstellung, Mehrere Hashtags in einem Tweet möglich

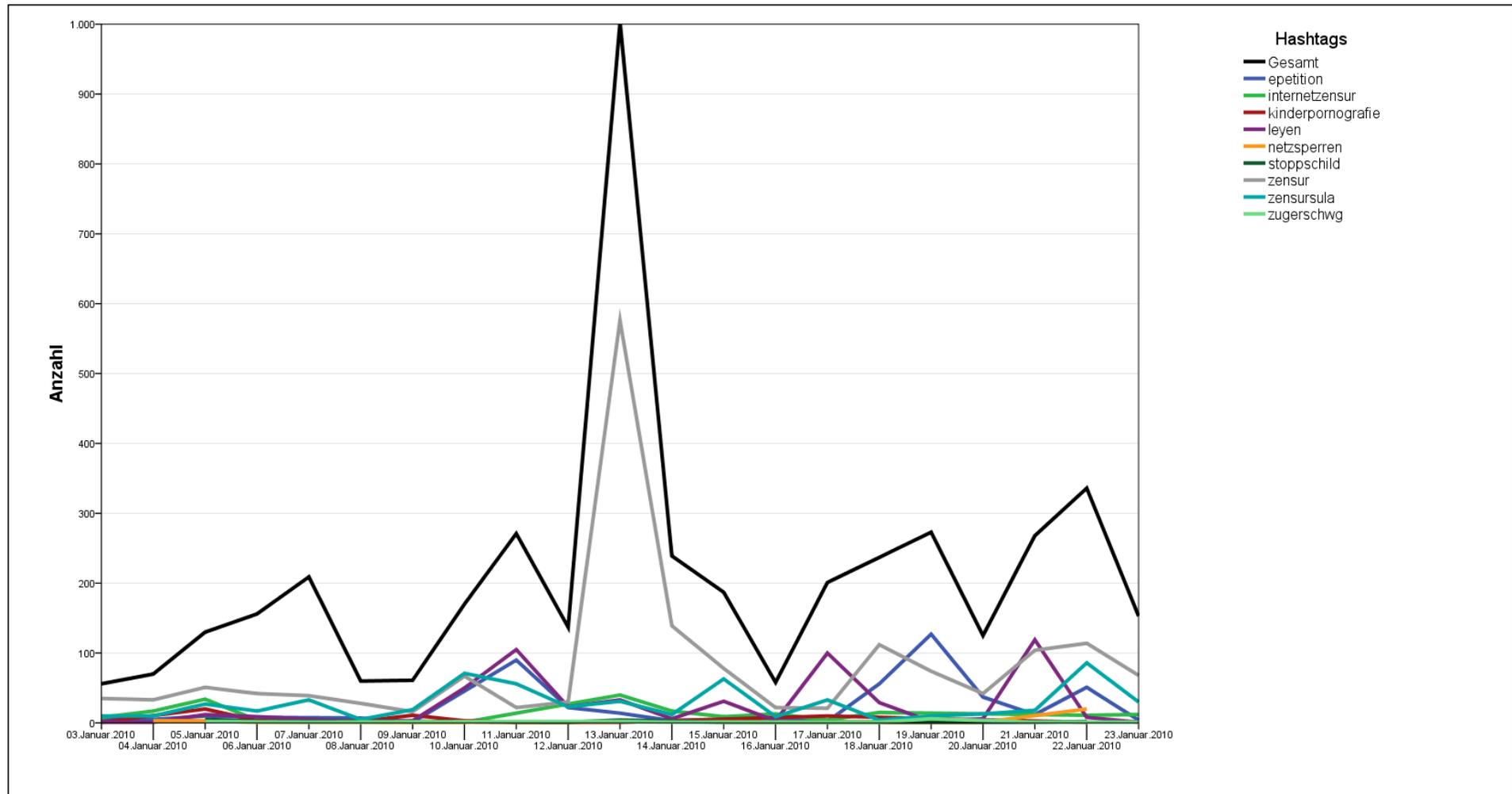
7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

7.1.5. Peak 5 – Google in China

Inwiefern Peaks nach der hier verwendeten Methode *blame* darstellen, ist immer wieder für den Einzelfall inhaltlich zu prüfen. Die Kombination dem Thema zugehöriger Suchbegriffe (vgl. Abschnitt 6.1) soll sicherstellen, dass nur relevante Peaks identifiziert werden. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass einer der Suchbegriffe temporär derart stark ausschlägt, dass es Einfluss auf die Ergebnisse gewinnen kann. In diesem Fall (Peak 5) ist die Ankündigung des Internetriesen Google, seine Zensurmechanismen in China abzustellen, eines der wichtigsten Themen am 13. Januar auf Twitter. Zum ersten Mal ist der Verlauf des Gesamt-Graphen abweichend vom Verlauf des #zensursula-Graphen (vgl. Abbildung 14) und am Peak dominieren insbesondere Tweets mit dem Hashtag #zensur. Da dieser Peak keinen *blame* darstellt, wurde auch nicht nach Reaktionen und Handlungen von Ursula von der Leyen gesucht.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Abbildung 14: Peak 5 – Google in China



Quelle: eigene Darstellung, Mehrere Hashtags in einem Tweet möglich

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

7.1.6. Peak 6 bis 9 – Die Grenzen des *blame avoidance*-Konzepts

Mit dem Rücktritt von Franz-Josef Jung im November 2009 wechselte Ursula von der Leyen in dessen ehemaliges Ressort und war fortan Bundesministerin für Arbeit und Soziales²⁷⁵. Ihre Nachfolgerin wurde Kristina Schröder (CDU). Die gewechselten Verantwortlichkeiten verändern die Ausgangslage für die vorliegende Untersuchung, da Ursula von der Leyen innerhalb der Ressortzuständigkeiten keinen Einfluss mehr auf den Fortgang des Zugangerschwerungsgesetzes hat. Gleichwohl trägt sie die politische Verantwortung für das von ihr maßgeblich initiierte Gesetz (vgl. Abschnitt 4.1). So ist in Abbildung 15 mit dem #zensursula-Hashtag ersichtlich, dass ihr auch weiterhin die Verantwortung (PR) für den vermeintlichen Schaden (PAH) zugeschrieben wird – der Graphenverlauf des #zensursula-Hashtags ist weiterhin eng mit dem Gesamtverlauf verbunden. Die bereits in Peak 1 angeführte Sensibilisierung für Zensur-Themen führt dazu, dass sich die Nutzer auch mit anderen aktuellen Gesetzesvorhaben auseinandersetzen. So ist der erste kleinere Peak in Abbildung 15 mit dem Unmut über die Jugendmedienschutz-Staatsvertrags-Novelle zu erklären. Ein mehrfach geteilter Artikel auf Twitter nennt die Novelle auch „Zensursula Reloaded“²⁷⁶, also eine Wiederholung der im vorhergehenden Jahr geführten Debatte um Internetsperren. Dies zeigt ebenfalls wieder die hohe persönliche Verknüpfung von Ursula von der Leyen mit jeglichen Regulierungsmaßnahmen im Internet.

Der Peak am 17. Februar 2010 mit 2381 Tweets ist auf die nunmehr erfolgte Unterzeichnung des Zugangerschwerungsgesetzes durch Bundespräsident Horst Köhler zurückzuführen. Eine Mehrzahl der Tweets an diesem Tag bedauerte, dass sich Ursula von der Leyen schlussendlich durchsetzen konnte. Zur selben Zeit hatte die amtierende Bundesregierung beschlossen, das Gesetz ruhen zu lassen und per Nichtanwendungserlass faktisch unwirksam gemacht (vgl. Abschnitt 4.4). Fünf Tage später erfolgte zudem die öffentliche Anhörung zur E-Petition, welche verantwortlich für den dritten Peak im Zeitraum vom 7. Februar bis zum 27. Februar ist.

²⁷⁵ DPA, 30.11.2009: Bundespräsident Köhler entlässt Jung. In: n24.de.

²⁷⁶ Markus Barenhoff, 08.02.2010: Zensursula reloaded - der neue JMStV. In: alios.org.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Eine Reaktion in Artikeln und Beiträgen relevanter Tages- und Wochenzeitungen von Ursula von der Leyen auf die weitere Entwicklung war für diesen Zeitraum nicht zu identifizieren, was auch in diversen Kommentaren in den Medien Erwähnung fand:

„Die so vehemente wie unbelehrbare Kämpferin für die Internet-Stoppsschilder, Ursula von der Leyen, wechselte das Ressort und spricht seit dem Wahltag kaum mehr ein Wort über ihre gescheiterte Idee.“²⁷⁷

Angesichts der veränderten Ressortzuständigkeiten stellt sich auch die Frage, inwiefern die Anwendung des *blame avoidance*-Konzeptes hier – unabhängig von der Frage, ob die gestiegene Bedeutung sozialer Netzwerke Einfluss darauf hat – an seine Grenzen stößt. Ursula von der Leyen hat keine Entscheidungsgewalt mehr über weitere Maßnahmen, auch wenn sie Teil der Bundesregierung ist. Für die Sperrgegner ist sie freilich die Hauptverantwortliche für alles bisher Geschehene, was sich auch in der starken Symbolik des Zensursula-Begriffes widerspiegelt, in der Zwischenzeit haben jedoch andere politische Akteure mit ihrem politischen Handeln (oder Nicht-Handeln) die Entscheidungsgewalt über den Fortbestand des ZugErschwG gewonnen. Eine Ausweitung der Analyse politischer Reaktionen und Handlungen auf alle weiteren beteiligten Akteure würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit weit übersteigen. Besonders deutlich wird die veränderte Verantwortungsattribution in den folgenden Peaks. Abbildung 16 zeigt beispielsweise in Peak 7 die Aufregung um den Vorschlag der EU-Kommissarin für Inneres Cecilia Malmström, die in Deutschland angeregten Internetsperren gegen kinderpornographische Inhalte EU-weit einzuführen.²⁷⁸ Prompt bekam sie auf Twitter – angelehnt an „Zensursula“ – den Spitznamen „censilia“. Zur Veranschaulichung der Diskussion wurde in den Graphen auch der #censilia-hashtag mit aufgenommen.

²⁷⁷

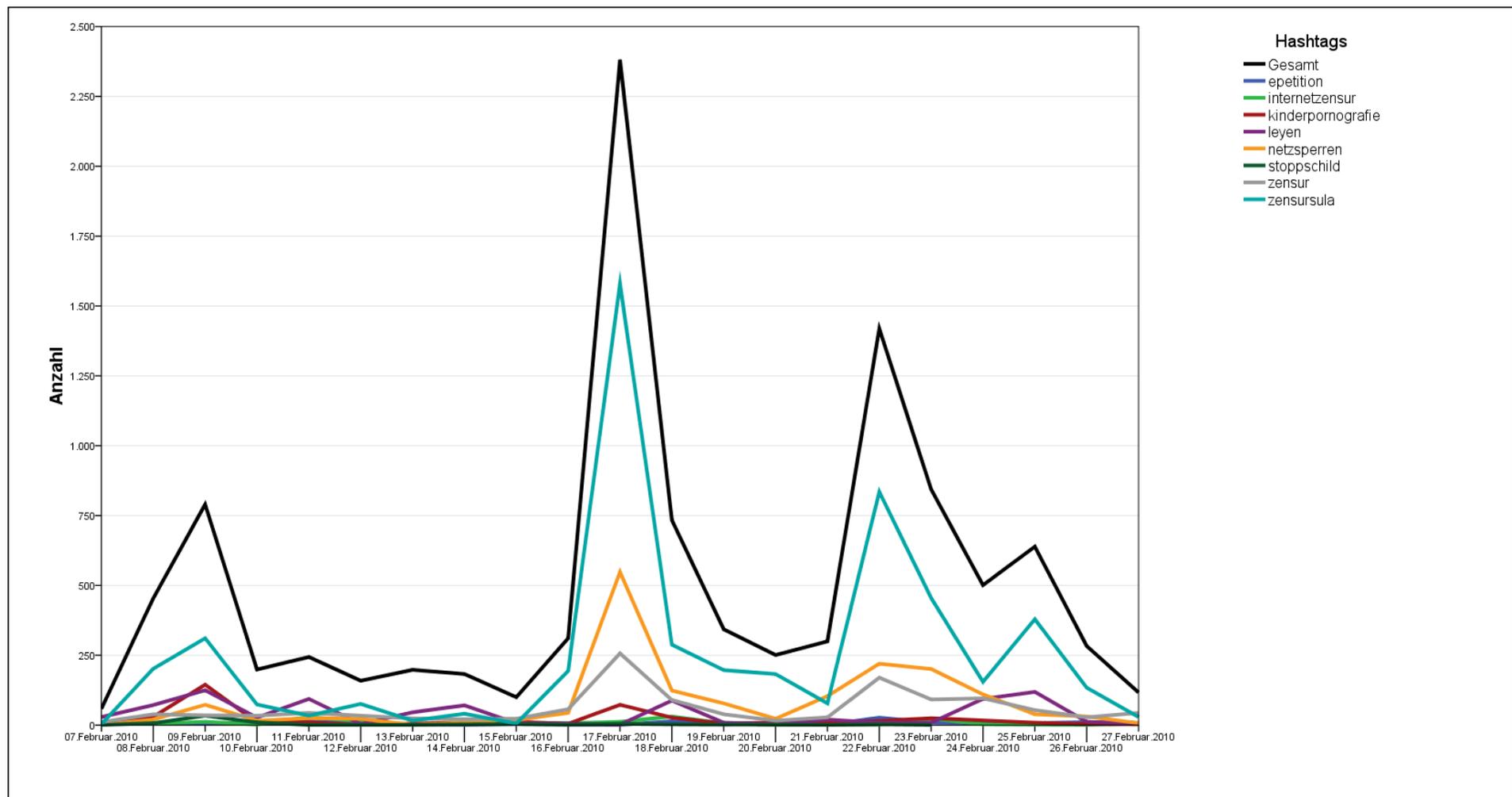
Constanze Kurz, 19.03.2010: Farce 2.0: Das Netz ist kein Babysitter. In: faz.net.

²⁷⁸

Cecilia Malmström, 29.03.2010: „Dunkle Ecken des Internets aufräumen“. In: faz.net.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

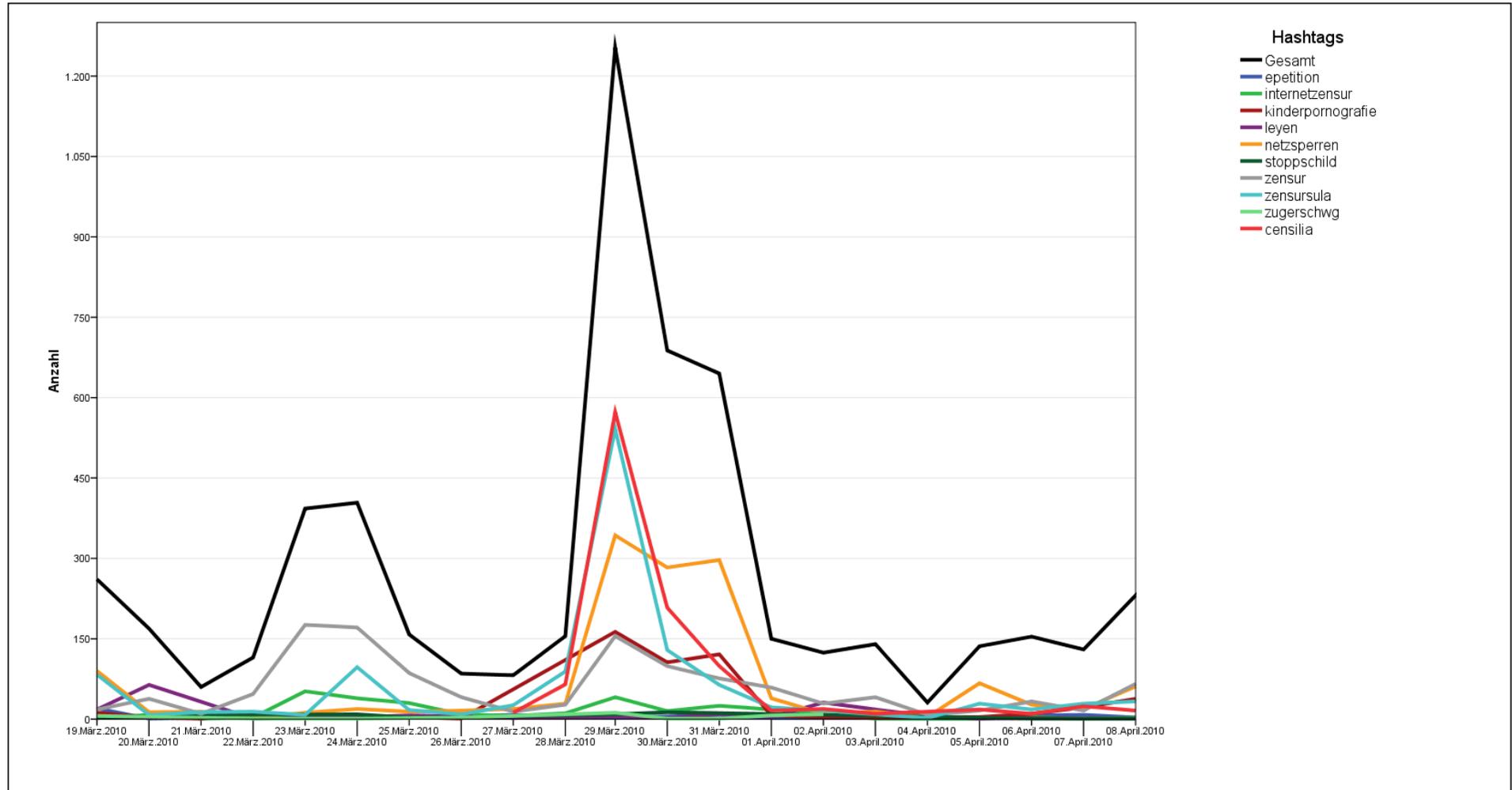
Abbildung 15: Peak 6 – Unterzeichnung, Anhörung und Nichtanwendungserlass



Quelle: eigene Darstellung, Mehrere Hashtags in einem Tweet möglich

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Abbildung 16: Peak 7 – Netzsperrungen auf europäischer Ebene



Quelle: eigene Darstellung, Mehrere Hashtags in einem Tweet möglich

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Wie sehr sich die Diskussion mittels des #zensursula-Hashtags von dem Zugangerschwerungsgesetz entfernt hat, verdeutlicht Peak 8. Nach dem Rücktritt Horst Köhlers als Bundespräsident wurde auch Ursula von der Leyen zeitweilig als Kandidatin für das höchste Amt der Bundesrepublik gehandelt.²⁷⁹ Auf Twitter wurden die Gerüchte kontrovers diskutiert (vgl. Abbildung 17). Früher kursierte der Hashtag #notmypresident, „ein Verweis auf die Proteste gegen den früheren US-Präsidenten George W. Bush“.²⁸⁰ Die Abneigung gegen Ursula von der Leyen war zu diesem Zeitpunkt bereits so stark, dass dieser achte Peak mit 5052 Tweets den höchsten Peak des gesamten Untersuchungszeitraumes darstellt. Auch die Gesetzesinitiative zur Aufhebung des ZugErschwG durch die Bundesregierung im April 2011 (Peak 9) wird auf Twitter stark mit dem persönlichen Scheitern von Ursula von der Leyen verbunden: Nur am Tag des Peaks mit 1148 Tweets wird noch einmal auf den #zensursula-Hashtag zurückgegriffen (vgl. Abbildung 18).

²⁷⁹

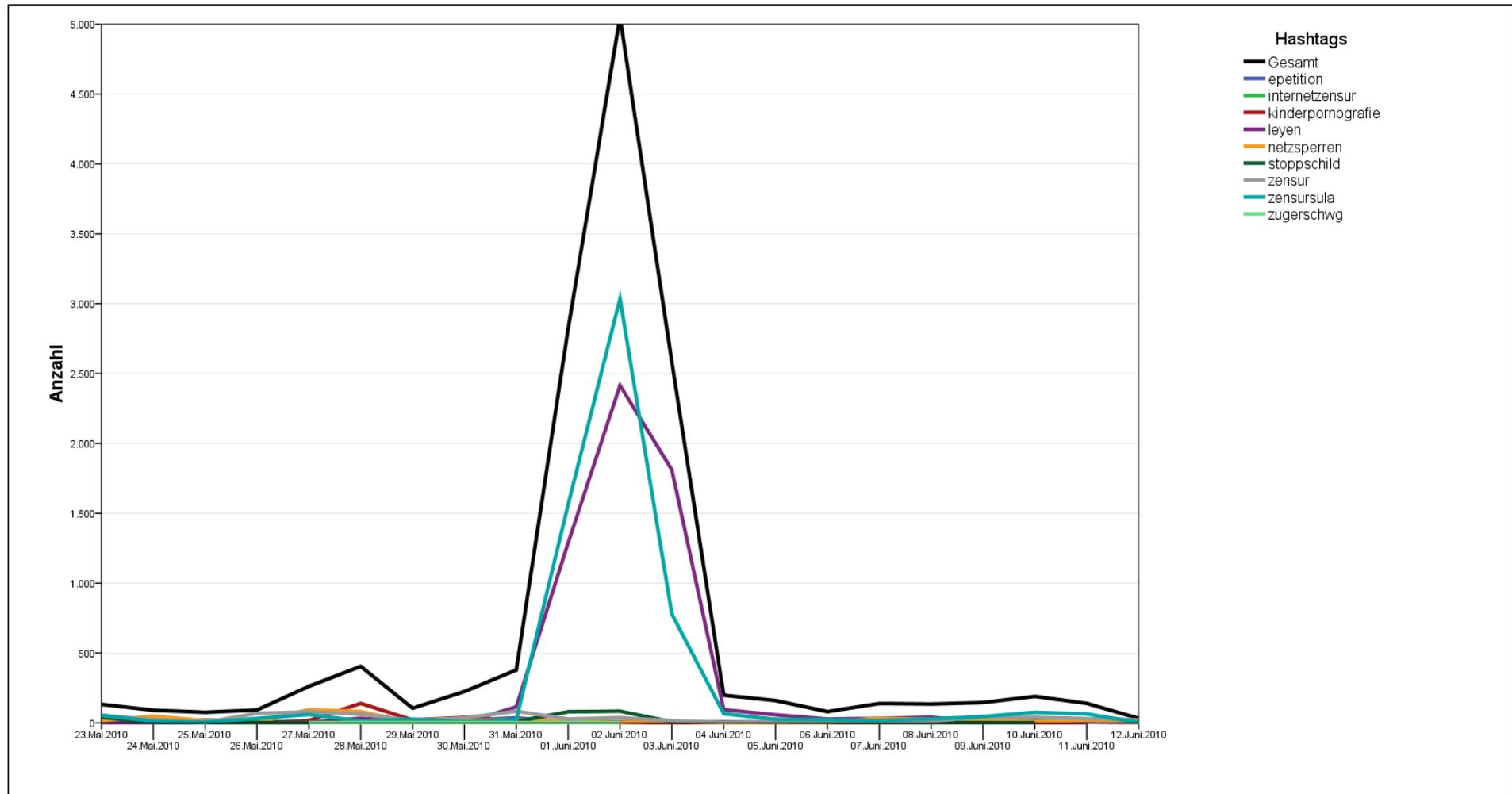
Monika Dunkel, 03.06.2010: Nicht alle lieben von der Leyen. In: ftd.de.

²⁸⁰

Wiedemann, Johannes, 03.06.2010: Internet-User schimpfen wieder auf "Zensursula". In: welt.de.

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

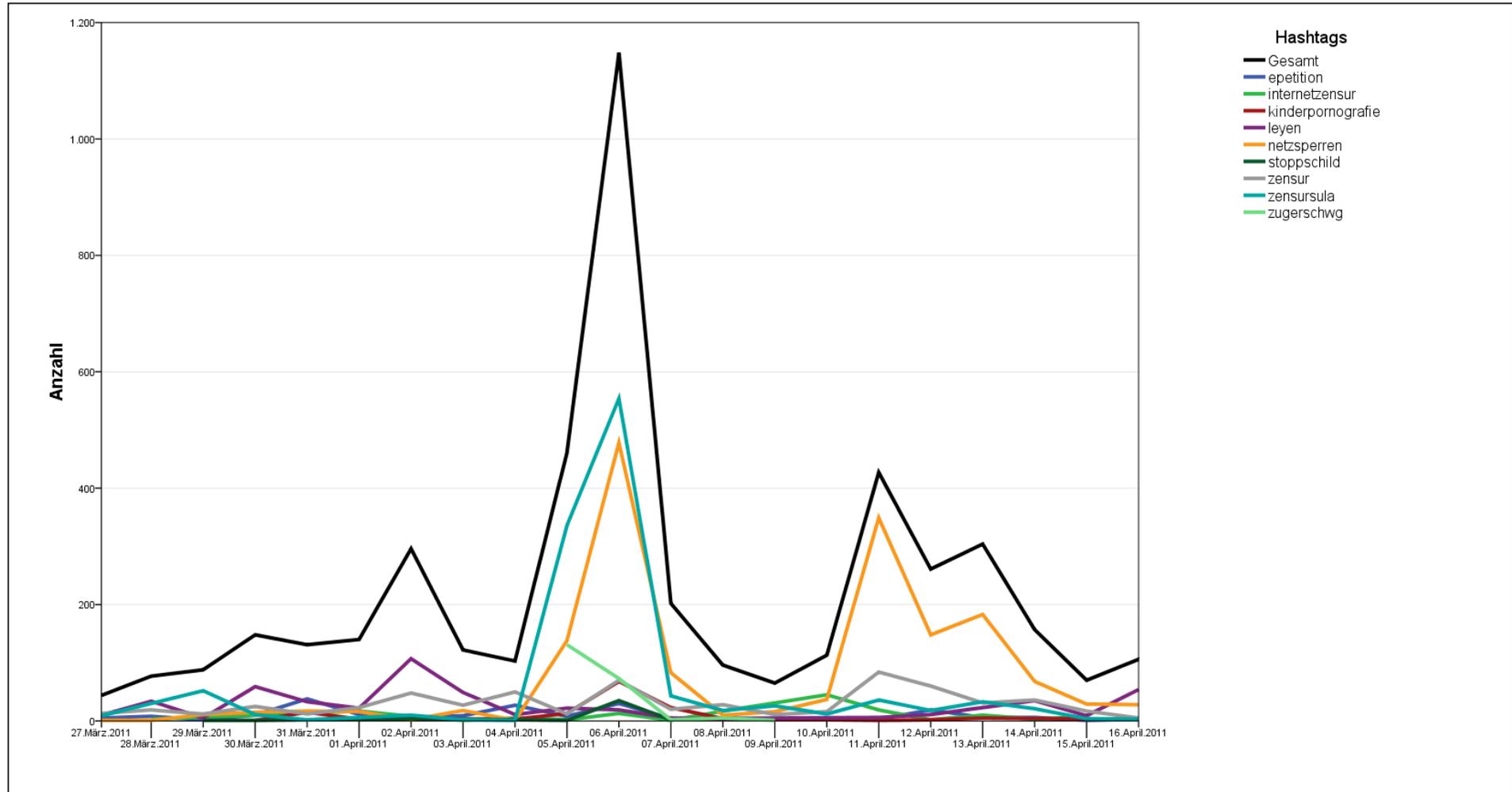
Abbildung 17: Peak 8 – Kandidatensuche Bundespräsidentenwahl



Quelle: eigene Darstellung, Mehrere Hashtags in einem Tweet möglich

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Abbildung 18: Peak 9 – Aufhebungsgesetz



Quelle: eigene Darstellung, Mehrere Hashtags in einem Tweet möglich

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

7.2. Bewertung der Ergebnisse

Inwieweit die Kritik der Netzöffentlichkeit unmittelbar die Kommunikation Ursula von der Leyens – im Sinne eines (gezielten) *blame avoiding* – beeinflusst, lässt sich nur bedingt kausal empirisch nachweisen. Dies gilt auch für die übergeordnete Frage, inwieweit über soziale Netzwerke entstehende Empörungswellen Relevanz für die Kommunikation und das Handeln politischer Akteure haben.

Für die ersten drei Peaks lässt sich ein Korrespondenz-Verhältnis zwischen der negativen Verantwortungsattribution auf Twitter und dem politischen Handeln Ursula von der Leyens bejahen. Jeder dieser Peaks stellt *blame* im Sinne eines wahrgenommenen Schadens (Zensur) bei gleichzeitiger Zuschreibung der Verantwortung auf Ursula von der Leyen dar. In Stellungnahmen, Interviews und Veröffentlichungen durch das Ministerium kann als Reaktion auf den durch die Medien in die breite Öffentlichkeit transportierten *blame* insbesondere die *Issue-Redefining strategy* identifiziert werden. Aber auch Maßnahmen zur Ablenkung von *blame*, insbesondere die „*Find a scapegoat*“-strategy (SPD), verwirklichten sich in korrespondierenden Handlungen. Das Zugeständnis zur Errichtung eines unabhängigen Datenschutzgremiums – obwohl nicht einmal vom obersten Datenschützer des Landes gewollt – ist der *throw good money after bad-blame avoiding strategy* zuzuordnen. Eine wichtige Vermittlerrolle kommt dabei den Massenmedien zu. Sie transportieren sowohl wichtige Meilensteine des Protests nach außen, dienen aber auch als primäre Informationsquelle für Nachrichten aus dem Politikbetrieb. Schafft es der Online-Proteststurm sein Potenzial in die „reale“ Welt zu verlagern hat er dabei größere Chancen Gehör bei Politik und Medien zu finden. So ist die E-Petition die Manifestation des online generierten *blame* im parlamentarischen Raum. Bereits in Peak 4 erschöpft sich weitestgehend die Berichterstattung und eine Reaktion von Ursula von der Leyen ist nicht beobachtbar. Darüber hinaus ändern sich Ende 2009 die Zuständigkeiten der Ressorts in der Bundesregierung und Ursula von der Leyen wird neue Arbeitsministerin. Dies entzieht sie dem Verantwortungsbereich des Gesetzes, auch wenn dieser ursprünglich federführend beim Wirtschaftsministerium lag. Aber die Initiation und Forcierung des Gesetzgebungsprozesses lag ohne Zweifel in ihren Händen. Die Debatte um das ZugErschwG war daher trotz der fehlenden Zuständigkeit immer noch fixiert auf die Person Ursula von der Leyen und das die symbolische

7. Analyse der erhobenen Daten in Bezug auf identifizierte Peaks

Überhöhung „Zensursula“. Im Rahmen dieser Arbeit konnten keine weiteren Reaktionen Ursula von der Leyens ab dem fünften Peak identifiziert werden.

Für die Anwendbarkeit des *blame avoidance*-Konzeptes ergibt sich daher ein ambivalentes Bild. Sind die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt, kann *blame avoidance* als eine mögliche Erklärung für politische Reaktionen auf eine extrem hohe und negative Verantwortungsattribution in sozialen Netzwerken herangezogen werden. Notwendig dafür ist vor allem eine klare Verantwortlichkeit des politischen Akteurs als auch die Wahrnehmung dieser Verantwortlichkeit nach außen. Zudem ist die Rolle der Massenmedien in der Diskussion und Bewertung der Politik und des Protests nicht zu unterschätzen. Schafft es der Proteststurm zudem den online generierten *blame* in die „reale“ Welt zu tragen, erhöhen sich die Chancen, dass er Gehör findet. Für zukünftige Analysen ist sicherlich interessant, wie sich die Rolle der Medien verändert, wenn politische Akteure selbst aktiv in sozialen Netzwerken unterwegs sind.

8. Fazit

Soziale Netzwerke haben in den letzten zehn Jahren eine enorme Entwicklung wiederfahren und sich längst als ein ernstzunehmender gesellschaftlicher Kommunikationskanal etabliert²⁸¹. Mit dem Wandel des Internets zu einem Mitmachmedium, in dem nutzergenerierte Inhalte in Blogs oder sozialen Netzwerken nach und nach mit massenmedialen Inhalten konkurrieren können, mussten sich auch politische Akteure auf Veränderungen hinsichtlich Responsivität und Mobilisierungspotenzial von online agierenden Akteuren oder Akteursgruppen einstellen. Insbesondere in kritischen politischen Situationen können Proteststürme in sozialen Netzwerken eine enorme Wirkung entfachen.

Die vorliegende Arbeit untersuchte den öffentlichen Diskurs über das Zugangerschwerungsgesetz mit einer Analyse über die Wechselwirkung zwischen negativer Verantwortungsattribution und politischen Reaktionen am Beispiel der „Zensursula“-Kampagne im sozialen Netzwerk Twitter in den Jahren 2008 bis 2011.

Die zentrale Fragestellung lautete: Inwieweit ist das *blame avoidance*-Konzept in Zeiten einer rasant wachsenden Bedeutung von sozialen Netzwerken im Zusammenhang von negativer Verantwortungsattribution und politischem Handeln anwendbar? Für die Analyse sollten kommunikative Reaktionen oder politische Maßnahmen von Ursula von der Leyen sowie von dem von ihr geführten Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend identifiziert werden, die unmittelbar vor oder nach einzelnen Höhepunkten der „Zensursula“-Kampagne auftraten.

Zunächst erfolgte eine systematische Erläuterung und Einordnung sozialer Netzwerke im politischen Raum. Soziale Netzwerke sind „internetbasierte Plattformen, auf denen sich registrierte User in Form persönlicher Profildaten darstellen und durch Verknüpfung zu anderen Usern ihr persönliches Netzwerk nach und nach aufbauen und abbilden können“.²⁸² Sie unterstützen ihre Nutzer in seiner Darstellung nach außen (Identitätsmanagement), dem Herstellen sozialer Kontakte

²⁸¹ Vgl. Jungherr, Andreas, 2009: a.a.O., hier 111.

²⁸² Ewig, Caterina, 2011: a.a.O., hier 289.

8. Fazit

(Beziehungsmanagement) und dem Austausch privater und öffentlicher Informationen (Informationsmanagement). Der Nutzer erstellt sich damit eine eigene persönliche Öffentlichkeit, die geteilte Informationen besonders aufmerksam verfolgt. Das in dieser Arbeit untersuchte soziale Netzwerk Twitter legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Veröffentlichung kurzer Botschaften mit maximal 140 Zeichen, sogenannter Tweets. Auch als Micro-Bloggingdienst beschrieben, basiert das Beziehungsnetzwerk – in der Twitter-Semantik *Friends* und *Follower* – auf keinem zweiseitigem Bestätigungszwang, prinzipiell kann jeder mit jedem verbunden sein. Für die Mobilisierungskraft entscheidend sind vornehmlich zwei Faktoren: Zum einen besteht die Möglichkeit, auf das soziale Netzwerk Twitter über Drittanwender-Anwendungen oder das eigene Handy zuzugreifen, zum anderen erlauben spezielle Funktionen die schnelle Weiterleitung von Nachrichten (Retweet – RT) aus dem Beziehungsnetzwerk. Sein Mobilisierungspotenzial hat Twitter bereits im „arabischen Frühling“ beweisen können, aber auch hierzulande haben diverse Kampagnen Maßstäbe für die Protestkommunikation im politischen Raum gesetzt. Die Zensursula-Kampagne gilt beispielsweise als Maßstab „für die digitale Kampagnenführung“²⁸³ von besonders gut vernetzten Akteuren außerhalb der etablierten Parteien.

Politische Proteste oder vielmehr *blame*, also die „Zurechnung von schlechten oder falschen Handlungen zu einer Person oder einem Gebilde“²⁸⁴ sind dem *blame avoidance*-Konzept zufolge Erscheinungen, die politische Akteure nach Möglichkeit aktiv verhindern wollen. Die Vermeidung von *blame* ist für politische Akteure wichtiger als das Feiern lassen für populäre Maßnahmen oder Erfolge. Grundlage für diese Annahme ist der *negativity bias*, der psychologische Effekt, dass Menschen negativen Informationen mehr Gewicht geben als gleichwertigen positiven Informationen. Die öffentliche Meinung ist entscheidend für die politische Sprengkraft von *blame*. Je mehr Menschen einer Person oder einer Institution (Verfassungsorgan, Partei, Gesetz, etc.) die Schuld an schlechten oder falschen Entscheidungen zuweisen, desto stärker ist diese ausgeprägt bzw. wird entsprechend als solche wahrgenommen. Gradmesser des öffentlichen *blame* ist die Vermittlung und Zuschreibung von Verantwortung für fehlerhaftes Verhalten durch

²⁸³ Bieber, Christoph, 2010: a.a.O., hier 54.

²⁸⁴ Eigene Übersetzung aus: Hood, Christopher 2011: a.a.O., hier 64.

8. Fazit

die Massenmedien. Je wichtiger und mächtiger Politiker sind, desto größer ist die massenmediale Aufmerksamkeit und desto wahrscheinlicher und mit hoher Intensität werden Fehlritte mit *blame* geahndet.

Das Zugangerschwerungsgesetz gilt in den Augen ihrer Kritiker als Misserfolg von Ursula von der Leyen. Mit dem eigentlich konsensfähigen Ziel der Bekämpfung kinderpornographischer Inhalte im Internet wurde eine Gesetzesinitiative gestartet, die entsprechende Inhalte für Internetnutzer blockieren soll. Die dafür nötige Infrastruktur wurde jedoch sogleich als Einstieg in die staatliche Zensur angesehen. Insbesondere Befürchtungen, die Sperren auf andere, weniger eindeutig vom Volk geächtete Inhalte könnten die viel postulierte Freiheit des Internets gefährden. Das Gesetz wurde mit großer Expertenkritik und vor dem Hintergrund der bisher erfolgreichsten online beim Bundestag eingereichten Petition zunächst im Bundestag verabschiedet, nach Inkrafttreten mit einem Nichtanwendungserlass faktisch unwirksam gemacht und im darauffolgenden Jahr mit einem weiteren Gesetz wieder aufgehoben.

Insbesondere Twitter-Nutzer haben sich massiv gegen das Gesetz gewehrt und mit Mobilisierungsaufrufen sowohl die Petition unterstützt, als auch den Protest mit Demonstrationen, Flugblättern, Plakaten und Protest-Faxen in die „reale“ Welt gehoben. Zur genaueren Einordnung des Protestes und dessen verschiedenen Phasen wurde auf das Phasenmodell moderner Online-Kampagnen von Bieber zurückgegriffen und mit Daten aus der späteren Untersuchung ergänzt.

Für die Frage der Anwendbarkeit des *blame avoidance*-Konzepts im Zusammenhang von negativer Verantwortungsattribution und politischem Handeln in Zeiten einer rasant wachsenden Bedeutung von sozialen Netzwerken wurde das soziale Netzwerk Twitter im Zeitraum vom 01. August 2008 bis zum 31. Dezember 2011 nach gehäuftem Vorkommen von Nachrichten durchsucht und auf Reaktionen von Ursula von der Leyen analysiert. Der Untersuchung lagen 220.223 Twitter-Nachrichten von 50.011 verschiedenen Nutzern zugrunde.

Für die ersten drei Peaks ließ sich ein Korrespondenz-Verhältnis zwischen der negativen Verantwortungsattribution auf Twitter und dem politischen Handeln Ursula

8. Fazit

von der Leyens weitestgehend bejahen. Das *blame avoidance*-Konzept scheint eine mögliche Erklärung für die Reaktion von Politik auf Proteststürme im Internet.

Jeder der dargestellten Peaks stellte *blame* im Sinne eines wahrgenommenen Schadens (Zensur) bei gleichzeitiger Zuschreibung der Verantwortung auf Ursula von der Leyen dar. Identifiziert wurden drei verschiedene *blame avoiding strategies*: „*Issue-Redefining*“, „*Find a scapegoat*“ und „*throw good money after bad*“. Entscheidend für die Umwandlung des blame auf Twitter in öffentlichen blame sind entweder die Massenmedien oder die Manifestation des online generierten *blame* im parlamentarischen Raum durch erfolgreiche E-Petitionen.

In nicht allen Peaks waren Reaktionen von Ursula von der Leyen identifizierbar, was unter anderem an den geänderten Ressortzuständigkeiten Ende 2009 in der Bundesregierung liegen könnte. Ursula von der Leyen wurde neue Arbeitsministerin. Dies entzog sie dem Verantwortungsbereich des Gesetzes, auch wenn dieser ursprünglich federführend beim Wirtschaftsministerium lag. Die Debatte um das ZugErschwG war jedoch immer noch fixiert auf die Person Ursula von der Leyen und die symbolische Überhöhung „Zensursula“.

Für die Anwendbarkeit des *blame avoidance*-Konzeptes ergibt sich daher ein ambivalentes Bild. Sind die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt, kann *blame avoidance* als eine mögliche Erklärung für politische Reaktionen auf eine extrem hohe und negative Verantwortungsattribution in sozialen Netzwerken herangezogen werden. Notwendig dafür ist vor allem eine klare Verantwortlichkeit des politischen Akteurs als auch die Wahrnehmung dieser Verantwortlichkeit nach außen. Zudem ist die Rolle der Massenmedien in der Diskussion und Bewertung der Politik und des Protests nicht zu unterschätzen. Für zukünftige Analysen ist sicherlich interessant, wie sich die Rolle der Medien verändert, wenn politische Akteure selbst aktiv in sozialen Netzwerken unterwegs sind, so zum Beispiel bei Ursula von der Leyens Nachfolgerin, Kristina Schröder.

9. Literaturverzeichnis

9. Literaturverzeichnis

- Alpar, Paul/Blaschke, Steffen, 2008: Web 2.0 - eine empirische Bestandsaufnahme. Wiesbaden.
- Anastasiadis, Mario/Thimm, Caja, 2011: Social Media - Wandelprozesse sozialer Kommunikation. In: Anastasiadis, Mario/Thimm, Caja (Hrsg.): Social Media: Theorie und Praxis digitaler Sozialität. Frankfurt am Main/New York: 9-18.
- Bieber, Christoph, 2010: politik digital. Online zum Wähler. Salzhemmendorf.
- Bieber, Christoph, 2011: NoBailout und #Zensursula. Online-Kampagnen in der Referendumsdemokratie. In: Kamps, Klaus et al. (Hrsg.): Politische Kampagnen in der Referendumsdemokratie. Wiesbaden (im Erscheinen).
- Birkland, Thomas, 2007: Agenda Setting in Public Policy. In: Fischer, Frank/Miller, Gerald/Sidney, Mara S. (Hrsg.): Handbook of Public Policy Analysis. Theories, Politics and Methods: London/New York: 63-78.
- Bruns, Axel, 2009: Produktion: Von medialer zu politischer Partizipation. In: Bieber, Christoph/Eifert, Martin/Groß, Thomas/Lamla, Jörn (Hrsg.): Soziale Netze in der digitalen Welt: Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main: 65-86.
- Boyd, Danah/Ellison, Nicole B., 2007: Social network sites: Definition, history, and scholarship. In: Journal of Computer-Mediated Communication 13(1): 210-230.
- BKA, 27.08.2008: Aktuelle Entwicklungen zu Schwere und Organisierter Kriminalität. In: bka.de [URL: http://www.bka.de/nn_232864/SharedDocs/Downloads/DE/Presse/Pressearchive/Presse__2008/pm080827__presseinformation__ok,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/pm080827__presseinformation__ok.pdf] Stand: 07.08.2012.
- BMFSJ, 26.11.2008: Ursula von der Leyen: "Wir müssen den Kampf auf allen Ebenen führen - Zugangssperren im Internet sind ein scharfes Schwert". In: bmfsfj.de [URL: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-legislatur,did=116112.html>]. Stand: 07.08.2012.
- BMFSJ, 15.01.2009: Bundesfamilienministerin von der Leyen will Zugang zu Kinderpornoseiten im Internet sperren lassen. In: bmfsfj.de [URL: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/aktuelles,did=119218.html>]. Stand: 07.08.2012.
- BMFSJ, 17.04.2009: Von der Leyen: "Kinderschutz muss auch im Internet gelten". In: bmfsfj.de [URL: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/pressemitteilungen,did=121758.html>]. Stand: 07.08.2012.
- BMFSJ, 25.03.2009: Bundeskabinett beschließt Eckpunkte zur Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet. In: bmfsfj.de [URL: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/aktuelles,did=121222.html>]. Stand: 07.08.2012.
- BMFSJ, 17.04.2009: Bund schließt Vertrag mit Providern zur Sperrung von Kinderpornografie-Seiten im Internet. In: bmfsfj.de [URL: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=121760.html>]. Stand: 07.08.2012.
- BMFSFJ, 17.06.2009: Ursula von der Leyen: "Internet-Community steht für ein Internet mit Freiheit und Verantwortung". In: bmfsfj.de [URL: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/pressemitteilungen,did=126054.html>]. Stand: 07.08.2012.
- BReg, 25.03.2011: Regierungspressekonferenz vom 25. März. In: bundesregierung.de [URL: http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-25-regpk.html]. Stand: 07.08.2012.

9. Literaturverzeichnis

- BReg, 16.12.2011: Löschen statt sperren. In: bundesregierung.de [URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/05/2011-05-25-aufhebung-zugangerschwerungsgesetz.html>]. Stand: 07.08.2012.
- BReg, 28.12.2011: Der Regierungssprecher twittert. In: bundesregierung.de [URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/02/2011-02-28-twitter-start-reg-sprecher.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Christensen, Henrik Serup/Bengtsson, Åsa, 2011: The political competence of internet participants. In: Information, Communication & Society 14(6): 896-916.
- Comminos, Alex, 2011: Twitter revolutions and cyber crackdowns. User-generated content and social networking in the Arab spring and beyond. Association for Progressive Communications (APC).
- Czada, Roland, 2008: Irrwege und Umwege in die neue Wohlfahrtswelt. In: Heinze, Rolf/Evers, Adalbert (Hrsg.): Sozialpolitik Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden: 186-207.
- Dang-Anh, Mark/Einspänner, Jessica/Thimm, Caja, 2012: Mediatisierung und Medialität in Social Media: Das Diskurssystem „Twitter“. In: Marx, Konstanze/Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Sprache und Kommunikation im technischen Zeitalter. Wieviel Technik (v)erträgt unsere Gesellschaft?. Berlin. (im Erscheinen)
- Dann, Stephen, 2010: Twitter content classification. In: First Monday 15(12) [URL: <http://firstmonday.org/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/2745/2681>].
- Desens, Marc, 2011: Bindung der Finanzverwaltung an die Rechtssprechung. Tübingen.
- Ewig, Caterina, 2011: Identität und Soziale Netzwerke – StudiVZ und Facebook. In: Anastasiadis, Mario/Thimm, Caja (Hrsg.): Social Media: Theorie und Praxis digitaler Sozialität. Frankfurt am Main/New York: 287-322.
- Federrath, Hannes, 12.02.2009: Fragenkatalog. Öffentliches Expertengespräch des Unterausschusses Neue Medien des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zu den rechtlichen und technischen Möglichkeiten und Grenzen von Sperrungsverfügungen kinderpornographischer Inhalte im Internet. In: sec.uni-regensburg.de [URL: <http://www-sec.uni-regensburg.de/publ/2009/2009-02-12Federrath-Bundestag-UA-Neue-Medien.pdf>]. Stand: 07.08.2012.
- Gallagher, Michael/Laver, Michael/Mair, Peter, 2011: Representative government in modern Europe. London.
- Gerhards, Jürgen/Offerhaus, Anke/Roose, Jochen, 2009: Wer ist verantwortlich? Die Europäische Union, ihre Nationalstaaten und die massenmediale Attribution von Verantwortung für Erfolge und Misserfolge. In: Pfetsch, Barbara/Marcinkowski, Frank (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie. Wiesbaden: 529-558.
- Green-Pedersen, Christoffer, 2002: The Politics of Justification. Party Competition and Welfare-State Retrenchment in Denmark and the Netherlands from 1982 to 1998^[99]. Amsterdam.
- Hood, Christopher, 2002: The Risk Game and the Blame Game. In: Government and Opposition 37(1): 15-37.
- Hood, Christopher, 2007: What happens when transparency meets blame-avoidance? In: Public Management Review 9(2): 191-210.
- Hood, Christopher, 2009: Risk management and blame-avoidance: a political science perspective. Paper for conference "Managing the social impacts of change from a risk perspective" 15.-17.04.2009.
- Hood, Christopher, 2010: The blame game: spin, bureaucracy, and self-preservation in government. New Jersey.

9. Literaturverzeichnis

Hood, Christopher/Jennings, Will/Copeland, Paul, xxxx: Reactivity, Staged Retreat and Efficacy in Blame Avoidance: a Comparative Analysis of Political Scandals. xxxx

Hood, Christopher, 2011: Risk and government: the architectonics of blame-avoidance. In: Skins, Layla/Scott, Michael/Cox, Tony (Hrsg.): Risk. New York: 62-84.

Jungherr, Andreas, 2009: Twitternde Politiker: Zwischen buntem Rauschen und Bürgernähe 2.0. In: Bieber, Christoph/Eifert, Martin/Groß, Thomas/Lamla, Jörn (Hrsg.): Soziale Netze in der digitalen Welt: Das Internet zwischen egalitärer Beteiligung und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main: 99-127.

Jungherr, Andreas/Jürgens, Pascal/Schoen, Harald, 2011: Small Worlds with a Difference: New Gatekeepers and the Filtering of Political Information on Twitter. In: Proceedings of the ACM WebSci'11, 14.-17. Juni 2011, Koblenz.

Kunert, Jessica/Schmidt, Jan (2011): Hub, Fine-Tuner oder Business as Usual? Social Network Sites und die Bundestagswahl 2009. In: Schweitzer, Eva Johanna /Albrecht, Steffen (Hrsg.): Das Internet im Wahlkampf. Analysen zur Bundestagswahl 2009. Wiesbaden: 226-243.

Kwak, Haewoon/Lee, Changhyun/Park, Hosung/Moon, Sue, 2010: What is Twitter, a Social Network or a News Media? In: <http://an.kaist.ac.kr> [URL: <http://an.kaist.ac.kr/~haewoon/papers/2010-www-twitter.pdf>]. Stand: 07.08.2012.

Lau, Richard R., 1985: Two explanations for negativity effects in political behaviour. In: American Journal of Political Science 29(1): 119-138.

Lazer, David/Pentland, Alex/Adamic, Lada et al., 2009: Computational Social Science. In: Science 323: 721-723.

Mascheroni, Giovanna, 2012: New Forms of Civic and Political Engagement or Just New Opportunities for Networked Individualism. In: Loader, Brian D./Mercea, Dan (Hrsg.): Social Media and Democracy. London: 207-223.

Meister, Andre, 2011: Zugängerschwerungsgesetz. Eine Policy-Analyse zum Access-Blocking in Deutschland. Berlin. CC-BY-SA 3.0

Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare, 1999: Political parties and hard choices. In: Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (Hrsg.): Policy, office, or votes? How political parties in Western Europe make hard decisions. Cambridge: 1-35.

Nelson, Moira/Giger, Nathalie, 2011: The electoral consequences of welfare state retrenchment: Blame avoidance or credit claiming in the era of permanent austerity? In: European Journal of Political Research 50(1): 1-23.

Pariser, Eli, 2010: The filter bubble : what the Internet is hiding from you. New York.

Pearanalytics, 2009: Twitter Study – August 2009. In: www.kommunikation-kmb.de [<http://www.kommunikation-kmb.de/docs/Twitter-Study-August-2009.pdf>]. Stand: 07.08.2012.

Pierson, Paul, 1995: The new politics of the welfare state. ZeS-Arbeitspapiere 3/95.

Piratenpartei Deutschland, 2011: Bundessatzung. In: [bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de) [URL: http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/Piratenpartei_Deutschland.pdf]. Stand: 07.08.2012.

Qualman, Erik, 2009: Socialnomics: how social media transforms the way we live and do business. New Jersey.

Schmidt, Jan, 2006: Social Software. Onlinegestütztes Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2/2006: 37-47.

9. Literaturverzeichnis

Schmidt, Jan, 2009: Social Software. Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0. Konstanz.

Schmidt, Jan/Frees, Beate/Fisch, Martin, 2009: Themenscan im Web 2.0. In: Media Perspektiven 2/2009: 50-59.

Schnabel, Christoph, 2011: Die Nichtanwendung des Zugangerschwerungsgesetzes - Ein "juristisch interessantes Konstrukt" oder ein gezielter Verfassungsverstoß?. In: Kommunikation und Recht 1/2011: 175-177.

Shirky, Clay, 2011: The Political Power of Social Media. In: Foreign Affairs 1/2011.

Small, Tamara A., 2011: What the Hashtag? A Content Analysis of Canadian Politics on Twitter. In: Information, Communication and Society. 14(6): 872-895.

Sulitzeanu-Kenan, Raanan/Hood, Christopher, 2005: Blame avoidance with adjectives. Motivation, opportunity, activity, outcome. Paper for ECPR Joint Sessions, Blame Avoidance and Blame Management Workshop 14.-20.04.2005.

Tils, Ralf/Raschke, Joachim, 2007: Politische Strategie: Eine Grundlegung. Wiesbaden.

UNICEF, 25.11.2008: Schweigen heißt hinnehmen. In: unicef.de [URL: <http://www.unicef.de/presse/pm/2008/weltkongress/>]. Stand: 07.08.2012.

Voigt, Hans Christian/Kreiml, Thomas, 2011: #unibrennt und die Pressearbeit 2.0. Neue Technologien in der Praxis einer zivilgesellschaftlichen Bewegung. In: Voigt, Hans Christian/Kreiml (Hrsg.): Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0. Wien: 47-55.

Wenzelburger, Georg, 2010: Haushaltskonsolidierungen und Reformprozesse. Determinanten, Konsolidierungsprofile und Reformstrategien in der Analyse. Münster.

Weaver, R. Kent, 1986: The politics of blame avoidance. In: Journal of Public Policy 6(4): 371-398.

Zhao, Dejin/Rosson, Mary Beth, 2009: How and why people Twitter: the role that micro-blogging plays in informal communication at work. Proceedings of the ACM 2009 international conference on Supporting group work.

Zohlnhöfer, Reimut, 2007: The politics of budget consolidation in Britain and Germany. The impact of blame avoidance opportunities. In: West European Politics 30: 1120-1138.

Zeitungsartikel

Beuth, Patrick, 19.05.2009: Webseite der Kinderhilfe gekapert. Organisation veröffentlicht Umfrage zu Kinderpornografie im Netz / Opfer fühlen sich instrumentalisiert. In: Frankfurter Rundschau.

Moorstedt, Tobias, 11.05.2009: Bloggerin contra Ministerin Petition gegen Internetzensur macht Politiker "betroffen". In: Süddeutsche Zeitung.

Ohne Verfasser, 28.08.2008: Kinderpornos: BKA fordert Sperrung von Internetseiten. Die Welt.

Ohne Verfasser, Gesetz gegen Kinderpornographie tritt nicht zum 1. August in Kraft, FAZ, 31.07.2009

Prantl, Heribert, Guttenberg stoppt Gesetz, Süddeutsche Zeitung, 05.08.2009

Tomik, Stefan, 02.07.2009: Das Internet im Herzen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Online-Presseartikel

Al-Atraqchi, Firas, 09.02.2011: Die 140-Zeichen-Stimme des Volkes. In: <http://theeuropean.de> [URL: <http://theeuropean.de/firas-al-atraqchi/5657-revolutionskatalysator-twitter>]. Stand: 07.08.2012.

9. Literaturverzeichnis

- von Altenbockum, Jasper, 05.07.2012: Harte Bretter. Sieg der Meute. In: faz.net [URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/harte-bretter-sieg-der-meute-11810096.html>]. Stand: 08.08.2012.
- Barenhoff, Markus, 08.02.2010: Zensursula reloaded - der neue JMStV. In: alios.org [URL: <http://www.alios.org/blog/2010/02/zensursula-reloaded-der-neue-jmstv/>]. Stand: 07.08.2012.
- Bäcker, Stephan, 25.07.2012: Twitter arbeitet an Archiv- und Exportfunktion. In: heise.de [URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Twitter-arbeitet-an-Archiv-und-Exportfunktion-1651385.html>]. Stand: 04.08.2012.
- Beckedahl, Markus, 08.05.2009: Online-Petition in der Tagesschau. In: <http://netzpolitik.org> [URL: <http://netzpolitik.org/2009/online-petition-in-der-tagesschau/>]. Stand: 06.08.2012.
- Beckedahl, Markus, 24.05.2009: 72 Stunden Countdown für Zensursula-ePetition. In: netzpolitik.org [URL: <http://netzpolitik.org/2009/72-stunden-countdown-fuer-zensursula-epetition/>]. Stand: 04.08.2012.
- Beckedahl, Markus, 10.10.2009: Schäuble gibt Populismus und Handwerksfehler bei Zensursula zu. In: netzpolitik.org [URL: <http://netzpolitik.org/2009/schaeuble-gibt-populismus-und-handwerksfehler-bei-zensursula-zu/>]. Stand: 07.08.2012.
- Bennett, Shea, 07.02.2011: Was This Twitter's Very First Retweet? In: mediabistro.com [URL: http://www.mediabistro.com/alltwitter/first-retweet_b6032]. Stand: 07.08.2012.
- Bennett, Shea, 23.02.2012: Just how big is twitter in 2012? In: mediabistro.com [URL: http://www.mediabistro.com/alltwitter/twitter-statistics-2012_b18914]. Stand: 07.08.2012.
- Beuth, Patrick, 22.04.2009: 22. April 2009 Kinderpornografie. Internet-Sperre schränkt Grundrechte ein. In: fr-online.de [URL: <http://www.fr-online.de/datenschutz/kinderpornografie-internet-sperre-schraenkt-grundrechte-ein,1472644,2753276.html>]. Stand: 08.08.2012.
- Beuth, Patrick, 28.05.2009: Unversöhnlich an der Sperre. In: fr-online.de [URL: <http://www.fr-online.de/datenschutz/analyse-unversoehnlich-an-der-sperre,1472644,2727806.html>]. Stand: 06.08.2012.
- Bewarder, Manuel, 14.02.2012: Der Riss im Netz. Die Bundesregierung hat die Unterzeichnung des Urheberrechtsabkommens Acta ausgesetzt, hält es aber dennoch für sinnvoll. Nun bricht ein Generationenkonflikt los. In: welt.de [URL: http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13867490/Der-Riss-im-Netz.html]. Stand: 08.08.2012.
- Biermann, Kai, 27.05.2009: Mehr als 90 Prozent gegen Sperrungen im Internet. In: zeit.de [URL: <http://www.zeit.de/online/2009/22/netzsperrungen-umfrage>]. Stand: 06.08.2012.
- Biermann, Kai, 13.06.2009: Netzsperrungen. Wie man eine Generation verliert. In: zeit.de [URL: <http://www.zeit.de/online/2009/20/netzsperrungen-kritik-verdrossenheit>]. Stand: 08.08.2012.
- Biermann, Kai, 22.02.2010: Internetsperrungen. Unsinn gebiert Unsinn. In: zeit.de [URL: <http://www.zeit.de/digital/internet/2010-02/netzsperrungen-petition-ausschuss>]. Stand: 08.08.2012.
- Biermann, Kai/Wefing, Heinrich, 05.09.2009: "Ihnen ist egal, was wir denken". In: zeit.de [URL: <http://www.zeit.de/online/2009/26/leyen-heine-netzsperrungen>]. Stand: 07.08.2012.
- BMI/BMJ: Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen. In: <http://blog.odem.org> [URL: <http://blog.odem.org/2010/02/20/Antwort--BMJ-BMI--BPraes--Internetsperrungen.pdf>]. Stand: 05.08.2012.
- BMWi, 22.04.2009: Pressemitteilung. Kabinett beschließt Netzsperrungen gegen Kinderpornos. In: bmiw.de [URL: <http://www.bmiw.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=298564.html>]. Stand: 06.08.2012.

9. Literaturverzeichnis

Boie, Johannes, 18.06.2009: Vermeintliche Zensur im Internet. Das Netz schlägt zurück. In: sueddeutsche.de [URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/vermeintliche-zensur-im-internet-das-netz-schlaegt-zurueck-1.443978>]. Stand: 06.08.2012.

Borste, Stefan, 29.11.2009: Internetsperren: Köhler will vorerst nicht unterzeichnen. In: welt.de [URL: http://www.welt.de/welt_print/politik/article5364659/Internetsperren-Koehler-will-vorerst-nicht-unterzeichnen.html]. Stand: 05.08.2012.

Boyd, Danah, 16.08.2009: Twitter: "pointless babble" or peripheral awareness + social grooming? In: zephoria.org [URL: http://www.zephoria.org/thoughts/archives/2009/08/16/twitter_pointle.html]. Stand: 07.08.2012.

Bunz, Mercedes, 23.11.2009: Twitter's retweet confusion. In: guardian.co.uk [URL: <http://www.guardian.co.uk/media/blog/2009/nov/23/twitter-retweet-confusion>]. Stand: 07.08.2012.

CDU/CSU/FDP, 2009: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. In: cdu.de [URL: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>]. Stand: 06.08.2012.

Dörner, Stephan, 20.05.2010: Forscher lüften das Twitter-Geheimnis. In: handelsblatt.com [URL: <http://www.handelsblatt.com/technologie/it-tk/it-internet/kurznachrichten-forscher-lueften-das-twitter-geheimnis/3440812.html>]. Stand: 07.08.2012.

DPA, 30.11.2009: Bundespräsident Köhler entlässt Jung. In: n24.de [URL: http://www.n24.de/news/newsitem_5625674.html]. Stand: 07.08.2012.

Dunkel, Monika, 03.06.2010: Nicht alle lieben von der Leyen. In: ftd.de [http://www.ftd.de/politik/deutschland/koehler-nachfolge-nicht-alle-lieben-von-der-leyen/50122020.html]. Stand: 07.08.2012.

El-Gawhary, Karim, 2011: Willkommen in der neuen Welt. In: taz.de [URL: <http://www.taz.de/l65025/>]. Stand: 07.08.2012.

Farber, Dan, 06.06.2012: Twitter hits 400 million tweets per day, mostly mobile. In: news.cnet.com [URL: http://news.cnet.com/8301-1023_3-57448388-93/twitter-hits-400-million-tweets-per-day-%20mostly-mobile/]. Stand: 07.08.2012.

Fetscher, Caroline, 19.05.2012: "Mutti" macht das schon. In: tagesspiegel.de [URL: <http://www.tagesspiegel.de/kultur/angela-merkel-mutti-macht-das-schon/6649300.html>]. Stand: 07.08.2012.

Fischer, Sebastian /Marquart, Maria/Medick, Veit, 01.06.2010: Favoritin von der Leyen. Die Vielleicht-Präsidentin. In: spiegel.de [URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/favoritin-von-der-leyen-die-vielleicht-praesidentin-a-698110.html>]. Stand: 07.08.2012.

Freude, Alvar, 27.05.2009: Löschen statt verstecken: Es funktioniert! In ak-zensur.de [URL: <http://ak-zensur.de/2009/05/loeschen-funktioniert.html>]. Stand: 04.08.2012.

Freude, Alvar, 19.02.2012: Anweisung des Innenministeriums ans BKA zu Internet-Sperren. In: <http://blog.odem.org> [URL: <http://blog.odem.org/2010/02/bmi-anweisung.html>]. Stand: 04.08.2012.

Gaugele, Jochen, 02.08.2009: Kampf gegen Schmutz im Internet wird verschärft. In: abendblatt.de [http://www.abendblatt.de/politik/article1120772/Kampf-gegen-Schmutz-im-Internet-wird-verschaerft.html]. Stand: 07.08.2012.

Geuss, Raymond, 03.05.2011: All die menschlichen Selbstverständlichkeiten. In: faz.net [URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/raymond-geuss-kritik-der-politischen-philosophie-all-die-menschlichen-selbstverstaendlichkeiten-1643053.html>]. Stand: 07.08.2012.

9. Literaturverzeichnis

- Grossman, Lev, 17.06.2009: Iran Protests: Twitter, the Medium of the Movement. In: time.com [URL: <http://www.time.com/time/world/article/0,8599,1905125,00.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Haeusler, Johnny, 14.05.2009: Post von Frau von der Leyen (Update). In: spreeblick.com [URL: <http://www.spreeblick.com/2009/05/14/post-von-frau-von-der-leyen/>]. Stand: 08.08.2012.
- Hebel, Christiane, 27.07.2012: Politikbühne Internet. Der Twitterkönig heißt Obama. In: spiegel.de [URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/zwei-drittel-aller-regierungs-und-staatschefs-twittern-a-846817.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Heeg, Thiemo, 26.05.2009: Die Weinkönigin und der Bundes-Hotte. In: faz.net [URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/twitter-afaere-die-weinkoenigin-und-der-bundes-hotte-1798987.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Heine, Franziska, 22.04.2009: Petition: Internet - Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten. In: epetitionen.bundestag.de [URL: <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860>]. Stand: 06.08.2012.
- Herrmann, Ulrike, 17.02.2012: Null Toleranz für Schnäppchenjäger. In: taz.de [URL: <http://www.taz.de/!87942/>]. Stand: 07.08.2012.
- Hoischen, Oliver/Wehner, Markus, 05.12.2009: „So bekommt man Schund nicht aus dem Netz“. In: faz.net [URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/internetsperren-so-bekommt-man-schund-nicht-aus-dem-netz-1900536.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Jeuck, Sebastian, 17.03.2009: Petition: Kinder- und Jugendhilfe - Kinderpornografie im Internet. In: epetitionen.bundestag.de [URL: <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3293>]. Stand: 02.08.2012.
- Krael, T./Hollstein, M., 26.07.2009: Meinen Spitznamen "Zensursula" finde ich patent. In: welt.de [URL: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article4194101/Meinen-Spitznamen-Zensursula-finde-ich-patent.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Krempl, Stefan, 18.06.2009: Bundestag verabschiedet Gesetz für Web-Sperren. In: heise.de [URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Bundestag-verabschiedet-Gesetz-fuer-Web-Sperren-183554.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Kuhn, Johannes, 03.12.2010: Cyberschlacht um Wikileaks. In: sueddeutsche.de [URL: <http://www.sueddeutsche.de/digital/adresse-nach-hackerangriffen-gesperrt-cyberkrieg-um-wikileaks-1.1031740>]. Stand: 06.08.2012.
- Kurz, Constanze, 19.03.2010: Farce 2.0: Das Netz ist kein Babysitter. In: faz.net [URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/aus-dem-maschinenraum/aus-dem-maschinenraum-3-farce-2-0-das-netz-ist-kein-babysitter-1955426.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Kurz, Constanze, 01.05.2010: Aus dem Maschinenraum (6). Die Heuchelei der Netzversther. In: faz.net [URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/aus-dem-maschinenraum/aus-dem-maschinenraum-6-die-heuchelei-der-netzversther-1971719.html>]. Stand: 06.08.2012.
- Leinemann, Jürgen, 10.05.1993: Mächtig am Kommen. In: spiegel.de [URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681190.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Lischka, Konrad, 23.02.2011: Verfassungsbeschwerde. Sperrlisten-Gegner rufen höchstes Gericht an. In: spiegel.de [URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/verfassungsbeschwerde-sperrlisten-gegner-rufen-hoechstes-gericht-an-a-747222.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Link, Christopher, 18.07.2012: Das Volk watscht seine Vertreter ab. In: stuttgarter-zeitung.de [URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.bundestag-das-volk-watscht-seine-vertreter-20ab.81205d89-34a2-4a90-888e-1c24071b1b19.html>]. Stand: 07.08.2012.

9. Literaturverzeichnis

- Lohse, Eckart, 07.07.2012: "Ich esse gern". In: faz.net [URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/im-gespraech-umweltminister-altmaier-ich-esse-gern-11813246.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Malmström, Cecilia, 29.03.2010: „Dunkle Ecken des Internets aufräumen“. In: faz.net [URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/kindessmissbrauch-dunkle-ecken-des-internets-aufraeumen-1952656.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Mayer, Christian, 03.04.2010: Meine Jahre mit Birne. In: sueddeutsche.de [URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/helmut-kohl-wird-meine-jahre-mit-birne-1.16072>]. Stand: 07.08.2012.
- Meister, Andre, 20.04.2011: Zensursula - Ein Rückblick. In: netzpolitik.org [URL: <http://netzpolitik.org/2011/zensursula-ein-rueckblick/>]. Stand: 07.08.2012.
- Meusers, Richard, 04.05.2009: Netzwelt-Ticker. Petition gegen Filtergesetz gestartet. In: spiegel.de [URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/netzwelt-ticker-petition-gegen-filtergesetz-gestartet-a-622653.html>]. Stand: 08.08.2012.
- ohne Verfasser, 05.04.2011: Koalition kippt umstrittenes Gesetz zu Internet-Sperren. In: tagesspiegel.de [URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/koalition-kippt-umstrittenes-gesetz-zu-internet-sperren/4028248.html>]. Stand: 07.08.2012.
- ohne Verfasser, 17.05.2009: 92 Prozent der Deutschen für Sperrungen im Internet. Kampf gegen kinderpornografische Seiten. In: welt.de [URL: http://www.welt.de/wams_print/article3753604/92-Prozent-der-Deutschen-fuer-Sperrungen-im-Internet.html]. Stand: 08.08.2012.
- ohne Verfasser, 25.03.2009: Koalition will Kinderpornographie im Internet sperren. In: faz.net [URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/koalition-will-kinderpornographie-im-internet-sperren-1921506.html>]. Stand: 07.08.2012.
- ohne Verfasser, 16.03.2009: Ministerinnen streiten über Kinderpornos im Internet. In: welt.de [URL: http://www.welt.de/welt_print/article3382631/Ministerinnen-streiten-ueber-Kinderpornos-im-Internet.html]. Stand: 07.08.2012.
- Otto, Martin, 14.05.2011: Für uns immer noch Herr Freiherr zu Guttenberg. In: faz.net [URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/korrekte-anrede-fuer-uns-immer-noch-herr-freiherr-zu-guttenberg-1641876.html>]. Stand: 07.08.2012.
- Patalong, Frank, 06.05.2009: Internet-Sperren. Politik, Populismus und Kinderporno. In: spiegel.de [URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/internet-sperren-politik-populismus-und-kinderporno-a-623125.html>]. Stand: 06.08.2012.
- Patalong, Frank/Schmundt, Hilmar, 26.05.2009: Anti-Kinderporno-Gesetz Von der Leyen will Kontrolleure für BKA-Zensoren. In: spiegel.de [URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/anti-kinderporno-gesetz-von-der-leyen-will-kontrolleure-fuer-bka-zensoren-a-626965.html>]. Stand: 05.08.2012.
- Rath, Christian, 2009: Stoppschild im Netz kommt. In: taz.de [URL: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=in&dig=2009/02/02/a0021&cHash=c8458d177>]. Stand: 07.08.2012.
- Schäfers, Jörg-Olaf, 13.06.2009: Beschluss des SPD-Parteivorstandes zum "Zensursula"-Gesetz. In: netzpolitik.de [URL: <http://netzpolitik.org/2009/eil-beschluss-des-spd-parteevorstandes-zum-zensursula-gesetz/>]. Stand: 07.08.2012.
- Schumacher, Hajo, 30.10.2011: Warum ist Steinbrück so laut, so früh, so plump?. In: welt.de [URL: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13687378/Warum-ist-Steinbrueck-so-laut-so-frueh-so-plump.html>]. Stand: 07.08.2012.

9. Literaturverzeichnis

Seeliger, Julia, 06.04.2011: Censilia macht weiter. Zensursula ist tot. In: taz.de [URL: <http://www.taz.de/!68671/>]. Stand: 07.08.2012.

Sohn, Gunnar, 03.06.2009: Volkspädagogische Entscheidungsmaschinen und der Neo-Despotismus – Warum Strumpfhosen anrücklich sind und Zensursula es doch nur gut mit uns meint. In: ichtsagmal.com [URL: <http://ichtsagmal.com/2009/06/03/volkspadagogische-entscheidungsmaschinen-und-der-neo-despotismus-warum-strumpfhosen-anruechig-sind-und-zensursula-es-doch-nur-gut-mit-uns-meint/>]. Stand: 05.08.2012.

Stadler, Thomas, 16.10.2009: Nichtanwendungserlass für das Zugangerschwerungsgesetz. In: internet-law.de [URL: <http://www.internet-law.de/2009/10/nichtanwendungserlass-fur-das-zugangerschwerungsgesetz.html>]. Stand: 07.08.2012.

Stöcker, Christian, 15.01.2009: Blockade illegaler Sites. Von der Leyen lässt Kinderpornografie aus dem Netzfilter. In: spiegel.de [URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/blockade-illegaler-sites-von-der-leyen-laesst-kinderpornografie-aus-dem-netz-filtern-a-601517.html>]. Stand: 07.08.2012.

Topsylabs: How to get old #jan25 tweets from Topsy. In: topsylabs.com [URL: <http://topsylabs.com/2012/02/02/how-to-get-old-jan25-tweets-from-toppsy/>]. Stand: 07.08.2012.

Twitsprout Blog, 02.02.2012: Most Retweeted Tweets from Twitter's Elite. In: blog.twitsprout.com [URL: <http://blog.twitsprout.com/post/16896052132/most-retweeted-tweets>]. Stand: 08.08.2012.

Uehlecke, Jens, 08.06.2009: Schluss mit dem Geschnatter. In: zeit.de [URL: <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2009/04/Kiosk-Schluss-Mit>]. Stand: 07.08.2012.

Weber, Matthias, 18.07.2012: Verheerendes Zeugnis für Parlamentarier. In: stern.de [URL: <http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-umfrage-zum-ansehen-des-bundestags-verheerendes-zeugnis-fuer-parlamentarier-1859580.html>]. Stand: 07.08.2012.

Wiedemann, Johannes, 03.06.2010: Internet-User schimpfen wieder auf "Zensursula". In: welt.de [URL: http://www.welt.de/welt_print/politik/article7895002/Internet-User-schimpfen-wieder-auf-Zensursula.html]. Stand 07.08.2012.

Zeipelt, Jörg, 08.05.2009: Netzsperrern. E-Petition erfolgreich - Familienministerium gelassen. In: tagesspiegel.de [URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/netzsperrern-e-petition-erfolgreich-familienministerium-gelassen/1505916.html>]. Stand: 07.08.2012.

Drucksachen aus Exekutive, Legislative und Judikative

Bundestag, 01.12.2011: Plenarprotokoll 17/146.

BT-Drs. 16/13411, 17.06.2009: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss).

BT-Drs. 16/13976, 03.09.2009: Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss) zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 1/09.

BT-Drs. 17/5200, 12.04.2011: Unterrichtung durch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Tätigkeitsbericht 2009 und 2010.

BT-Drs. 17/6644, 20.07.2011: Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung von Sperrregelungen bei der Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen.

BVerfG, 1 BvR 508/11, 29.3.2011, Absatz-Nr. (1 - 3). In: bverfg.de [URL: http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20110329_1bvr050811.html]. Stand: 03.08.2012

Anhang 1 – Der Topsy-Crawler

```

# -*- coding: utf-8 -*-
#!/usr/bin/python
### Crawler for topsy
### Keven Richly and Lutz Mache, 2012

import datetime
import json
import sqlite3
import threading
import time
import urllib2

from multiprocessing import Queue

### variables
print_response_info = True
print_request_info = True
create_new_table = False
request_window = 604800 * 10 # 604800 = 7 Tage
max_request = 950
db_path = '/../main.sqlite'
table_name = 'z_original_topsy_data'

### request parameters
tstart = 1217541600 #1. August 2008
tend = 1325286000 # 31. Dezember 2011
searchterm = 'zensursula'
type = 'tweet'
page = 1
perpage = 100

### classes
class Crawler(threading.Thread):
    def __init__(self, t1, t2, results):
        self.t1 = t1
        self.t2 = t2
        self.results = results
        threading.Thread.__init__(self)
        # returns the request url corresponding to the defined parameters
    def get_request(self, start, end, term, page, type, perpage):
        return 'http://otter.topsy.com/search.json?q=' + searchterm + '&sort_method=-'
        date&perpage=' + str(perpage) + '&page=' + str(page) + '&mintime=' + str(start) + '&maxtime='
        + str(end) + '&type=' + type

class Page_Crawler(Crawler):
    def __init__(self, t1, t2, current_page, count, results, errors, window):
        self.errors = errors
        self.page = current_page
        self.count = count
        self.window = window
        Crawler.__init__(self, t1, t2, results)
        # executes the given query and catches exceptions
    def execute_query(self, query):
        try:
            return json.load(urllib2.urlopen(query))
        except Exception, e:
            print 'Error: query processing:'
            print e
            print 'actual time window was added to error list: '
            print 'min: ' + str(self.t1)
            print 'max: ' + str(self.t2)
            self.errors.put([self.t1, self.t2, self.page])

    def run(self):
        topsy_response = self.execute_query(get_request(self.t1, self.t2, searchterm,
        self.page, type, perpage))

        items_count = len(topsy_response['response']['list'])
        if (items_count > 0):
            self.results.put(topsy_response['response']['list'])
            self.count.put(items_count)

class Timewindow_Crawler(Crawler):

```

Anhang 1 – Der Topsy-Crawler

```
def __init__(self, t1, t2, window, results):
    self.window = str(window)
    self.total_value = 0
    self.count = Queue()
    self.page_crawler_error_list = Queue()
    self.error_list = []
    self.page_crawlers = []
    Crawler.__init__(self, t1, t2, results)

# process a given time window and write the data into the database
def get_response(self, start, end):
    topsy_response, total, current_page, offset =
self.execute_query(get_request(start, end, searchterm, page, type, perpage))
    if (total > self.total_value):
        self.total_value = total
    if (total > max_request):
        # reduces the query time interval if the response exceed the
max_request value
        # necessary because topsy only returns 1000 tuple per query
        time = (end - start) / 2 + start
        if (time <= start):
            print 'Error: incorrect time interval'
            self.get_response(start, time)
            self.get_response(time, end)
        else:
            # iterates over all pages and writes the tuples into the database
            limit = (total / perpage) + 2
            for i in range(1, limit):
                page_crawler = Page_Crawler(start, end, i, self.count,
self.results, self.page_crawler_error_list, self.window)
                self.page_crawlers.append(page_crawler)
                page_crawler.start()
            # executes the given query and catches exceptions
            def execute_query(self, query):
                try:
                    response = json.load(urllib2.urlopen(query))
                    return response, response['response']['total'],
response['response']['page'], response['response']['offset']
                except Exception, e:
                    print 'Error: query processing:'
                    print e
                    print 'actual time window was added to error list: '
                    print 'min: ' + str(self.t1)
                    print 'max: ' + str(self.t2)
                    self.error_list.append([self.t1, self.t2])

# returns timestamp of an epoche time value
def to_timestamp(self, date):
    return time.strftime("%d.%m.%Y %H:%M:%S", time.gmtime(date))

# waits for all page crawlers
def wait_for_page_crawlers(self):
    for t in self.page_crawlers:
        t.join()

def run(self):
    print "Started window: " + self.window + ' from ' + self.to_timestamp(self.t1)
+ ' to ' + self.to_timestamp(self.t2)
    self.get_response(self.t1, self.t2)
    self.wait_for_page_crawlers()
    # processes error list
    for value in self.error_list:
        self.get_response(value[0], value[1])
    # processes page crawler errors
    while not self.page_crawler_error_list.empty():
        error = self.page_crawler_error_list.get()
        for item in error:
            page_crawler = Page_Crawler(item[0], item[1], item[2],
self.count, results, self.page_crawler_error_list)
            page_crawlers.append(page_crawler)
            page_crawler.start()
    self.wait_for_page_crawlers()
    counter = 0
    while not self.count.empty():
        counter += self.count.get()
    # processes page crawler error list
    print "Finished window: " + self.window + ' crawled: ' + str(counter) + ' of
' + str(self.total_value)
```

Anhang 1 – Der Topsy-Crawler

```
### methods
# returns the request url corresponding to the defined parameters
def get_request(start, end, term, page, type, perpage):
    return 'http://otter.topsy.com/search.json?q=' + searchterm + '&sort_method=-'
date&perpage=' + str(perpage) + '&page=' + str(page) + '&mintime=' + str(start) + '&maxtime='
+ str(end) + '&type=' + type

# returns the request url for the request limit
def get_request_limit():
    return 'http://otter.topsy.com/credit.json'

# prints information about the request and the response
def print_response_information(response):
    print ''
    print 'Request Information'
    print 'url: ' + response['request']['url']
    for key in response['request']['parameters']:
        if (key == 'maxtime') or (key == 'mintime'):
            print key + ': ' + response['request']['parameters'][key] +
to_timestamp(float(response['request']['parameters'][key]))
        else:
            print key + ': ' + response['request']['parameters'][key]

    print ''
    print 'Response Information'
    for key in response['response']:
        if (key != 'list'):
            print key + ': ' + str(response['response'][key])

    print ''

# prints information about the request limit
def print_request_limit_information(response):
    print 'Request Limit Information'
    print 'last reset: ' + to_timestamp(response['response']['reset'])
    print 'limit: ' + str(response['response']['limit'])
    print 'refresh_in_secs: ' + str(response['response']['refresh_in_secs'])
    print 'remaining requests: ' + str(response['response']['remaining'])
    print ''

# executes the given query and catches exceptions
def execute_query(query):
    try:
        return json.load(urllib2.urlopen(query))
    except Exception, e:
        print 'Error: query processing:'
        raise e

# set the limits of the time window
def set_window(time):
    return time + 1, time + request_window

# returns timestamp of an epoche time value
def to_timestamp(date):
    return time.strftime("%d.%m.%Y %H:%M:%S", time.gmtime(date))

# write values to database
def write_to_database(results):
    print 'Writing to database'

    insert_counter = 0
    duplicate_counter = 0

    while not results.empty():
        result = results.get()
        for item in result:
            try:
                insert_db(item)
                insert_counter += 1
                #print 'Inserting succesful'
            except sqlite3.IntegrityError, e:
                duplicate_counter += 1

    print 'Finished writing'
    print 'Insert ' + str(insert_counter) + ' new values'
    print 'Crawled ' + str(duplicate_counter) + ' known values'

# creates a table in the database
def create_new_db_table():
    global table_name
    try:
        sql_query = 'create table ' + table_name + '(hits integer, traceback_total
```

Anhang 1 – Der Topsy-Crawler

```
integer, traceback_date text, traceback_author_nick text, url text, title text, firstpost_date
text, content text, mytype text, score real, topsy_author_img text, highlight text,
traceback author url text, traceback_permalink text, topsy author url text,
traceback author name text, topsy traceback url text, searchterm text,
firstpost_date_timestamp text, PRIMARY KEY (traceback_date, url))'
    c.execute(sql_query)
except sqlite3.OperationalError, e:
    table_name = table_name + '_' + str(time.time()).replace('.', '')
    create_new_db_table()

# inserts a tuple into the database
def insert_db(i):
    insert(i['hits'], i['traceback_total'], i['traceback_date'],
i['traceback_author_nick'], i['url'], i['title'], i['firstpost_date'], i['content'],
i['mytype'], i['score'], i['topsy_author_img'], i['highlight'], i['traceback_author_url'],
i['traceback_permalink'], i['topsy_author_url'], i['traceback_author_name'], searchterm,
i['topsy_traceback_url'])

# executes the insert command
def insert(hits, traceback_total, traceback_date, traceback_author_nick, url, title,
firstpost_date, content, mytype, score, topsy_author_img, highlight, traceback_author_url,
traceback_permalink, topsy_author_url, traceback_author_name, searchterm,
topsy_traceback_url):
    sql_query = 'insert into ' + table_name + ' values
(?,?,?,?,?,?,?,?,?,?,?,?,?,?,?,?,?)'
    c.execute(sql_query, [hits, traceback_total, traceback_date, traceback_author_nick,
url, title, firstpost_date, content, mytype, score, topsy_author_img, highlight,
traceback_author_url, traceback_permalink, topsy_author_url, traceback_author_name,
topsy_traceback_url, searchterm, to_timestamp(firstpost_date)])
    conn.commit()

### main
# opens a database connection
conn = sqlite3.connect(db_path)
c = conn.cursor()

if print_request_info:
    topsy_response = execute_query(get_request_limit())
    print_request_limit_information(topsy_response)

if print_response_info:
    topsy_response = execute_query(get_request(tstart, tend, searchterm, page, type,
perpage))
    print_response_information(topsy_response)

if create_new_table:
    create_new_db_table()
    print 'Created Table: ' + table_name

# calculates the number of time windows
window_count = 1
window_number = ((tend - tstart) / request_window) + 1

print 'Window number: ' + str(window_number)
results = Queue()
threads = []
t1, t2 = set_window(tstart)

# processes all time windows
while(t2 < tend):
    thread = Timewindow_Crawler(t1, t2, window_count, results)
    threads.append(thread)
    thread.start()
    t1, t2 = set_window(t2)
    window_count += 1

# processes the last time window
thread = Timewindow_Crawler(t1, tend, window_count, results)
threads.append(thread)
thread.start()

# wait for all threads
for t in threads:
    t.join()

write_to_database(results)
c.close
conn.close()
```

Anhang 2 – Recherche Peaks

Anhang 2.1 – Peak 1

26.4.2009	471
27.4.2009	375
28.4.2009	139
29.4.2009	164
30.4.2009	99
01.5.2009	67
02.5.2009	99
03.5.2009	121
04.5.2009	419
05.5.2009	453
06.5.2009	958
07.5.2009	903
08.5.2009	827
09.5.2009	406
10.5.2009	643
11.5.2009	791
12.5.2009	815
13.5.2009	759
14.5.2009	650
15.5.2009	434
16.5.2009	414
Gesamt	10007

Datum	Ereignis
01.05.2009	Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundesrat http://dip21.bundestag.de/dip21/brd/2009/0394-09.pdf
04.05.2009	Freischaltung der E-Petition auf der Parlamentswebsite (https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860), Einrichtung von zeichnemit.de
04.05.2009	Erste mediale Erwähnung der Petition (Spiegel online) http://www.spiegel.de/netzwelt/web/netzwelt-ticker-petition-gegen-filtergesetz-gestartet-a-622653.html
05.05.2009	Gesetzentwurf der Regierungsfractionen http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/128/1612850.pdf
06.05.2009	1. Lesung im Bundestag http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16219.pdf#P.23877
06.05.2009	„Politik, Populismus und Kinderporno“ Spiegel Online http://www.spiegel.de/netzwelt/web/internet-sperren-politik-populismus-und-kinderporno-a-623125.html
06.05.2009	„Strumpfhose“ http://ichsagmal.com/2009/06/03/volkspadagogische-entscheidungsmaechinen-und-der-neo-despotismus-warum-strumpfhosen-anruechig-sind-und-zensursula-es-doch-nur-gut-mit-uns-meint/
06.05.2009	Drohende Schließung des E-Petitionsforums wegen Störerhaftung http://tinyurl.com/cf4p34
07.05.2009	50.000 Unterzeichner http://twitter.com/Mitzeichner/status/1732146357 , durchgehend bis zum Ende der Mitzeichnungsfrist weitere Aufrufe zur Unterschrift
07.05.2009	Offener Brief von Mogis e.V.
08.05.2009	„ E-Petition erfolgreich - Familienministerium gelassen“ tagesspiegel.de: http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/netzsperrn-e-petition-erfolgreich-familienministerium-gelassen/1505916.html

Anhang 2 – Recherche Peaks

	<i>„Das Bundesfamilienministerium hält nach dem Erfolg der Online-Petition am Gesetzentwurf fest. "Eine zivilisierte Gesellschaft, einschließlich der Internetgemeinschaft, die Kinderpornografie ernsthaft ächtet, darf auch im Internet nicht tolerieren, dass jeder diese Bilder und Videos vergewaltigter Kinder ungehindert anklicken kann", teilte das Ministerium am Freitag in Berlin mit.“</i>
08.05.2009	Tagesschau-Beitrag, http://netzpolitik.org/2009/online-petition-in-der-tagesschau/ Karl-Theodor zu Guttenberg: <i>„Es macht mich schon sehr betroffen, wenn pauschal der Eindruck entstehen sollte, dass es Menschen gibt, die sich gegen die Sperrung von kinderpornographischen Inhalten sträuben. Das ist nun wirklich einer der wichtigsten Vorhaben in vielerlei Hinsicht.“</i>
11.05.2009	„Bloggerin contra Ministerin“ Süddeutsche Zeitung
12.05.2009	„Streit um Internetsperren-Gesetz geht weiter“ heise online: <i>"Die 70.000 Unterstützer der Online-Petition repräsentieren nicht die Meinung der deutschen Bevölkerung, die meisten Deutschen wollen Kinderpornos gesperrt wissen", meinte Ehrmann, Vorsitzender der Kinderhilfe. Ziel der Gegenaktion sei es, bis Ende Mai 100.000 Unterschriften zu sammeln. "Wir wollen verhindern, dass das Gesetzgebungsverfahren aufgrund der Online-Petition auf Eis gelegt wird."</i>
13.05.2009	„Die Spur der Kinderschänder“ Frankfurter Allgemeine: <i>„ Das Bundesfamilienministerium hat reagiert - auf seine Weise. In einer Stellungnahme freut man sich darüber, dass die Petition "die Intention der Bundesregierung stützt". Man beruft sich dabei auf die auch hier zu findende, selbstverständliche Ablehnung von Kinderpornographie und - lässt den eigentlichen Inhalt der Petition außen vor.“</i>
14.05.2009	Ministerin antwortet auf offenen Brief: http://www.spreeblick.com/2009/05/14/post-von-frau-von-der-leyen/
16.05.2009	Website der Deutschen Kinderhilfe gehackt (s.o.)

Keine Pressemitteilung aus dem Bundesfamilienministerium
Keine Meldungen aus dem Bundesfamilienministerium

Anhang 2 – Recherche Peaks

Relevante Presseartikel

Titel	Zeitschrift	Datum	Suchbegriff	Suchbegriff 2	Suchbegriff 3	Suchbegriff 4
Die Zukunft des Buches	FAZ-Sonntagszeitung	26.04.2009	Kinderporno			
Sperrung von Pornoseiten verzögert sich	Der Tagesspiegel, Berlin	27.04.2009	Kinderporno			
Surf-Sperre verzögert sich	Focus	27.04.2009	Kinderporno			
Im Zweifel gegen den Angeklagten	Süddeutsche Zeitung, München	30.04.2009	Kinderporno			
Pläne fürs Teilzeit-Elterngeld	Süddeutsche Zeitung, München	02.05.2009	leyen	Kinderporno		
Seitenweise Schutz	Der Tagesspiegel, Berlin	02.05.2009	netzsperrern			
Überleben im Delta	Der Tagesspiegel, Berlin	03.05.2009	internetzensur			
Ein Netz voller Stoppschilder	die Tageszeitung	04.05.2009	netzsperrern	Stoppschild	Kinderporno	
Petition gegen Filtergesetz gestartet	Spiegel Online	04.05.2009	netzsperrern	Kinderporno		
Im Namen des Internets	Spiegel Online	05.05.2009	ZugErschwG			
SPD offen für Internetsperrung	die Tageszeitung	05.05.2009	internetzensur	Kinderporno		
Politik, Populismus und Kinderporno	Spiegel Online	06.05.2009	Stoppschild	Kinderporno		
Von China lernen	Frankfurter Allgemeine	06.05.2009	Stoppschild	Kinderporno		
Massiver Onlineprotest gegen Internetsperre	Financial Times Deutschland	07.05.2009	Kinderporno			
Stoppschilder und Gespenster	Süddeutsche Zeitung, München	07.05.2009	internetzensur	Stoppschild	Kinderporno	
Stoppschilder und Gespenster	Süddeutsche Zeitung, München	07.05.2009	Kinderporno			
Petition gegen Online-Sperrern ist erfolgreich	Spiegel Online	08.05.2009	Kinderporno			
"Es geht mir gut"	Die Welt	09.05.2009	Kinderporno			
Onlineaktion gegen Kinderporno-Sperre	Frankfurter Rundschau	09.05.2009	Kinderporno			
Petition gegen Internetsperre	Frankfurter Allgemeine	09.05.2009	Kinderporno			
Verdammte Neophobiker!	die Tageszeitung	09.05.2009	internetzensur	Kinderporno		
Verdammte Neophobiker!	die Tageszeitung	09.05.2009	Kinderporno			
"Die Polizei sagte zu mir: Springen Sie nicht aus dem Fenster"	Welt am Sonntag	10.05.2009	Kinderporno			
Peng, du bist tot!	Der Tagesspiegel, Berlin	10.05.2009	Kinderporno			

Anhang 2 – Recherche Peaks

Bloggerin contra Ministerin	Süddeutsche Zeitung, München	11.05.2009	internetzensur	leyen	zensursula	Kinderporno
Die ewig Jüngste der CSU: Dorothee Bär	Das Parlament, Berlin	11.05.2009	Stoppschild	Kinderporno		
Rekord an Unterstützern	Das Parlament, Berlin	11.05.2009	Kinderporno			
Umstrittener Schutz	Das Parlament, Berlin	11.05.2009	internetzensur	Stoppschild	Kinderporno	
Web-Widerstand	Süddeutsche Zeitung, München	11.05.2009	leyen	Stoppschild	Kinderporno	
Zensur hilft keinem Kind	Frankfurter Rundschau	11.05.2009	Stoppschild	Kinderporno		
Blogger vs. Minister	die Tageszeitung	12.05.2009	netzsperrern	Zensursula	Kinderporno	
Die Entdeckung der Allzweckwaffe	Frankfurter Allgemeine	12.05.2009	Kinderporno			
Die Spur der Kinderschänder	Frankfurter Allgemeine	13.05.2009	internetzensur	Stoppschilder	Zensursula	Kinderporno
Kinderpornographie rechtfertigt Entlassung	Frankfurter Allgemeine	13.05.2009	Kinderporno			
Kinder pornos: Landrat soll Strafe zahlen	Der Tagesspiegel, Berlin	13.05.2009	Kinderporno			
Erfolgreiche Petition gegen Internetsperre	Der Tagesspiegel, Berlin	14.05.2009	Kinderporno			
Tyrannie des Guten	Die Zeit, Hamburg	14.05.2009	Kinderporno			
Wappnet euch doch bitte besser	der Freitag	14.05.2009	Zensursula	Kinderporno		
Zu dem umstrittenen Gesetz	Frankfurter Allgemeine	14.05.2009	Kinderporno			
Tauss attackiert Ministerin von der Leyen	Financial Times Deutschland	15.05.2009	leyen	Kinderporno		
Die Gegner der Gegner	Der Tagesspiegel, Berlin	16.05.2009	internetzensur	Kinderporno		
Wer das Stoppschild sieht, ist verdächtig	Frankfurter Allgemeine	16.05.2009	leyen	Stoppschild	Kinderporno	

Anhang 2 – Recherche Peaks

Anhang 2.2 – Peak 2

17.5.2009	322
18.5.2009	579
19.5.2009	508
20.5.2009	631
21.5.2009	469
22.5.2009	338
23.5.2009	265
24.5.2009	282
25.5.2009	517
26.5.2009	880
27.5.2009	1416
28.5.2009	541
29.5.2009	517
30.5.2009	262
31.5.2009	150
01.6.2009	249
02.6.2009	431
03.6.2009	344
04.6.2009	513
05.6.2009	312
06.6.2009	584
Gesamt	10110

Datum	Ereignis
17.5.2009	Umstrittene Umfrage: 92 Prozent der Deutschen für Sperrungen im Internet, Welt am Sonntag http://www.welt.de/wams_print/article3753604/92-Prozent-der-Deutschen-fuer-Sperrungen-im-Internet.html <i>„92 Prozent der Befragten gaben an, für eine Sperrung der einschlägigen Seiten im Internet zu sein“</i>
17.05.2009	„Gegenumfrage“ von Mogis: 5% für Sperren, wenn auch Löschen zur Wahl steht http://mogis-verein.de/2009/05/17/unsere-eigene-umfrage/
19.5.2009	Virales Video gegen Überwachung und Zensur auf Basis der „Du bist Deutschland“-PR-Kampagne http://www.dubistterrorist.de/
19.5.2009	Hackerangriff auf Kinderhilfe-Seite, taz http://www.taz.de/!34782/
20.5.2009	Zeit.de greift umstrittene Umfrage und Gegenumfrage auf http://www.zeit.de/online/2009/22/netzsperrungen-umfrage
24.5.2009	Mobilisierungsauf Ruf 72 Stunden Countdown für 100.000 Mitzeichner der E-Petition http://netzpolitik.org/2009/72-stunden-countdown-fuer-zensursula-epetition/
26.5.2009	„Von der Leyen will Kontrolleure für BKA-Zensoren“ Spiegel Online – Interview http://www.spiegel.de/netzwelt/web/anti-kinderporno-gesetz-von-der-leyen-will-kontrolleure-fuer-bka-zensoren-a-626965.html : <i>„Das ist gelebte Demokratie. Es ist gut, dass wir das Thema in aller Breite diskutieren. Ich kenne das Muster schon von den Debatten um das Elterngeld oder den Ausbau der Kinderbetreuung. Erst ist Schulterzucken da, dann gibt es kübelweise Kritik, aber dann stellen wir gemeinsam fest: Da ist ein Problem, wir müssen handeln. Es mag unterschiedliche Wege geben, aber im Ziel sind wir einig. Und jetzt ist das Gesetzesverfahren da. So wird das auch bei diesem Thema sein. Ich nehme dabei zwar die Bedenken aus der Petition ernst, weiche aber keinen Millimeter von meinem Ziel ab. Die offen zugänglichen Internet-Bilder von vergewaltigten Kindern sind zu lange nur in kleinen Zirkeln diskutiert worden. Jetzt ist es Zeit zu handeln. [...] Den Vorwurf der Zensur zu erheben, ist nicht angemessen angesichts der Frage, ob wir Bilder der Vergewaltigung von Kindern im Internet frei sichtbar lassen wollen.“</i>
27.5.2009	öffentliche Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a09/chronik_16_wp.pdf

Anhang 2 – Recherche Peaks

27.5.2009	Streit um Internetsperre, Der Tagesspiegel http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/petition-100-000-gegen-internetsperre/1522910.html <i>„Bei der Anhörung im Bundestag äußerten Oliver Sümme und andere Experten zudem verfassungs- und datenschutzrechtliche Bedenken“</i>
28.5.2009	Wie die virtuelle Welt die reale Politik verändert, Die Welt http://www.welt.de/welt_print/article3817111/Wie-die-virtuelle-Welt-die-reale-Politik-veraendert.html <i>"Es geht uns ausschließlich darum, Kinderpornografie zu bekämpfen", sagte von der Leyen der WELT. "Sollte in zehn Jahren eine andere Regierung etwas anderes als Kinderpornografie sperren wollen, muss sie ein neues Gesetzgebungsverfahren anstrengen mit Kabinettsentscheidungen,"</i>
28.5.2009	Unversöhnlich an der Sperre, http://www.fr-online.de/datenschutz/analyse-unversoehnlich-an-der-sperre,1472644,2727806.html <i>„ Immerhin machte die Ministerin im Interview erstmals Zugeständnisse. Um die Befugnisse des BKA bei der Erstellung der Sperrlisten zu begrenzen, stellte sie eine unabhängige Kontrollinstanz in Aussicht.“</i>
29.5.2009	100.000 Mitzeichner
02.6.2009	Die Generation C64 schlägt zurück, Spiegel Online http://www.spiegel.de/netzwelt/web/streit-um-internet-filter-die-generation-c64-schlaegt-zurueck-a-628017.html
02.6.2009	Koalition will Kinderporno-Rufmord verhindern, taz http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=in&dig=2009%2F06%2F02%2Fa0061&cHash=fbf6480f91 <i>„ Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte immer betont, dass es nur um Prävention gehe, Daten würden keine gespeichert.“</i>
04.6.2009	Aktion „Gib deiner Stimme ein Gesicht“, Online-Fotomosaik
06.6.2009	Koalition: Löschen und Sperren, taz http://www.taz.de/!35692/
	Placebo vor der Wahl, Die Welt <i>„Ob von der Leyens de facto unwirksame, dafür aber hochgradig grundrechtsschädliche Kinderpornosperre im Internet [...] – sie wissen nicht, was sie tun, deshalb machen sie irgendetwas, damit keiner sagt, sie hätten nichts getan.“</i>

Eine Meldung aus dem Bundesfamilienministerium:

- Verweis auf Spiegel Online-Interview:
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/aktuelles.did=126164.html>

Anhang 2 – Recherche Peaks

Relevante Presseartikel

Titel	Zeitschrift	Datum	Suchbegriff	Suchbegriff 2	Suchbegriff 3	Suchbegriff 4
92 Prozent der Deutschen für Sperrungen im Internet	Welt am Sonntag	17.05.2009	Kinderporno			
Hackerangriff auf Kinderhilfe-Seite	die Tageszeitung	18.05.2009	Internetzensur	Kinderporno		
Anhörung zur Sperrung von Kinderporno-Seiten	Das Parlament, Berlin	18.05.2009	Kinderporno			
Webseite der Kinderhilfe gekapert	Frankfurter Rundschau	19.05.2009	Internetzensur	Kinderporno		
Die „Schäublone“	die Tageszeitung	25.05.2009	Kinderporno			
NACHRICHTEN AUS DEM NETZ	Süddeutsche Zeitung, München	25.05.2009	Zensursula	Kinderporno		
Widerstand gegen "Zensursula"	Frankfurter Allgemeine	26.05.2009	Zensursula	Kinderporno	Stoppschild	
Von der Leyen will Kontrolleure für BKA-Zensoren	Spiegel Online	26.05.2009	Zensursula	Leyen	Kinderporno	Stoppschild
Aufruf zur Sperrung von Kinderpornoseiten	Die Welt	27.05.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Der Staat betritt den Cyberspace	Frankfurter Allgemeine	27.05.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Streit um Internetsperre	Der Tagesspiegel, Berlin	28.05.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Schwarze Liste	die Tageszeitung	28.05.2009	Kinderporno			
Anhörung zu Internetsperren	Frankfurter Allgemeine	28.05.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Netzideologen	Frankfurter Allgemeine	28.05.2009	Kinderporno			
Wie die virtuelle Welt die reale Politik verändert	Die Welt	28.05.2009	Leyen	Internetzensur	Kinderporno	
Unversöhnlich an der Sperre	Frankfurter Rundschau	28.05.2009	Leyen	Kinderporno		
Beten gegen Zensursula	der Freitag	28.05.2009	Zensursula	Internetzensur	Kinderporno	
Wider die Ideologen des Internets!	Die Zeit, Hamburg	28.05.2009	Zensursula	Kinderporno		
"Hier geht es nicht um Wikipedia"	Frankfurter Rundschau	28.05.2009	Zensursula	Kinderporno		
SPD warnt vor Justiz-Überlastung	Frankfurter Allgemeine	30.05.2009	Kinderporno			
Koalition will Kinderporno-Rufmord verhindern	die Tageszeitung	02.06.2009	Kinderporno			
Die Generation C64 schlägt zurück	Spiegel Online	02.06.2009	Leyen	Kinderporno		
Adressen mit Wartezeit	Süddeutsche Zeitung, München	03.06.2009	Kinderporno	Stoppschild		

Anhang 2 – Recherche Peaks

2009 zählt jeder Freund	Frankfurter Rundschau	05.06.2009	Zensursula			
Koalition: Löschen und Sperren	die Tageszeitung	06.06.2009	Internetzensur	Kinderporno		
Placebo vor der Wahl	Die Welt	06.06.2009	Kinderporno			
Bürokratie verzögert das Löschen von Kinderpornoseiten	Frankfurter Rundschau	06.06.2009	Kinderporno			
Für eine effizientere Zensur	die Tageszeitung	06.06.2009	Zensursula	Kinderporno		

Anhang 2 – Recherche Peaks

Anhang 2.3 – Peak 3

08.6.2009	241
09.6.2009	273
10.6.2009	391
11.6.2009	746
12.6.2009	806
13.6.2009	355
14.6.2009	529
15.6.2009	1527
16.6.2009	2114
17.6.2009	1622
18.6.2009	3856
19.6.2009	3321
20.6.2009	1850
21.6.2009	1202
22.6.2009	1456
23.6.2009	1292
24.6.2009	779
25.6.2009	1392
26.6.2009	764
27.6.2009	521
28.6.2009	498
Gesamt	25535

Datum	Ereignis
08.6.2009	Aktion „Ruf im Bundestag an!“ http://netzpolitik.org/2009/zensursula-ruf-im-bundestag-an-1-akt/
11.6.2009	CDU diskutiert Ausweitung der Zensur auf „Killerspiele“, netzpolitik.org http://netzpolitik.org/2009/cdu-diskutiert-ausweitung-der-zensur-auf-killerspiele/
12.6.2009	Björn Böhning „Verlierer des Tages“ in der BILD-Zeitung
13.6.2009	Beschluss SPD-Parteivorstand „Löschen vor Sperren“ http://netzpolitik.org/2009/eil-beschluss-des-spd-parteevorstandes-zum-zensursula-gesetz/
15.6.2009	Weniger Kinderpornos in Privatbesitz, Frankfurter Rundschau http://www.fr-online.de/politik/kriminalstatistik-weniger-kinderpornos-in-privatbesitz,1472596,3317290.html <i>„Gefundenes Fressen für die Gegner der geplanten Internet-Sperren dürfte sein, dass Besitz und Beschaffung von Kinderpornografie laut Bericht um 24 Prozent auf 6707 Fälle abgenommen haben. Das passt so gar nicht zum umstrittenen Gesetzentwurf, in dem es heißt, "die Polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnet seit Jahren einen konstanten Anstieg beim Besitz, der Beschaffung und Verbreitung von Kinderpornographie.“</i>
16.6.2009	Koalition einigt sich auf „ZugErschwG“-Spezialgesetz http://www.spiegel.de/netzwelt/web/jetzt-als-spezialgesetz-koalition-einigt-sich-ueber-internetsperren-a-630568.html
16.6.2009	Peter Schaar möchte Internet-Sperren nicht kontrollieren, taz http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=in&dig=2009%2F06%2F16%2Fa0016&cHash=d0302c750c <i>"Wie soll ich Experten für ein solches Gremium auswählen? Ich kenne mich in der Thematik doch gar nicht aus. Das hat mit Datenschutz ja nichts zu tun."</i>
17.6.2009	Erklärung des Online-Beirat der SPD, <i>„Die SPD ist dabei, sich für die digitale Generation unwählbar zu machen. Das wird sich bereits bei der Bundestagswahl niederschlagen, weil mit der Entscheidung für die Netzsperrn jeder Internet-Wahlkampf ad absurdum geführt wird.“</i> http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/aufstand-gegen-gesetz-spd-rebellen-protestieren-gegen-internet-sperre-a-631133.html
17.6.2009	Eigenes Gesetz für Kinderporno-Sperren, Frankfurter Rundschau http://www.fr-online.de/datenschutz/kampf-gegen-kinderpornos-koalition-einig-ueber-internet-

Anhang 2 – Recherche Peaks

	<p>sperren,1472644,2709996.html</p> <p>„Martin Dörmann ist mit sich im Reinen: "Wir haben alles im Interesse der Internetnutzer getan und alle wesentlichen Bedenken des Bundesrates und der Internet-Community aufgegriffen", sagt der SPD-Verhandlungsführer zur Einigung mit der Union über den Gesetzentwurf zur Einführung von Internet-Sperren gegen Kinderpornografie. Somit kann das Gesetz am Donnerstag vom Bundestag beschlossen werden. Dörmann ist jetzt der Buhmann der Netzaktivisten, die das Gesetz nach wie vor ablehnen“</p>
18.6.2009	<p>"Da wurde mit sehr heißer Nadel gestrickt", Peter Schaar im Spiegel Online-Interview http://www.spiegel.de/politik/deutschland/datenschuetzer-zum-internet-sperrgesetz-da-wurde-mit-sehr-heisser-nadel-gestrickt-a-631014.html</p> <p>„Wie kann man verhindern, dass eine punktuelle Sperre, wie sie jetzt stattfindet, nicht zu einer entsprechenden generellen Entwicklung führt? Und das wäre tatsächlich sowohl aus datenschutzrechtlicher Sicht als auch aus Sicht der Informationsfreiheit sehr problematisch. Dass ich da plötzlich eine exekutive Funktion als Internet-Kontrolleur bekomme, ist alles andere als ideal.“</p>
18.6.2009	<p>2./3. Lesung im Bundestag, Gesetzesverabschiedung, namentliche Abstimmung http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17146.pdf</p>
18.6.2009	<p>91 Prozent für Sperrung von Kinderporno-Seiten, Frankfurter Allgemeine Zeitung „Neun von zehn Deutschen begrüßen die Sperrung von Internetseiten mit Kinderpornographie, die an diesem Donnerstag im Bundestag verabschiedet werden soll. Das hat eine vom Familienministerium beauftragte Umfrage des Instituts Allensbach ergeben. 91 Prozent seien dafür, sieben dagegen.“</p>
18.6.2009	<p>Offener Brief von Thorsten Schäfer-Gümbel, Hessischer SPD-Fraktionsvorsitzender „Daher halte ich das Gesetz nicht für verabschiedungsfähig.“ http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/aufstand-gegen-gesetz-spd-rebellen-protestieren-gegen-internet-sperre-a-631133.html</p>
18.6.2009	Mahnwache vor Brandenburger Tor
19.6.2009	Website der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gehackt
19.6.2009	SPD-Politiker Tauss will zur Piratenpartei wechseln, Welt Online http://www.welt.de/politik/article3956594/SPD-Politiker-Tauss-will-zur-Piratenpartei-wechseln.html
19.6.2009	Protestsong „Zensi – Zensa – Zensursula“ http://www.youtube.com/watch?v=9DeHKOz5HxI
20.6.2009	Rücktritt von Tauss aus SPD, Eintritt in Piratenpartei, Damit erster Bundestagsabgeordneter der Piratenpartei
20.6.2009	Bundesweite Demonstrationen „Löschen statt Sperren“
21.6.2009	
22.6.2009	
23.6.2009	Sozialdemokraten verlieren Rückhalt in der Online-Szene, Handelsblatt „Die SPD steht vor massiven Problemen im Online-Wahlkampf. Nachdem die Bundestagsfraktion vergangene Woche dem Gesetz zur Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet zugestimmt hat, wächst der Protest.“
25.6.2009	<p>"Ihnen ist egal, was wir denken" ZEIT-Streitgespräch zwischen Franziska Heine und Ursula von der Leyen http://www.zeit.de/online/2009/26/leyen-heine-netzsperrn</p> <p>„Heine: Nein, Sie tun etwas anderes. Sie wollen, um bei Ihrem Bild zu bleiben, bloß ein weißes Blatt Papier über das Kinderporno-Buch legen, statt es aus dem Laden zu entfernen.</p> <p>von der Leyen: Ein Blatt ist es nicht. Ein Blatt Papier kann jeder hochheben. Und wir setzen auf Löschen vor Sperren. Das ist ganz klar im Gesetz festgelegt. In Deutschland selbst kann sofort gelöscht werden, in Europa haben wir Richtlinien dafür. Aber gerade im nichteuropäischen Ausland gilt: Für Löschen gibt es keine rechtliche Möglichkeit, da ist Sperren das Mittel der Wahl und dann gehen wir den Weg über Interpol und die Strafverfolgungsbehörden.“</p> <p>„ von der Leyen: Es stimmt nicht, dass jeder kriminalisiert wird, der zufällig auf eine gesperrte Seite gerät. Das war mir wichtig, denn viele Nutzer kommen ungewollt auf diese Seiten. Ich habe deshalb gegen die Vorstellung der SPD gefochten, dass automatisch die Daten aller Nutzer gespeichert werden. Diese Daten werden jetzt</p>

Anhang 2 – Recherche Peaks

<p>sofort gelöscht. So steht es im Gesetz.“</p> <p>„Heine: Was ist denn passiert? Da wird ein Gesetz kurz vor Ende der Legislaturperiode durchgepeitscht, ohne dass man auf die Gegenargumente eingeht. Das ist keine Auseinandersetzung. 134.000 Menschen wird signalisiert: Es ist uns egal, was ihr denkt. Aber diese Menschen werden nicht aufhören. Das Netz ist unglaublich politisch. Wir waren in den Ausschüssen, wir waren bei Parteitagen, wir haben mit Politikern geredet. Die Unterzeichner der Petition haben gesehen, wie Entscheidungen in der Politik getroffen werden - und das wird sie nachhaltig prägen.</p> <p>von der Leyen: Das ist doch etwas Tolles.</p> <p>Heine: Für uns war das nicht so toll.</p> <p>von der Leyen: Das ist lebendige Demokratie. Ich meine: 134.000 Zeichner, das ist schon etwas. Aber es gibt 40 Millionen Internetnutzer. Jetzt beginnt die Phase, in der man erkennen wird, ob Sie nachhaltig dranbleiben.“</p> <p>„ ZEIT ONLINE: Frau von der Leyen, verstehen Sie die Enttäuschung, wenn Frau Heine sagt: Wir sind so viele, und niemand hört auf uns?</p> <p>von der Leyen: Ich kann das Gefühl schon nachvollziehen, aber eine Onlinepetition ist mit einem Klick unterschrieben ...</p> <p>Heine: ... das stimmt nicht!</p> <p>von der Leyen: Okay, vielleicht braucht es zwei, drei Minuten. Natürlich kann Frustration entstehen, wenn man merkt, dass da auch andere demokratische Prozesse laufen, zum Beispiel Ausschussberatungen, in denen gewählte Vertreter Entscheidungen fällen, oder ein SPD-Parteitag, auf dem ein Beschluss anders fällt, als Sie sich das gewünscht hätten. Aber über diesen Punkt müssen Sie hinweg und sagen: Wir beteiligen uns weiter an den Diskussionen. Protest nutzt wenig, wenn man nicht auch Mehrheiten überzeugt. Dafür steht die Demokratie, die wir haben.“</p> <p>von der Leyen: „Gehen wir das Gesetz doch durch. Es stimmt nicht, dass jeder kriminalisiert wird, der zufällig auf eine gesperrte Seite gerät. Das war mir wichtig, denn viele Nutzer kommen ungewollt auf diese Seiten. Ich habe deshalb gegen die Vorstellung der SPD gefochten, dass automatisch die Daten aller Nutzer gespeichert werden. Diese Daten werden jetzt sofort gelöscht. So steht es im Gesetz. Es gibt keinen Generalverdacht. Außerdem haben wir zusätzliche Kontrollmechanismen eingebaut.“</p>
--

Drei Meldungen aus dem Bundesfamilienministerium:

- Bundestag berät abschließend über Kinderpornografiebekämpfungsgesetz (18.06.2009)
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/aktuelles.did=126086.html> Verweis auf Allensbach-Umfrage
- Bundestag beschließt Gesetz zur Bekämpfung von Kinderpornografie (19.06.2009)
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/aktuelles.did=126134.html> Verweis auf Allensbach-Umfrage
- Ursula von der Leyen im Interview mit der Wochenzeitung "DIE ZEIT" (25.06.2009)
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/aktuelles.did=129278.html>

Eine Pressemitteilung aus dem Bundesfamilienministerium:

- Ursula von der Leyen: "Internet-Community steht für ein Internet mit Freiheit und Verantwortung" (17.06.2009)
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/pressemitteilungen.did=126054.html> Verweis auf Allensbach-Umfrage

Anhang 2 – Recherche Peaks

Relevante Presseartikel

Titel	Zeitschrift	Datum	Suchbegriff	Suchbegriff 2	Suchbegriff 3	Suchbegriff 4
Kein neues Stoppschild im Internet	Frankfurter Rundschau	08.06.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Streitfall Familie	Süddeutsche Zeitung, München	08.06.2009	Kinderporno	Leyen		
Wiefelspütz will weitere Sperren im Internet	die Tageszeitung	08.06.2009	Kinderporno			
Interpol soll Kinder pornos blockieren helfen	Frankfurter Rundschau	09.06.2009	Kinderporno			
Kindersicherung für alle	die Tageszeitung	09.06.2009	Kinderporno			
Kindersicherung für alle	die Tageszeitung	09.06.2009	Internetzensur			
"So eine Alternative suchen viele Leute"	Spiegel Online	10.06.2009	Kinderporno			
Auf der Piratenwelle	Der Tagesspiegel, Berlin	11.06.2009	Kinderporno			
Kinderporno-Seiten: SPD will Gesetz Sperrung stoppen	Die Welt	12.06.2009	Kinderporno	Leyen	Stoppschild	Internetzensur
Verlierer	Bildzeitung	12.06.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Der Dambruch	die Tageszeitung	15.06.2009	Kinderporno			
Kommt die Porno-Sperre?	Die Welt	15.06.2009	Kinderporno			
Sperrlisten werden kommen	die Tageszeitung	15.06.2009	Kinderporno	ZugErschwG		
Koalition einigt sich über Internetsperren	Spiegel Online	16.06.2009	Kinderporno	Stoppschild	ZugErschwG	
Kriminalität geht leicht zurück	Frankfurter Rundschau	16.06.2009	Kinderporno			
Peter Schaar möchte Internet-Sperren nicht kontrollieren	die Tageszeitung	16.06.2009	Kinderporno			
Der Dambruch	Handelsblatt	17.06.2009	Kinderporno			
Eigenes Gesetz für Kinderporno-Sperren	Frankfurter Rundschau	17.06.2009	ZugErschwG			
Einigung beim Gesetz gegen Kinderpornographie	Frankfurter Allgemeine	17.06.2009	Kinderporno	Stoppschild	ZugErschwG	

Anhang 2 – Recherche Peaks

Erst das Gesetz, dann der Protest	die Tageszeitung	17.06.2009	Netzsperrern	ZugErschwG		
Gewinner	Bildzeitung	17.06.2009	Leyen	Stoppschild		
Kompromiss bei Sperrung von Kinderporno- Seiten	Die Welt	17.06.2009	Stoppschild			
Tauss' Fall	Der Tagesspiegel, Berlin	17.06.2009	Kinderporno	Stoppschild	ZugErschwG	
"Da wurde mit sehr heißer Nadel gestrickt"	Spiegel Online	18.06.2009	Kinderporno			
91 Prozent für Sperrung von Kinderporno- Seiten	Frankfurter Allgemeine	18.06.2009	Kinderporno			
Alternativen zu Schilda	der Freitag	18.06.2009	Kinderporno	Kinderporno	Stoppschild	
Ausgerechnet Tauss sorgt für Ärger in der SPD- Fraktion	Bildzeitung	18.06.2009	Kinderporno			
Das Netz schlägt zurück	Süddeutsche Zeitung, München	18.06.2009	Kinderporno	Leyen	Netzsperrern	Zensursula
Gesetz gegen Kinder pornos kommt	Der Tagesspiegel, Berlin	18.06.2009	Kinderporno			
Netz-Anarchos und trojanische Pferde	Frankfurter Rundschau	18.06.2009	Kinderporno			
SPD-Rebellen protestieren gegen Internet- Sperre	Spiegel Online	18.06.2009	Kinderporno	Netzsperrern	Stoppschild	ZugErschwG
Sperrern, was nicht zu löschen ist	Frankfurter Allgemeine	18.06.2009	Kinderporno	Netzsperrern	Stoppschild	
Sperrstunde im Internet	Süddeutsche Zeitung, München	18.06.2009	Kinderporno	ZugErschwG		
Beherrzter Griff zur roten Pille	Frankfurter Rundschau	19.06.2009	Kinderporno	Netzsperrern		
Bundestag beschließt neue Gesetze	Bildzeitung	19.06.2009	Kinderporno			
Gesetzesgrundlage zur Blockade von Kinderpornoseiten	Die Welt	19.06.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Stoppschild im Internet	die Tageszeitung	19.06.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Widerstand war zweckvoll	die Tageszeitung	19.06.2009	Kinderporno			
SPD-Abgeordneter Tauss vor Wechsel in die Piratenpartei	Die Welt	20.06.2009	Kinderporno	ZugErschwG	Kinderporno	

Anhang 2 – Recherche Peaks

Wechselt Taus zur Piratenpartei?	Bildzeitung	20.06.2009	Kinderporno			
Meldungen	FAZ-Sonntagszeitung	21.06.2009	Kinderporno			
Piratenpartei: Taus ist willkommen	Der Tagesspiegel, Berlin	21.06.2009	Kinderporno			
Taus soll sein SPD-Mandat niederlegen	Welt am Sonntag	21.06.2009	Kinderporno			
Der erste Pirat im Parlament	Handelsblatt	22.06.2009	Kinderporno	Zensursula		
Ein Pirat auf hoher See	Frankfurter Allgemeine	22.06.2009	Kinderporno			
Erschwerter Zugang	Das Parlament, Berlin	22.06.2009	Kinderporno			
Freibeuter im Parlament	Financial Times Deutschland	22.06.2009	Kinderporno			
Glaubenssache Jörg Taus	die Tageszeitung	22.06.2009	Kinderporno			
Klar zum Entern	Der Spiegel	22.06.2009	Kinderporno	Zensursula		
Taus entert die Piratenpartei	die Tageszeitung	22.06.2009	Kinderporno			
Taus verlässt die SPD	Die Welt	22.06.2009	Kinderporno			
Zweikampf mit dem Zweifel	Süddeutsche Zeitung, München	22.06.2009	Kinderporno			
Hauptsache Werbung	Frankfurter Rundschau	23.06.2009	Kinderporno			
Online-Beirat kritisiert SPD	Frankfurter Allgemeine	23.06.2009	Kinderporno			
Sozialdemokraten verlieren Rückhalt in der Online-Szene	Handelsblatt	23.06.2009	Kinderporno	Stoppschild	Internetzensur	
"Ihnen ist egal, was wir denken"	Die Zeit, Hamburg	25.06.2009	Kinderporno	Netzsperrern	Stoppschild	Zensursula
Ein neuer Pirat	Die Zeit, Hamburg	25.06.2009	Kinderporno			
MdB Pirat	der Freitag	25.06.2009	Kinderporno			
Gezwitscher in der Online-Gemeinde	Frankfurter Rundschau	26.06.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Alle Mann an Deck	Der Tagesspiegel, Berlin	27.06.2009	Kinderporno	Zensursula		

Anhang 2 – Recherche Peaks

Anhang 2.4 – Peak 4

23.7.2009	594
24.7.2009	165
25.7.2009	78
26.7.2009	205
27.7.2009	355
28.7.2009	161
29.7.2009	305
30.7.2009	270
31.7.2009	401
01.8.2009	262
02.8.2009	997
03.8.2009	660
04.8.2009	411
05.8.2009	394
06.8.2009	373
07.8.2009	224
08.8.2009	215
09.8.2009	168
10.8.2009	388
11.8.2009	350
12.8.2009	249
Gesamt	7225

Datum	Ereignis
23.7.2009	Von der Leyen fordert Benimm-Regeln, Spiegel Online http://www.spiegel.de/politik/deutschland/internet-von-der-leyen-fordert-benimm-regeln-a-637710.html
26.7.2009	Konservative Themen, modern übersetzt, Interview mit von der Leyen in der Welt am Sonntag http://www.welt.de/welt_print/politik/article4193642/Konservative-Themen-modern-uebersetzt.html „Die Twitter-Gemeinde im Internet hat für Sie den Schimpfnamen "Zensursula" erfunden. Wie erklären Sie sich, dass auch viele Internetexperten in der Blockade ein Einfallstor für Zensur vermuten. Sind die alle paranoid? von der Leyen: Natürlich nicht, aber wir haben 40 Millionen Internetnutzer in Deutschland. Die zeitlich befristete Petition gegen den Vorschlag ist von rund 134 000 Nutzern unterzeichnet worden. Diese Relation muss man sehen. In Umfragen halten über neunzig Prozent der Nutzer die Sperrung von Kinderpornoseiten für richtig, auch wenn klar ist, dass sie kein Allheilmittel sein kann. Und Ihren Spitznamen? von der Leyen: Meinen Spitznamen finde ich patent. Viel Feind, viel Ehr'. Wir haben eine lebendige Debatte, da darf man nicht kleinlich sein.“
27.7.2009	Regeln gelten überall, Die Welt http://www.welt.de/welt_print/debatte/article4198568/Regeln-gelten-ueberall.html „Teile der Grünen – fasziniert von den Möglichkeiten der virtuellen Mobilisierung und hingerissen von ihrem eigenen Getwitter - erkennen, dass unsere Wähler und Wählerinnen eine hohe Affinität zu Menschenrechtsfragen haben, erst recht wenn Kinder die Opfer sind.“ Matthias Güldner, Fraktionschef Bündnis 90/Grüne Bremen
31.7.2009	Dienstwagen-Affäre weitet sich auf Ursula von der Leyen aus, Heise online http://www.heise.de/tp/artikel/30/30832/1.html
31.7.2009	Gesetz gegen Kinderpornographie tritt nicht zum 1. August in Kraft, FAZ

Anhang 2 – Recherche Peaks

	<p>„Das bereits beschlossene Gesetz gegen Kinderpornographie im Internet tritt nicht wie geplant am 1. August in Kraft. Das Bundeswirtschaftsministerium wird das Gesetz wegen europarechtlicher Vorgaben vorerst nicht zur Ausfertigung an den Bundespräsidenten leiten.“</p>
02.8.2009	<p>Kampf gegen Schmutz im Internet wird verschärft, Hamburger Abendblatt http://www.abendblatt.de/politik/article1120772/Kampf-gegen-Schmutz-im-Internet-wird-verschaerft.html</p> <p>Von der Leyen: „Mir geht es jetzt um den Kampf gegen die ungehinderte Verbreitung von Bildern vergewaltigter Kinder. Der Straftatbestand Kinderpornografie ist klar abgrenzbar. Doch wir werden weiter Diskussionen führen, wie wir Meinungsfreiheit, Demokratie und Menschenwürde im Internet im richtigen Maß erhalten. Sonst droht das großartige Internet ein rechtsfreier Chaosraum zu werden, in dem man hemmungslos mobben, beleidigen und betrügen kann. Wo die Würde eines anderen verletzt wird, endet die eigene Freiheit. Welche Schritte für den Schutz dieser Grenzen notwendig sind, ist Teil einer unverzichtbaren Debatte, um die die Gesellschaft nicht herumkommt.“</p>
03.8.2009	<p>Leyen will weiter Sperren, Frankfurter Rundschau http://www.fr-online.de/home/von-der-leyen-ministerin-will-debatte-ums-internet,1472778,3299340.html</p> <p>Von der Leyen: „Sonst drohe das Internet "ein rechtsfreier Chaosraum" zu werden, "in dem man hemmungslos mobben, beleidigen und betrügen kann".“</p>
03.8.2009	<p>Aufstand der Netzbürger, Der Spiegel http://www.spiegel.de/spiegel/a-639993.html</p>
05.8.2009	<p>Guttenberg stoppt Gesetz, Süddeutsche Zeitung „Das Gesetz verfällt womöglich der Diskontinuität. Der ganze Gesetzgebungsprozess müsste im neuen Bundestag völlig neu beginnen. Diese Frage ist allerdings umstritten.“</p>
05.8.2009	<p>Aufregung um vermeintlich gekipptes Filtergesetz, Spiegel Online http://www.spiegel.de/netzwelt/web/kinderporno-sperren-aufregung-um-vermeintlich-gekipptes-filtergesetz-a-640535.html</p> <p>„Die Bundesregierung wird deshalb das weitere Gesetzgebungsverfahren erst nach Ablauf dieser Frist [Stillhaltefrist] veranlassen“, heißt es aus dem Familienministerium.“</p>
06.8.2009	<p>Netz-Sperren verzögert, Frankfurter Rundschau http://www.fr-online.de/datenschutz/guttenberg-und-die-netzaktivisten-internet-sperren-verzoegert,1472644,2908548.html</p> <p>„Die Gegner der Internet-Sperren zur Bekämpfung von Kinderpornografie haben einen neuen Strohalm entdeckt.“</p>
10.8.2009	<p>Abschlussbericht im Fall Taus</p>
10.8.2009	<p>Der Spiegel-Titelstory, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-66360414.html freiheit@unendlich.welt</p> <p>„Es mangelt nicht nur an einer umfassenden Strategie, sondern schlicht an Sachverstand, wie der Vorstoß von der Leyens in Sachen Internetsperren wieder gezeigt hat.“</p>
12.8.2009	<p>Replik von Stefan Niggemeier auf Spiegel-Titelstory http://www.stefan-niggemeier.de/blog/diebe-rufmoerder-kinderschaender/</p>

Keine Meldungen aus dem Bundesfamilienministerium
Keine Pressemitteilung aus dem Bundesfamilienministerium

Anhang 2 – Recherche Peaks

Relevante Presseartikel

Titel	Zeitschrift	Datum	Suchbegriff	Suchbegriff 2	Suchbegriff 3	Suchbegriff 4
Die Wandlung der Freaks	die Tageszeitung	23.07.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Entern Piraten den Bundestag?	Cicero	23.07.2009	Zensursula	Stoppschild		
Öffentliche Anklage	Frankfurter Rundschau	23.07.2009	Kinderporno			
"Konservative Themen, modern übersetzt"	Welt am Sonntag	26.07.2009	Kinderporno	Leyen	Zensursula	
Regeln gelten überall	Die Welt	27.07.2009	Kinderporno			
SPD-Piraten werben um Internet-Stimmen	Süddeutsche Zeitung, München	27.07.2009	Kinderporno	Netzsperrern		
"Das Hirn herausgetwittert"	Süddeutsche Zeitung, München	29.07.2009	Kinderporno	Netzsperrern		
Gesetz gegen Kinderpornographie tritt nicht zum 1. August in Kraft	Frankfurter Allgemeine	31.07.2009	Kinderporno			
Aufstand der Netzbürger	Der Spiegel	03.08.2009	Kinderporno	Zensursula	Internetzensur	Netzsperrern
Leyen will weiter sperren	Frankfurter Rundschau	03.08.2009	Kinderporno	Leyen		
Aufregung um vermeintlich gekipptes Filtergesetz	Spiegel Online	05.08.2009	Kinderporno	Leyen		
Ein bisschen Spaß muss sein: Behnam Yazdan	Die Welt	05.08.2009	Stoppschild			
Guttenberg stoppt Gesetz	Süddeutsche Zeitung, München	05.08.2009	Kinderporno			
Inland in Kürze	Frankfurter Allgemeine	05.08.2009	Kinderporno			
„Internet-Sperre kommt“	Süddeutsche Zeitung, München	06.08.2009	Kinderporno			
Gesetz scheitert nicht an EU-Ehrenrunde	die Tageszeitung	06.08.2009	Kinderporno	Stoppschild		
Netzsperrern in der Warteschleife	die Tageszeitung	06.08.2009	Kinderporno	Netzsperrern		
Netz-Sperrern verzögert	Frankfurter Rundschau	06.08.2009	Kinderporno			
Sicherheit für die Sperrern	Frankfurter Rundschau	06.08.2009	Netzsperrern			

Anhang 2 – Recherche Peaks

Simple Lösungen für ein komplexes Problem	Süddeutsche Zeitung, München	06.08.2009	Kinderporno	Leyen	Internetzensur	Netzsperrn
Verzögert - aber auch gescheitert?	Der Tagesspiegel, Berlin	06.08.2009	Kinderporno			
Volksferner Populismus	die Tageszeitung	06.08.2009	Kinderporno			
Den Ball flach halten: Brigitte Zypries	Die Welt	07.08.2009	Kinderporno			
Piraten im Regierungsviertel	Die Welt	08.08.2009	Kinderporno			
Abschlussbericht im Fall Tauss	Süddeutsche Zeitung, München	10.08.2009	Kinderporno			
freiheit@unendlich.welt	Der Spiegel	10.08.2009	Kinderporno	Netzsperrn	Stoppschild	Zensursula
Im Schlafzimmer	Frankfurter Rundschau	10.08.2009	Kinderporno			
Inland in Kürze	Frankfurter Allgemeine	10.08.2009	Kinderporno			
Piratenpartei-Abgeordneter Tauss schwer belastet	die Tageszeitung	10.08.2009	Kinderporno			
Schmutz unterm Bett	Der Spiegel	10.08.2009	Kinderporno			
Wenig Glück im Internet	Die Welt	10.08.2009	Kinderporno	Internetzensur		
Anklage gegen Tauss noch nicht sicher	die Tageszeitung	11.08.2009	Kinderporno			
Ganz oben angekommen	Die Welt	11.08.2009	Kinderporno			
Union strebt noch strengere Internet-Regeln an	Die Welt	11.08.2009	Kinderporno			

Anhang 2 – Recherche Peaks

Anhang 2.5 – Peak 5

03.1.2010	56
04.1.2010	70
05.1.2010	130
06.1.2010	156
07.1.2010	209
08.1.2010	60
09.1.2010	61
10.1.2010	170
11.1.2010	271
12.1.2010	137
13.1.2010	1003
14.1.2010	239
15.1.2010	187
16.1.2010	58
17.1.2010	201
18.1.2010	237
19.1.2010	273
20.1.2010	125
21.1.2010	268
22.1.2010	336
23.1.2010	153
Gesamt	4400

Wechsel der Bundesregierung – Leyen Arbeitsministerin, wollte ursprünglich Gesundheitsministerin werden: <http://m.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/ursula-von-der-leyen-gouvernante-im-nannystaat-1909404.html>

Datum	Ereignis
04.1.2010	Neue Internetzensur rund um den Globus, netzpolitik.org http://netzpolitik.org/2010/neue-internetzensur-rund-um-den-globus/
05.1.2010	Nacktscanner verstoßen gegen britische Kinderpornografie-Gesetze, Guardian http://www.guardian.co.uk/politics/2010/jan/04/new-scanners-child-porn-laws
06.1.2010	(ELENA wird zurückgezogen)
07.1.2010	Strafbefehl gegen kritische Medienwissenschaftlerin, schockwellenreiter.de http://www.schockwellenreiter.de/blog/2010/01/06/zensur-in-deutschland-strafbefehl-gegen-kritische-medienwissenschaftlerin/
09.1.2010	Im Netz der Kinderschänder, FAZ http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/internet-im-netz-der-kinderschaender-1606744.html „Mit den Netzsperrern wollte das Bundeskriminalamt vielmehr gegen Websites vorgehen, die Kinderpornographie zeigen und zum Teil weitere, kostenpflichtige Angebote bewerben. Beim Versuch, sie aufzurufen, sollte ein Stoppschild erscheinen. Die Internetgemeinde sah darin Zensur, ihre Kampagne war erfolgreich: Die FDP setzte nach dem Regierungswechsel durch, dass die Sperren ausgesetzt werden. Das BKA soll wie bislang versuchen, die Seiten löschen zu lassen, auch wenn sie im Ausland bereitgestellt werden. Den Zugang zu ihnen sperren darf es nicht.“
10.1.2010	Replik des AK Zensur auf den FAZ-Artikel http://ak-zensur.de/2010/01/simple-antworten.html
11.1.2010	Das muss besser werden, Spiegel-Gespräch mit Leutheusser-Schnarrenberger http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-68621890.html LHS: „Aber wenn das Gesetz nicht in Kraft tritt, machen wir genau eines: Dann sorgen wir dafür, dass diese Inhalte gelöscht werden. Das ist allemal effektiver, als zu versuchen, sie durch leicht umgehbare Sperren nur zu verstecken.“
12.1.2010	Entwurf der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag-Novelle auf odem.blog http://blog.odem.org/2010/01/sendezeitbegrenzung.html
13.1.2010	Google schaltet Zensur in China ab http://googleblog.blogspot.de/2010/01/new-

Anhang 2 – Recherche Peaks

	approach-to-china.html
18.1.2010	Türkei blockiert 3700 Webseiten auf Grundlage ihrer Sperrgesetze, reuters http://www.reuters.com/article/2010/01/18/us-osce-turkey-internet-idUSTRE60H2WJ20100118?type=technologyNews
19.1.2010	Innenminister de Maiziere lädt zum „Dialog über die Zukunft der digitalen Gesellschaft“

Keine Meldungen aus dem Bundesfamilienministerium

Keine Pressemitteilung aus dem Bundesfamilienministerium

Anhang 2 – Recherche Peaks

Relevante Presseartikel

Titel	Zeitschrift	Datum	Suchbegriff	Suchbegriff 2	Suchbegriff 3	Suchbegriff 4
Im Netz der Kinderschänder	Frankfurter Allgemeine	09.01.2010	Kinderporno	Netzsperrern	Stoppschild	
"Das muss besser werden"	Der Spiegel	11.01.2010	Kinderporno			
Justizministerin droht Google	Die Welt	11.01.2010	Kinderporno			
Union will bei Internetkompetenz aufholen	Spiegel Online	13.01.2010	Kinderporno	Stoppschild	Zensursula	
De Maizière trifft Schäubles Feinde	Spiegel Online	19.01.2010	Kinderporno	ZugErschwG		
Thomas d. geht online	Financial Times Deutschland	20.01.2010	Kinderporno			
SPD plant Online-Offensive	Der Spiegel	18.01.2010	Netzsperrern			

Anhang 2 – Recherche Peaks

Anhang 2.6 – Peak 6

07.2.2010	59
08.2.2010	454
09.2.2010	790
10.2.2010	199
11.2.2010	244
12.2.2010	159
13.2.2010	198
14.2.2010	183
15.2.2010	100
16.2.2010	311
17.2.2010	2381
18.2.2010	734
19.2.2010	343
20.2.2010	251
21.2.2010	300
22.2.2010	1419
23.2.2010	844
24.2.2010	501
25.2.2010	639
26.2.2010	283
27.2.2010	117
Gesamt	10509

Datum	Ereignis
07.2.2010	Zensursula Reloaded – Der neue JMStV, alios.org http://www.alios.org/blog/2010/02/zensursula-reloaded-der-neue-jmstv/
08.2.2010	CDU-Medienpolitiker lobt und tadelt Zugängerschwerungsgesetz, heise online http://www.heise.de/newsticker/meldung/CDU-Medienpolitiker-lobt-und-tadelt-Zugängerschwerungsgesetz-Update-924914.html
09.2.2010	Stellungnahme der Bundesregierung an Bundespräsident Horst Köhler
09.2.2010	Schwarz-Gelb plant statt Websperren Gesetz zur Löschung von Kinderpornographie, heise online http://www.heise.de/newsticker/meldung/Schwarz-Gelb-plant-statt-Websperren-Gesetz-zur-Loeschung-von-Kinderpornographie-924950.html
10.2.2010	Internetsperren nicht durchsetzen, FAZ <i>„Die Bundesregierung will die Zugangssperren für Kinderpornographische Internetseiten nicht durchsetzen. Statt des Sperrgesetzes aus der vergangenen Legislaturperiode wolle die schwarz-gelbe Koalition nun ein Gesetz zur Löschung solcher Seiten in Angriff nehmen, sagte Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) am Dienstag der Nachrichtenagentur AP.“</i>
10.2.2010	Löschen statt stoppen, Der Tagesspiegel http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/zugängerschwerungsgesetz-loeschen-statt-stoppen/1679446.html <i>„Welches Ministerium nun im zweiten Anlauf die Federführung für das Thema übernehmen wird, scheint noch nicht ausgemacht: Das Innenministerium wolle am liebsten nichts mit dem Thema zu tun haben, heißt es in Regierungskreisen hinter vorgehaltener Hand. Leyens Nachfolgerin im Familienministerium, Kristina Köhler (CDU), wird dagegen Interesse nachgesagt, sich mit dem öffentlichkeitswirksamen Thema zu profilieren. Ein Sprecher will das noch nicht bestätigen: "Inwieweit unser Haus eingebunden sein wird, muss man sehen.“</i>
13.2.2010	„Wir wollen kein #Kindernet! Wir wollen keine #Zensur! #JMSTV muss vom Tisch!“ Aufruf der Piratenpartei
16.2.2010	Löschen statt sperren, FAZ http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kinderpornographie-im-internet-loeschen-statt-sperren-1939686.html

Anhang 2 – Recherche Peaks

	<p>„ Was immer man unter der "Internetgemeinde" verstehen mag - sie hat gewonnen. Den Stopp-Schildern, die die alte Regierung gegen Kinderpornographie im Internet zu installieren suchte ("Zugangerschwerungsgesetz"), hat die neue den Rücken zugekehrt.“</p> <p>„ Als traurige Gestalt der Gesetzesgroteske gilt die frühere Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Doch macht sie ihrem Spottnamen "Zensursula" keine Ehre. Das erste Gesetz gegen Kinderpornographie ist zwar gescheitert, die Ministerin hat das Thema aber ins öffentliche Bewusstsein gehoben.“</p>
17.2.2010	Unterzeichnung des Gesetzes durch Bundespräsident Horst Köhler
17.2.2010	Jugendmedienschutz-Staatsvertrag Zensursula reloaded, Piratenpartei Brandenburg http://www.piratenbrandenburg.de/2010/02/zensursula-reloaded/
18.2.2010	
19.2.2010	<p>Kindesmissbrauch, Der Tagesspiegel http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/meinung-kindesmissbrauch-wo-grenzen-sind/1686044.html</p> <p>„So wie auch beim angekündigten Löschesetz. Das hört sich an, als befände sich neben den Paragrafen eine Delete-Taste, mit der unerwünschte Inhalte zu tilgen wären. In Wahrheit geht es um Regeln, die Verwaltungsabläufe verbessern sollen.“</p>
20.2.2010	Nichtanwendungserlass geleakt, http://blog.odem.org/2010/02/bmi-anweisung.html
22.2.2010	öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss
22.2.2010	<p>"Vielleicht sollten wir chatten", Spiegel Online http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/anhoerung-zum-netzsperrengesetz-vielleicht-sollten-wir-chatten-a-679582.html</p> <p>„Entsprechend fallen die Fragen an die parteilose Petentin geradezu wohlwollend aus - der Protest der Netzaktivisten in den vergangenen Monaten hat längst zum Umdenken vieler Politiker geführt.“</p> <p>„Die vehementeste Verfechterin des Gesetzes, die ehemalige Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU), blieb der Anhörung fern. Die Fragen der Abgeordneten beantworteten stattdessen Abgesandte der Ministerien. So war aus dem Innenressort zu erfahren, dass es beim Bundeskriminalamt bisher keine Umsetzungsmaßnahmen gebe - weder Sperrlisten noch technische Infrastruktur - und aus dem Justizministerium, dass man für ein Aufhebungsgesetz noch etwas Zeit brauche.“</p>
	<p>Regierung stoppt das eigene Gesetz, taz http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=in&dig=2010%2F02%2F22%2Fa0025&cHash=3f204f54ef</p> <p>„Das Innenministerium ordnet per Erlass an, keine Sperrlisten für Kinderpornoseiten zu erstellen. Stattdessen soll das Bundeskriminalamt andere Staaten zum Löschen der Seiten auffordern.“</p>
23.2.2010	<p>134.000 Deutsche ignoriert, Süddeutsche Zeitung http://www.sueddeutsche.de/digital/petition-gegen-netzsperrengesetz-deutsche-ignoriert-1.11999</p> <p>„Diese Diskrepanz verhärtet die Fronten. Die Jungen fühlen sich nicht ernst genommen. Sie erkennen, dass es vielen Abgeordneten auch am schieren Sachverstand fehlt, Fragen der digitalen Gesellschaft zu beantworten. So hat die Posse um das Netzsperrengesetz das Potential, die allgemeine Politikverdrossenheit zu vergrößern.“</p>
25.2.2010	<p>Familienministerin Schröder rüffelt von der Leyen, Spiegel Online http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umstrittenes-internetssperrgesetz-familienministerin-schroeder-rueffelt-von-der-leyen-a-680088.html</p> <p>„SPIEGEL ONLINE: Das umstrittene Gesetz ist unter Ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen entwickelt worden. Was hat sie falsch gemacht?</p> <p>Schröder: Ihr Anliegen war hundertprozentig richtig, wir müssen etwas gegen Kinderpornografie tun. Der Schutz von Kindern hat oberste Priorität - online wie offline. Aber vielleicht hat die Debatte auf allen Seiten daran gekrankt, dass sehr schnell Feindbilder entwickelt wurden. Die Akteure haben einfach zu wenig miteinander geredet .</p>

Anhang 2 – Recherche Peaks

	<p>SPIEGEL ONLINE: Kritiker nannten von der Leyen am Ende nur noch "Zensursula" ...</p> <p>Schröder: Sicher wäre es besser gewesen, die Internetcommunity mehr einzubinden. Ich habe das selbst gemerkt. Wenn ich mit meinen Wiesbadener Piraten diskutiere, dann kann das auch sehr konstruktiv sein. Ich werde demnächst auch deren Stammtisch besuchen. Natürlich sind da manche sehr speziell, keine Frage. Aber wir sind uns doch weitgehend einig: Wir wollen ein möglichst freies Internet und keine Kinderpornografie.“</p>
--	---

Eine Meldung aus dem Bundesfamilienministerium:

- Verweis auf Spiegel Online-Interview vom 25.2.2010

Keine Pressemitteilung aus dem Bundesfamilienministerium

Anhang 2 – Recherche Peaks

Relevante Presseartikel

Titel	Zeitschrift	Datum	Suchbegriff	Suchbegriff 2	Suchbegriff 3	Suchbegriff 4
Die Schelmexperten des sozialen Internets	Frankfurter Allgemeine	16.02.2010	Internetzensur			
"Internetsperren nicht durchsetzen"	Frankfurter Allgemeine	10.02.2010	Kinderporno			
Aktionismus, zweite Runde	Frankfurter Rundschau	10.02.2010	Kinderporno			
Bundesregierung rückt von Gesetz für Kinderporno-Sperren ab	Die Welt	10.02.2010	Kinderporno	Zensursula	Stoppschild	
Bundesregierung will nun doch keine Netzsperrn	die Tageszeitung	10.02.2010	Kinderporno	Netzsperrn	Stoppschild	
Internet-Sperren vor dem Auslöschen statt sperren	Süddeutsche Zeitung, München	10.02.2010	Kinderporno	Leyen	Netzsperrn	
Löschen statt Sperren	Süddeutsche Zeitung, München	10.02.2010	Kinderporno	Leyen	Stoppschild	
Löschen statt sperren im Internet	die Tageszeitung	10.02.2010	Kinderporno	Netzsperrn	Stoppschild	
Löschen statt stoppen	Frankfurter Rundschau	10.02.2010	Kinderporno	Zensursula		
Löschen statt sperren	Der Tagesspiegel, Berlin	10.02.2010	Kinderporno	Zensursula		
Löschen statt sperren	Frankfurter Allgemeine	17.02.2010	Kinderporno	Zensursula	Netzsperrn	
Absurde Regelung	Süddeutsche Zeitung, München	18.02.2010	Kinderporno			
Ein bisschen Staat muss sein	Die Zeit, Hamburg	18.02.2010	Kinderporno	Netzsperrn		
Köhler unterzeichnet Sperrgesetz	Frankfurter Allgemeine	18.02.2010	Kinderporno	Internetzensur	Netzsperrn	
Neue Seiten	Der Tagesspiegel, Berlin	18.02.2010	Kinderporno	Zensursula		
Unernst gegen Unrecht	Frankfurter Allgemeine	18.02.2010	Kinderporno			
Die Bundesregierung sperrt sich	Süddeutsche Zeitung, München	19.02.2010	Kinderporno	Netzsperrn		
Kindessmissbrauch	Der Tagesspiegel, Berlin	19.02.2010	Kinderporno			
Posse mit Unterschrift	Süddeutsche Zeitung, München	19.02.2010	Kinderporno			

Anhang 2 – Recherche Peaks

"Vielleicht sollten wir chatten"	Spiegel Online	22.02.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
Im Wartezimmer des Parlaments	Frankfurter Rundschau	22.02.2010	Kinderporno	Leyen		
Regierung stoppt das eigene Gesetz	die Tageszeitung	22.02.2010	Kinderporno	Internetzensur		
Internetsperrgesetz wieder vor dem Aus	Financial Times Deutschland	23.02.2010	Kinderporno	Leyen	Stoppschild	
Netzsperrern: Gesetz auf Abruf	Der Tagesspiegel, Berlin	23.02.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
Politiker unterstützen Netzaktivistin	Frankfurter Rundschau	23.02.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
"Schnelle Lösung für Sperrgesetz"	Frankfurter Allgemeine	24.02.2010	Kinderporno			
134 000 Deutsche ignoriert	Süddeutsche Zeitung, München	24.02.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
Scheingefecht um Kinderpornos	Financial Times Deutschland	24.02.2010	Kinderporno	Leyen	Stoppschild	
Familienministerin Schröder rüffelt von der Leyen	Spiegel Online	25.02.2010	Kinderporno	Zensursula		
Schattenboxen im Bundestag	der Freitag	25.02.2010	Kinderporno	Leyen	Netzsperrern	
Runder Tisch gegen Pornographie	Frankfurter Allgemeine	27.02.2010	Kinderporno			
Präsident ohne Worte	Der Spiegel	22.02.2010	Leyen	Zensursula	Internetzensur	
Die CSU will wieder cool werden	die Tageszeitung	17.02.2010	Netzsperrern			
Weniger Sperrern	Frankfurter Rundschau	26.02.2010	Netzsperrern			

Anhang 2 – Recherche Peaks

Anhang 2.7 – Peak 7

19.3.2010	261
20.3.2010	169
21.3.2010	60
22.3.2010	115
23.3.2010	393
24.3.2010	404
25.3.2010	158
26.3.2010	85
27.3.2010	82
28.3.2010	155
29.3.2010	1253
30.3.2010	688
31.3.2010	645
01.4.2010	150
02.4.2010	124
03.4.2010	140
04.4.2010	31
05.4.2010	136
06.4.2010	154
07.4.2010	130
08.4.2010	231
Gesamt	5564

Datum	Ereignis
19.3.2010	Farce 2.0: Das Netz ist kein Babysitter, FAZ http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/aus-dem-maschinenraum/aus-dem-maschinenraum-3-farce-2-0-das-netz-ist-kein-babysitter-1955426.html „Die so vehemente wie unbelehrbare Kämpferin für die Internet-Stoppschilder, Ursula von der Leyen, wechselte das Ressort und spricht seit dem Wahltag kaum mehr ein Wort über ihre gescheiterte Idee.“
20.3.2010	Behüten, wo es nötig ist, Gastkommentar Kurt Beck, Süddeutsche Zeitung http://blogs.sueddeutsche.de/schaltzentrale/2010/03/26/kurt-beck-zum-jugendschutz-im-internet-behuten-wo-es-notig-ist/ „Eine Sperrinfrastruktur wird im Novellierungsentwurf der Länder weder vorausgesetzt noch gefordert.“
22.3.2010	Von der Spielwiese zum Politikfeld, FAZ http://m.faz.net/aktuell/politik/inland/internet-von-der-spielwiese-zum-politikfeld-1953495.html „Die Politik erkennt, dass sie die Internetaktivisten nicht links liegenlassen sollte. [...] Das „Politicamp“ in Berlin hat gezeigt, wie man sich vorsichtig nähert. [...] Zum Auftakt findet am Samstag unter dem Titel „Politik trifft Web 2.0“ die Elefantenrunde statt, an der neben Müller-Sönksen auch Familienministern Kristina Schröder (CDU) teilnimmt, deren Ministerium die Veranstaltung fördert.“
23.3.2010	Google eskaliert Zensur-Streit mit Peking, heise online http://www.heise.de/newsticker/meldung/Google-eskaliert-Zensur-Streit-mit-Peking-960989.html
23.3.2010	Justizministerin wettet gegen Internetsperre, FTD „Leutheusser-Schnarrenberger will so verhindern, dass der schwarz-gelben Koalition die Netzsperrungen aus Brüssel aufgezwungen werden.“
24.3.2010	EU-Ministerrat fordert Stopp-Schilder im Internet, PM AK Zensur http://ak-zensur.de/2010/03/ministerrat-stoppschild.html
26.3.2010	Länderchefs wollen Internet filtern, FTD „Nach dem Streit um Netzsperrungen gegen Kinderpornografie dürfte der Staatsvertrag die Debatte um eine praktikable Kontrolle im Netz befeuern. Denn dahinter steckt der Versuch, das globale Internet gemäß deutschen Altersvorschriften zu regulieren.“

Anhang 2 – Recherche Peaks

27.3.2010	<p>„Censilia“ und die EU: Montag geht es los!, netzpolitik.org http://netzpolitik.org/2010/censilia-und-die-eu-montag-geht-es-los/ <i>„Cecilia Malmström, the European commissioner for home affairs, will next week propose a directive aimed at blocking paedophile websites.“</i></p>
29.3.2010	<p>„Dunkle Ecken des Internets aufräumen“, Gastbeitrag EU-Kommissarin Cecilia Malmström, FAZ http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/kindesmissbrauch-dunkle-ecken-des-internets-aufräumen-1952656.html <i>„ Die Kommission legt an diesem Montag einen Richtlinienentwurf vor, der zumindest innerhalb der Europäischen Union mit den dunklen Ecken des Internets und den kriminellen Bildern von Kindesmissbrauch aufräumen soll.“</i></p>
30.3.2010	<p>Berlin und Brüssel streiten über Kinderporno-Seiten, Die Welt http://www.welt.de/welt_print/politik/article6981742/Berlin-und-Bruessel-streiten-ueber-Kinderporno-Seiten.html <i>„Für Ursula von der Leyen (CDU) dürfte die Nachricht eine späte Genugtuung sein: Die EU-Kommission will alle europäischen Staaten zur Sperrung von kinderpornografischen Internetseiten verpflichten.“</i> 15 weitere Artikel zum Thema</p>
31.3.2010	<p>"Auf Kosten des Kinderschutzes", Der Tagesspiegel http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/internetsperren-auf-kosten-des-kinderschutzes/1781196.html <i>„Der Vizechef der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber (CSU), widersprach heftig: Er warf Leutheusser-Schnarrenberger vor, sich in der Debatte um die Eindämmung der Kinderpornografie „als Liberale auf Kosten des Kinderschutzes“ zu profilieren.“</i></p>
31.3.2010	<p>„Löschen ist das mildere Mittel“, Interview mit Peter Schaar, Die Welt http://www.welt.de/welt_print/politik/article6997476/Loeschen-ist-das-mildere-Mittel.html <i>„Je stärker man versucht, den Zugriff zu unterbinden, umso größer wird das Problem der sogenannten "Übersperrung". Auch Seiten, die gar nicht unter Kinderpornografie fallen, wären nicht mehr zugänglich.“</i></p>
05.4.2010	<p>Was wohl kommen wird: "Netz-Schengen" – die große Firewall des Westens, carta.info http://carta.info/25002/netz-schengen-die-grosse-firewall-des-westens</p>
06.4.2010	<p>CSU attackiert FDP bei Bekämpfung der Kinderpornografie, Die Welt http://www.welt.de/welt_print/politik/article7066569/CSU-attackiert-FDP-bei-Bekaempfung-der-Kinderpornografie.html <i>„Nach Aussage von Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat die Bundesrepublik das Sperren solcher Internetseiten aufgegeben. Aber das stimmt nicht“, sagt der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl (CSU), der WELT.“</i></p>
07.4.2010	
08.4.2010	

Keine Meldungen aus dem Bundesfamilienministerium

Eine Pressemitteilung aus dem Bundesfamilienministerium:

- "Politik trifft web 2.0" - Kristina Schröder beim politcamp 2010
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=134410.html>
 - "Mit dem 'Forum Internet' will ich eine neue Seite in der Kommunikation zwischen Politik und Netzgemeinde aufschlagen - denn bisher sprechen wir zuviel übereinander und zu wenig miteinander", sagt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder."

Anhang 2 – Recherche Peaks

Relevante Presseartikel

Titel	Zeitschrift	Datum	Suchbegriff	Suchbegriff 2	Suchbegriff 3	Suchbegriff 4
Behüten, wo es nötig ist	Süddeutsche Zeitung, München	20.03.2010	Kinderporno	Zensursula		
Justizministerin wettert gegen Internetsperre	Financial Times Deutschland	23.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
Länderchefs wollen Internet filtern	Financial Times Deutschland	26.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
Brüssel will Internetseiten sperren lassen	Frankfurter Allgemeine	29.03.2010	Kinderporno			
Nicht nur damals	Frankfurter Allgemeine	29.03.2010	Kinderporno			
Parlamentarier rüsten gegen Brüsseler Netzsperrern-Plan	Spiegel Online	29.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
"Wie China und der Iran"	die Tageszeitung	30.03.2010	Kinderporno	Zensursula	Netzsperrern	Stoppschild
Berlin und Brüssel streiten über Kinderporno- Seiten	Die Welt	30.03.2010	Kinderporno	Zensursula		
Brüssel drängt Deutschland Netzsperrern auf	Financial Times Deutschland	30.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
Dann eben ohne Deutschland	die Tageszeitung	30.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
Deutschland will „löschen statt sperren“	Süddeutsche Zeitung, München	30.03.2010	Kinderporno	Zensursula	Netzsperrern	Stoppschild
EU fordert Internet-Sperren für Kinderpornographie	Süddeutsche Zeitung, München	30.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
EU polarisiert mit der Sperrung von Internetseiten	Handelsblatt	30.03.2010	Kinderporno			
Geschlossenes System	Der Tagesspiegel, Berlin	30.03.2010	Kinderporno	Stoppschild	ZugErschwG	
Hase und Igel online	Die Welt	30.03.2010	Kinderporno	Zensursula		
In den dunklen Ecken des Internets	die Tageszeitung	30.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
Kampf um jedes Byte	Financial Times Deutschland	30.03.2010	Kinderporno			
Kommissarin im Wespennest	die Tageszeitung	30.03.2010	Kinderporno			
Nicht sperren, sondern löschen	Frankfurter Rundschau	30.03.2010	Kinderporno			
Sie tappen im Dunkeln	Frankfurter Allgemeine	30.03.2010	Kinderporno			

Anhang 2 – Recherche Peaks

Sperren oder Löschen?	Frankfurter Rundschau	30.03.2010	Kinderporno			
Weiter Vorbehalte gegen Sperren	Frankfurter Allgemeine	30.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern	ZugErschwG	
"Auf Kosten des Kinderschutzes"	Der Tagesspiegel, Berlin	31.03.2010	Kinderporno			
"Internetsperren weiter möglich"	Frankfurter Allgemeine	31.03.2010	Kinderporno			
"Löschen ist das mildere Mittel"	Die Welt	31.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern	ZugErschwG	
Berlin gegen Brüssel	Süddeutsche Zeitung, München	31.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern	ZugErschwG	
Keine Domain der Politik	Der Tagesspiegel, Berlin	31.03.2010	Kinderporno			
Polizeiwappen auf dem Schirm	Der Tagesspiegel, Berlin	31.03.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
Sperrbezirk	Die Zeit, Hamburg	31.03.2010	Kinderporno	ZugErschwG		
Sperren UND löschen!	Bildzeitung	31.03.2010	Kinderporno			
CSU attackiert FDP bei Bekämpfung der Kinderpornografie	Die Welt	06.04.2010	Kinderporno	Netzsperrern	Stoppschild	ZugErschwG
Das Recht, das Netz und der Dreck	Frankfurter Allgemeine	07.04.2010	Kinderporno			
FDP-Fraktion lehnt Vorstoß der CSU zu Internetsperren ab	Die Welt	07.04.2010	Kinderporno			
Union sperrt sich gegen FDP	die Tageszeitung	07.04.2010	Kinderporno			
Zypriens fordert Internetgesetzbuch	Frankfurter Allgemeine	07.04.2010	Kinderporno			
Löschen oder sperren? Eine Diskussion auf Wiedervorlage	der Freitag	08.04.2010	Kinderporno	Stoppschild	ZugErschwG	
Von der Leyen beliebter als Gutenberg	Financial Times Deutschland	01.04.2010	Leyen			
Farce 2.0	Frankfurter Allgemeine	19.03.2010	Netzsperrern	Stoppschild	ZugErschwG	
Achtung, Blogger!	Die Welt	29.03.2010	Netzsperrern			
Von der Spielwiese zum Politikfeld	Frankfurter Allgemeine	23.03.2010	Zensursula	Netzsperrern		

Anhang 2 – Recherche Peaks

Anhang 2.8 – Peak 8

23.5.2010	133
24.5.2010	91
25.5.2010	76
26.5.2010	93
27.5.2010	262
28.5.2010	405
29.5.2010	105
30.5.2010	225
31.5.2010	379
01.6.2010	2821
02.6.2010	5052
03.6.2010	2583
04.6.2010	198
05.6.2010	160
06.6.2010	81
07.6.2010	139
08.6.2010	135
09.6.2010	146
10.6.2010	190
11.6.2010	140
12.6.2010	33
Gesamt	13447

Datum	Ereignis
27.5.2010	Schleswig-Holstein will Netzsperrern, netzpolitik.org http://netzpolitik.org/2010/schleswig-holstein-will-netzsperrern/ „Sperr-Phantasien für Glücksspiele sind ja in der Zensursula-Diskussion etwas in den Hintergrund geraten und eine Zeitlang sah es so aus, als ob die Befürworter sich etwas zurückhalten. Das scheint jetzt nicht mehr so zu sein.“
28.5.2010	Gericht verurteilt Tauss zu Bewährungsstrafe, Spiegel Online http://www.spiegel.de/panorama/justiz/kinderporno-prozess-gericht-verurteilt-tauss-zu-bewaehrungsstrafe-a-697300.html „Eindeutiges Urteil in einem aufsehenerregenden Prozess: Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Tauss ist wegen Besitzes von Kinderpornografie zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Auf seinem Handy waren rund 260 Bilder und etwa 40 Videoclips gefunden worden.“
30.5.2010	Tauss ist raus, taz http://www.taz.de/!53200/ „Seit 2009 war der frühere SPDler Jörg Tauss Mitglied der Piraten. Nachdem er wegen Verbreitung von Kinderpornos verurteilt wurde, trat er aus. Die Partei will er aber weiter unterstützen.“
31.5.2010	Rücktritt Horst Köhler vom Amt des deutschen Bundespräsidenten
31.5.2010	Erste Gerüchte über Ursula von der Leyen als mögliche Kandidatin: „Hugo Müller-Vogg tippt in der ARD auf Ursula von der Leyen als Köhler-Nachfolgerin. *gulp*“ https://twitter.com/haekelschwein/status/15111922770
01.6.2010	„Eil! +++ Nach Gespräch der Koalitionsspitzen: von der Leyen Favoritin für Bundespräsidentenamt +++ gleich mehr auf n24.de“ https://twitter.com/n24_de/status/15182230004
02.6.2010	#notmypresident
03.6.2010	Die Bundesmutter, FTD http://www.ftd.de/politik/deutschland/koehler-nachfolge-nicht-alle-lieben-von-der-leyen/50122020.html „Von der Leyen lächelt alle Gerüchte weg. Es sei zwar derzeit die "Zeit der Spekulationen", hat sie sich zurecht gelegt, "aber es muss jetzt unter hohem Zeitdruck eine gute Lösung für dieses Land gefunden werden.“
03.6.2010	Internet-User schimpfen wieder auf "Zensursula", Die Welt http://www.welt.de/welt_print/politik/article7895002/Internet-User-schimpfen-wieder-auf-Zensursula.html

Anhang 2 – Recherche Peaks

	<p>„Das Web 2.0 läuft Sturm gegen die mögliche Nominierung von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) als Kandidatin für das Bundespräsidentenamt: Viele Nutzer haben ihr nicht verziehen, dass sie als Familienministerin Kinderpornografie mit Internetsperren bekämpfen wollte. Sie befürchteten damals den Auftakt zur Internetsensur in Deutschland.“</p>
	<p>Lächelnde Härte, Die Welt http://www.welt.de/politik/deutschland/article7887644/Ursula-von-der-Leyen-die-laechelnde-Haerte.html „Zwar brachte ihr ihre Initiative, die Sperrung von Kinderpornografieseiten im Internet durchzusetzen, in der Netzgemeinde den Schimpfnamen "Zensursula" ein. Doch wenige Politiker können auf eine so anhaltend hohe Zustimmung verweisen wie sie.“</p>
10.6.2010	<p>Das Netz erliegt dem Gauck-Fieber, der Freitag http://www.freitag.de/autoren/felix-werdermann/das-netz-erliegt-dem-gauck-fieber „Woher kommt aber diese Aufmerksamkeit für die Bundespräsidenten-Wahl – eine Veranstaltung, die in der Vergangenheit höchstens Politologie-Studenten interessiert hat? Vielleicht ist es das Gerücht, Horst Köhler sei durch einen Blogger gestürzt worden, an dem sich einige berauschen. Vielleicht der kurzzeitige Schrecken, als „Zensursula“ von der Leyen für einen Tag als Nachfolgerin genannt wurde.“</p>

Keine Meldungen aus dem Bundesfamilienministerium
 Keine Pressemitteilung aus dem Bundesfamilienministerium

Anhang 2 – Recherche Peaks

Relevante Presseartikel

Titel	Zeitschrift	Datum	Suchbegriff	Suchbegriff 2	Suchbegriff 3	Suchbegriff 4
"Besonders widerwärtig"	Das Parlament, Berlin	25.05.2010	Kinderporno	Netzsperrern		
Das Handy im Mietauto	Frankfurter Rundschau	25.05.2010	Kinderporno			
„Aktiver Teil“ der Porno-Szene	Süddeutsche Zeitung, München	28.05.2010	Kinderporno			
Gericht verurteilt Tauss zu Bewährungsstrafe	Spiegel Online	28.05.2010	Kinderporno			
Kinder pornos: Bewährungsstrafe für Tauss gefordert	Die Welt	28.05.2010	Kinderporno			
Nur unorthodoxe Methoden?	Frankfurter Allgemeine	28.05.2010	Kinderporno	Zensursula		
"Hallo Werner. Melde Dich"	Der Tagesspiegel, Berlin	29.05.2010	Kinderporno			
15 Monate auf Bewährung	Die Welt	29.05.2010	Kinderporno			
Bewährungsstrafe für Jörg Tauss	Frankfurter Allgemeine	29.05.2010	Kinderporno			
Der falsche Mann	Frankfurter Allgemeine	29.05.2010	Kinderporno			
Der tiefe Fall des Jörg Tauss	Süddeutsche Zeitung, München	29.05.2010	Kinderporno			
Ex-Abgeordneter Tauss wegen Kinder- Pornos VERURTEILT	Bildzeitung	29.05.2010	Kinderporno			
Gericht verurteilt Tauss zu Bewährungsstrafe	Süddeutsche Zeitung, München	29.05.2010	Kinderporno			
Im Dunkeln	Der Tagesspiegel, Berlin	29.05.2010	Kinderporno			
Immerhin nicht pädophil	die Tageszeitung	29.05.2010	Kinderporno			
Richter glauben Tauss nicht	Frankfurter Rundschau	29.05.2010	Kinderporno			
Tauss und die Selbstzerstörung	Frankfurter Rundschau	29.05.2010	Kinderporno			
Tauss verlässt Piratenpartei	Der Tagesspiegel, Berlin	31.05.2010	Kinderporno			
Inland in Kürze	Frankfurter Allgemeine	01.06.2010	Kinderporno			

Anhang 2 – Recherche Peaks

Die Bundesmutter	Financial Times Deutschland	03.06.2010	Kinderporno	Leyen		
Lächelnde Härte	Die Welt	03.06.2010	Kinderporno	Leyen	Zensursula	
EU-Kommissarin fordert Internetsperren	Frankfurter Rundschau	05.06.2010	Kinderporno			
Tauss geht in Revision	Süddeutsche Zeitung, München	05.06.2010	Kinderporno			
Verlierer	Bildzeitung	05.06.2010	Kinderporno			
"Das ist unterschichtenfähig"	die Tageszeitung	07.06.2010	Kinderporno			
Fall Tauss womöglich bald vor dem Bundesgerichtshof	Die Welt	08.06.2010	Kinderporno			
Internet-User schimpfen wieder auf "Zensursula"	Die Welt	03.06.2010	Kinderporno, Stoppschild	Leyen	Zensursula	Internetzensur
Das Netz erliegt dem Gauck-Fieber	der Freitag	10.06.2010	Zensursula			

Anhang 2 – Recherche Peaks

Anhang 2.9 – Peak 9

27.3.2011	44
28.3.2011	77
29.3.2011	88
30.3.2011	148
31.3.2011	131
01.4.2011	140
02.4.2011	296
03.4.2011	122
04.4.2011	103
05.4.2011	461
06.4.2011	1148
07.4.2011	202
08.4.2011	96
09.4.2011	65
10.4.2011	113
11.4.2011	427
12.4.2011	261
13.4.2011	304
14.4.2011	157
15.4.2011	70
16.4.2011	106
Gesamt	4559

Datum	Ereignis
29.3.2011	Bundesjustizministerium erklärt Löschen statt Sperren, netzpolitik.org http://netzpolitik.org/2011/bundesjustizministerium-erklart-loschen-statt-sperren/ „Das Bundesjustizministerium erklärt in einem kurzen Imagefilm das Prinzip von „Löschen statt Sperren““
02.4.2011	Atomlobby scheitert mit Twitter-Zensur, netzpolitik.org http://netzpolitik.org/2011/atomlobby-scheitert-mit-twitter-zensur/ „Wie @Atomforum_eV am Freitagabend twitterte, ist der Satire-Account, der vor einigen Tagen gesperrt worden war, nun doch zurück. Der von einer Gruppe politischer Satiriker betriebene Account hatte die Äußerungen des deutschen Nuklearlobby-Verbands „Atomforum“ persifliert.“
02.4.2011	"CDU hat Dringlichkeit der Energiewende verschlafen", Welt Online http://www.welt.de/politik/deutschland/article13046549/CDU-hat-Dringlichkeit-der-Energiewende-verschlafen.html „Arbeitsministerin von der Leyen stellt sich demonstrativ auf die Seite von Umweltminister Röttgen. Er habe schon früh vor den Gefahren der Kernkraft gewarnt.“
06.4.2011	Koalition kippt umstrittenes Gesetz zu Internet-Sperren, Der Tagesspiegel http://www.tagesspiegel.de/politik/koalition-kippt-umstrittenes-gesetz-zu-internet-sperren/4028248.html „Es gebe Erfolge beim Löschen - der nun eingeschlagene Weg der Koalition sei daher richtig. "Nach aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamtes sind nach zwei Wochen 93 Prozent der kinderpornografischen Inhalte gelöscht, nach vier Wochen sind es sogar 99 Prozent.“
07.4.2011	Zensursula ist tot, taz, Kommentar von Julia Seeliger http://www.taz.de/!68671/ „Es ist großartig, dass das FDP-regierte Bundesjustizministerium die Argumente dieser digitalen Bürgerrechtsbewegung heute in Informationsvideos der Bevölkerung nahebringt. Auch wenn das Video schematisch wirkt und eher leblos daherkommt, so macht es doch eines deutlich: Wir haben verstanden: "Löschen statt Sperren" funktioniert und es ist die rechtsstaatlichere Alternative.“ „Dass ein solches Konzept, neben der Tatsache, dass es dokumentierten Kindesmissbrauch nicht aus dem Netz tilgt, sondern nur versteckt, fehleranfällig ist und leicht umgangen werden kann, hatte von der Leyen offensichtlich nicht

Anhang 2 – Recherche Peaks

	<i>bedacht oder es war ihr egal. Ursula Von der Leyen hat deswegen den Namen "Zensursula", ein Kofferwort aus "Zensur" und "Ursula", mehr als verdient."</i>
11.4.2011	<p>Angriff auf die große Freiheit, Die Welt http://www.welt.de/print/die_welt/wissen/article13135120/Angriff-auf-die-grosse-Freiheit.html</p> <p><i>„Der Stil der Debatte grenzt mitunter an Hysterie. So euphorisch die neue Internetfreiheit gefeiert wird, so verbissen kämpfen Netzaktivisten gegen jede - auch demokratisch legitimierte - Medienkontrolle im Internet, wie sie auch das deutsche Sperr-Gesetz gegen Kinderpornografie vorsah. Ihr Hauptargument: Wer aus noch so guten Gründen eine Organisation für das Blockieren von Netzseiten aufbaue, schaffe eine Zensur-Infrastruktur, die schnell außer (demokratischer) Kontrolle geraten könne.“</i></p>
13.4.2011	<p>Netz-Szene fürchtet neue Pläne für Internetsperren, taz http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2011/04/13/a0059</p> <p><i>„Die Glücksspielaufsicht kann Anbietern unerlaubter Glücksspiele den Zugang untersagen. Das Grundrecht des Fernmeldegeheimnisses wird eingeschränkt": Diese Sätze im aktuellen Entwurf des Glücksspielstaatsvertrags lassen zurzeit in der Internetszene alle Warnlampen aufleuchten. "Wir erleben hier einen weiteren Versuch, eine Zensurinfrastruktur in Deutschland aufzubauen", sagt Benjamin Stöcker vom Arbeitskreis gegen Internet-Sperren und Zensur.“</i></p>

Keine Meldungen aus dem Bundesfamilienministerium
Keine Pressemitteilung aus dem Bundesfamilienministerium

Anhang 2 – Recherche Peaks

Relevante Presseartikel

Titel	Zeitschrift	Datum	Suchbegriff	Suchbegriff 2	Suchbegriff 3	Suchbegriff 4
Partei ohne Themen	Frankfurter Allgemeine	29.03.2011	Kinderporno			
Beschwerden über Internetseiten nehmen zu	Der Tagesspiegel, Berlin	01.04.2011	Kinderporno			
Die blassen Liberalen	Frankfurter Allgemeine	05.04.2011	Kinderporno			
Regieren mit der Ungewissheit	Financial Times Deutschland	05.04.2011	Kinderporno			
Koalition kippt umstrittenes Gesetz zu Internet- Sperren	Der Tagesspiegel, Berlin	06.04.2011	Kinderporno			
„Die Täter werden immer versierter“	Süddeutsche Zeitung, München	07.04.2011	Kinderporno			
Branche begrüßt Aus für geplante Internet- Sperren	Handelsblatt	07.04.2011	Kinderporno	Stoppschild		
Censilia lässt grüßen	Süddeutsche Zeitung, München	07.04.2011	Kinderporno	Zensursula	Netzsperrn	
Darum ist Löschen besser als Sperren!	Bildzeitung	07.04.2011	Kinderporno	Stoppschild		
Der Dreck muss weg	Süddeutsche Zeitung, München	07.04.2011	Kinderporno	Netzsperrn		
Die Schokolade der Kanzlerin	Süddeutsche Zeitung, München	07.04.2011	Kinderporno			
Entsperrt	Frankfurter Allgemeine	07.04.2011	Kinderporno	Zensursula		
Internetsperren sind passé	die Tageszeitung	07.04.2011	Kinderporno	ZugErschwG		
Kinder pornos werden gelöscht	Frankfurter Rundschau	07.04.2011	Kinderporno	Zensursula		
Liberale tauschen Netzsperrn gegen Visa-Warndatei	Financial Times Deutschland	07.04.2011	Kinderporno	Netzsperrn		
Löschen und einsperren	Bildzeitung	07.04.2011	Kinderporno	Stoppschild		
Scheinheilige Harmonie	Die Welt	07.04.2011	Kinderporno	Zensursula		
Speichern von Daten entzweit Koalition	Der Tagesspiegel, Berlin	07.04.2011	Kinderporno			
Zensursula ist tot	die Tageszeitung	07.04.2011	Kinderporno	Zensursula	Netzsperrn	Stoppschild
Wochenchronik vom 2. bis 8.	Süddeutsche Zeitung, München	09.04.2011	Kinderporno			

Anhang 2 – Recherche Peaks

April						
"Der Fehler hat System"	Das Parlament, Berlin	11.04.2011	Kinderporno			
"Gewisse Nachlässigkeit"	Das Parlament, Berlin	11.04.2011	Kinderporno			
Angriff auf die große Freiheit	Die Welt	11.04.2011	Kinderporno	Netzsperrern	Stoppschild	
Die selbstherrliche Regierung	Das Parlament, Berlin	11.04.2011	Kinderporno			
Die Aufklärung bricht ein	Frankfurter Allgemeine	13.04.2011	Kinderporno			
Netz-Szene fürchtet neue Pläne für Internetsperren	die Tageszeitung	13.04.2011	Kinderporno			
Die Union verliert ihren Kompass	Financial Times Deutschland	14.04.2011	Kinderporno	Netzsperrern		
Kabinett beschließt: Löschen statt sperren	Frankfurter Allgemeine	14.04.2011	Kinderporno			
Werken fürs Netz	Süddeutsche Zeitung, München	13.04.2011	Netzsperrern			

Anhang 3

Tabelle 5: Meistverwendete #Hashtags

#zensursula	69223
#zensur	17992
#netzsperrern	9013
#piraten	6199
#cdu-	3677
#piraten+	3640
#censilia	3271
#cdu	3157
#epetition	3096
#fail	2819
#spd	2633
#jmstv	2575
#spd-	2000
#fb	1841
#internetsperrern	1695
#piratenpartei	1676
#fdp	1607
#vds	1459
#leyen	1433
#iphone	1426

Quelle: eigene Darstellung, Mehrfachverwendung möglich

Selbständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, Lutz Mache (735544), dass ich diese Masterarbeit selbstständig verfasst habe und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden. Zitate wurden als solche kenntlich gemacht.

Berlin, 08.08.2012

Lutz Mache